

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljahr 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zustellungs-Preisklasse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beklagt für die hochgehaltene Annoncenstelle oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlußstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 3. September 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Grobblock gegen das Volk.

Die Sammlung gegen das Volk hat begonnen. Die Königsberger Kaiserrede war das schmetternde Trompetensignal zu dieser Sammlung, die von der reaktionären Presse, der des schwarzblauen Blocks sowohl als auch der Rechtsliberalen, bereits seit Wochen und Monaten verkündet wurde. Die Vorübung zu dieser Politik der Sammlung gegen das Volk war ja schon unter der Protektion des Oberstabschefs v. Belding und des Ründers der gottgewollten Abhängigkeiten, des Reichsfinanzlers und preussischen Ministerpräsidenten v. Bethmann Hollweg, beim Wahlrechtskampfe gemacht worden. Mithalückte damals auch die Sammlung, so zeigte sich doch deutlich genug, auf welchem Wege sie zu marschieren gedenkt. Ihr Ziel war der Zusammenbruch aller bürgerlichen reaktionären Parteien zur Verhinderung auch nur der bescheidensten Wahlreform in Preußen. Ein starker Teil der Nationalliberalen war damals für eine Wahlreform zu haben, die nicht einmal das direkte Wahlrecht gewährte, und das schwachvolle Dreiklassenystem nicht nur unangetastet lassen, sondern sogar noch durch Beibehaltung der jetzigen Dreiteilung nach Wahlbezirken verschärfen wollte. Die Beschlüsse des Herrenhauses sollten nach dem innigen Wunsche dieser nationalliberalen Kreise die Erfüllung der Thronrede darstellen! Und ist auch das reaktionäre Kompromiß damals gescheitert, so ist es doch zweifellos, daß ein Kompromiß auf gleich reaktionärer Grundlage, aus dem nur die Interessengegensätze zwischen Zentrum und Nationalliberalismus im Punkte der Bezirksdrittelnung ausgemerzt sind, das Ziel jener Sammlungspolitik ist, die konservative, Zentrum und Rechtsliberale gegen die Volksrechte zusammenzujuchen will!

Während auf dem Gebiete der preussischen Politik die Hintertreibung jeder halbwegs ernsthaften Wahlreform das Ziel dieser Politik der Sammlung ist, sind sich konservative, Zentrum und der gesamte Nationalliberalismus vollends einig über die wichtigsten Fragen der Reichspolitik. Die Königsberger Kaiserrede hat ja wiederum das Evangelium der gepanzerten Faust, des uferlosen Wettrüstens verkündigt. Bei der Erhöhung der Friedenspräsenzstärke unserer Landarmee wird die gesamte Reaktion geeint gegen das Volk marschieren. Und dieselbe einheitsliche Phalanx gegen das Volk, das endlich eine Erleichterung oder mindestens einen Stillstand der unerträglichen Rüstungen verlangt, wird auch vorhanden sein, wenn es sich gleich nach den Reichstagswahlen um die Einbringung einer neuen Flottenvorlage handelt!

Was noch an Differenzpunkten zwischen Rechtsliberalismus und blau-schwarzem Block aus den Tagen der Novemberkämpfe über das persönliche Regiment oder den Zusammenstoß bei der Reichsfinanzreform vorhanden ist, wird zurückgestellt werden gegenüber dem gemeinsamen Ziele, das Volk um seine Rechte zu betrügen und ihm neue ungeheuerliche militärische Lasten aufzubürden!

Gegenüber dieser Politik der Sammlung der Reaktion wäre es selbstverständliche Pflicht jeden wirklichen Liberalismus, den Kampf gegen die Reaktion und gegen die Sammlungspolitik sofort mit der größten Entschiedenheit aufzunehmen! Reichspolitik und preussische Politik stehen miteinander in innigster Beziehung. Ohne Ueberwindung der Reaktion in Preußen keine fortschrittliche Politik im Reiche, und ohne zerschmetternde Niederlage der Reaktion bei den nächsten Jahre bevorstehenden Reichstagswahlen keine Hoffnung auf eine auch nur einigermaßen durchgreifende preussische Wahlreform! Ein Liberalismus also, der nicht gewaltig beide Augen den Zeichen der Zeit verliert, hätte deshalb die programmatische Kriegserklärung an das Volk, die aus der Königsberger Kaiserrede so vernehmlich herausklingt, sofort mit dem wuchtigsten Appell an das Volk, mit dem flammendsten Ruf zur Sammlung gegen die reaktionäre Grobblockpolitik beantworten müssen! Der Proklamation des Absolutismus hätte die Erklärung der Volksrechte entgegengesetzt werden müssen. Die rücksichtslose Verletzung des im „Reichsanzeiger“ gegebenen Versprechens strengster Wahrung der konstitutionellen Pflichten wenigstens hätte den Freisinn zur kraftvollsten Gegenaktion auf den Plan rufen müssen.

Als die Sozialdemokratie die Parole ausgab, daß sofort der Reichstag einzuberufen sei, um endlich jene konstitutionellen Garantien zu schaffen, die auch der Freisinn im Jahre 1908 gefordert hatte, glaubte sie kaum, mit dieser Forderung allein zu bleiben. Sie erwartete vielmehr, daß der Freisinn sich dieser Parole sofort anschließen und dem von der Krone unter dem Beifallsgeheul der ganz blau-schwarzen Reaktion dem Volke und den Vertretern der Volksrechte hingeworfenen Fehdehandschuh aufnehmen werde. Aber wieder einmal hatte die Sozialdemokratie den Liberalismus nicht tief genug eingeschätzt, wieder einmal verfolgte der Freisinn in so unglücklicher Weise, daß wirklich die publizistischen Mittel fehlen, eine solche Zümmlichkeit des Freisinns angemessen zu charakterisieren! Ja, nicht genug damit, daß der Freisinn die Proklamation des Absolutismus, die Ankündigung einer Ära der rücksichtslosesten

Reaktion ohne Wimperzucken hinnimmt — die führende liberale Presse fällt sogar mit widerwärtigem Gebel der sozialdemokratischen Presse an, weil diese das gefordert hat, was jeder aufrechte Liberale für etwas ganz Selbstverständliches hätte ansehen und fordern müssen! So lesen wir in der „Freisinnigen Zeitung“:

„Die sofortige Einberufung des Reichstages“ — so schreibt die „Globe“ des Abg. D. Raumann — wird aus Anlaß der Kaiserrede vom „Vorwärts“ verlangt. Das sozialdemokratische Zentralorgan ist erstaunt, daß der Liberalismus sich dieser Forderung nicht anschließt und erwartet, daß dies noch geschehe. Wenn er diese Forderung sechsmal wiederholt hat, wird er aus agitatorischen Gründen über den Liberalismus herfallen und seinen gläubigen Lesern erzählen, die ganze Aktion sei von vornherein nicht ernsthaft gewesen, denn der wackelkopfige Liberalismus habe die einzig richtige demokratische Forderung nicht unterstützt, und darum sei das Parlament nicht einberufen worden. In diesem Sinne wird der „Vorwärts“ verfahren, die Angelegenheit der Kaiserrede parteipolitisch weiterzutreiben. Demgegenüber muß man sich bloß klar sein, daß diese Forderung sich zwar ganz schön anhört, aber ein staatsrechtlicher Unsinn ist. Denn nach der Verfassung, um deren Zurechtbringung jetzt gekämpft wird, hat ausschließlich der Kaiser das Recht, den Reichstag zu berufen. Man kann das bedauern, aber man muß es eigentlich wissen. Die stellen diese Sache hier fest, nicht um gegen den Inhalt der sozialdemokratischen Forderung zu polemisieren, sondern um zu zeigen, daß die „Vorwärts“-polemik gegen den Liberalismus auf der brüchigen Grundlage mangelnder Verfassungkenntnis beruht und nur agitatorisches Geschwätz ist.“

Dieser lakonische Erguß der „Globe“ wird von der „Freisinnigen Zeitung“ ohne ein Wort der Kritik übernommen! Das Blatt identifiziert sich also mit der erbarmungswürdigen Ausrede des Raumann-Organs. Nach der Auffassung des führenden Organs der stärksten Gruppe der fortschrittlichen Volkspartei ist es also „unsinnig“, die sofortige Einberufung des Reichstages zu fordern, um gegen die unerhörte Proklamation des Absolutismus Protest zu erheben, weil — der Reichstag nach Artikel 12 der Reichsverfassung vom Kaiser einberufen wird! Ja, fordert denn der Freisinn nicht seit jeher eine „Sicherstellung und Kräftigung der Rechte der Volksvertretung“, eine „Verwirklichung der Ministerverantwortlichkeit“, um aus dem Eisenacher Programm der Freisinnigen Volkspartei zu zitieren? Wie soll denn jemals diese freisinnige Forderung realisiert werden, wenn jede Möglichkeit, eine brillante Situation zugunsten der Volksrechte gegenüber dem Absolutismus auszunutzen, deshalb schmählich verpaßt werden soll, weil — in der gegenwärtigen, durch das freisinnige Programm doch gerade als so dringend reformbedürftig bezeichneten Verfassung die Erfüllung der freisinnigen Forderung noch nicht vorhanden ist! Wenn der Freisinn sich lediglich auf die Respektierung der jetzt geltenden verfassungsgerechtl. Bestimmungen beschränken will, sollte er lieber gleich ehrlich und offen auf alle liberalen und demokratischen Versprechungen verzichten, dann sollte er auch nicht von der Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen sprechen, dann sollte er von der Schaffung einer wirklichen Ministerverantwortlichkeit schweigen, kurzum, er sollte sich auch für das ausgeben, was er nach seinem Bekenntnis zu dem jammervollen Standpunkt der „Globe“ ist — als eine saft- und kraftlose Partei der liberalen Phrasen, die in Wirklichkeit so reaktionär ist, wie es der Nationalliberalismus oder das Zentrum sein kann!

Schon einmal hat sich gerade die „Freisinnige Zeitung“ bei einer verfassungsgerechtl. Frage den Hohn eines reaktionären Staatsmannes zugezogen. Als im November 1900 über die Frage der Indemnität wegen der verfassungswidrig geschienen Ausgaben für die China-Expedition verhandelt wurde, und auch der Freisinn post festum tapfer darüber schwälte, daß nicht bereits im Sommer 1900 der Reichstag zur Bewilligung der China-Kredite einberufen worden sei, da erlaubte sich mit Recht der neue Reichsfinanzler Fürst Bülow die beißend spöttische Bemerkung, daß er allerdings im Sommer der Auffassung gewesen sei, daß der Reichstag sofort einzuberufen werden müsse, daß seine verfassungsgerechtl. Bedenken jedoch durch einen Artikel der „Freisinnigen Zeitung“ beschwichtigt worden seien! Auch jetzt wiederum befißt die „Freisinnige Zeitung“ den verwerflichen Ehrgeiz, die Redenschäufelordnung des Volkes gegenüber dem absolutistischen Regiment damit abzulehnen, daß doch nach der Verfassung des Deutschen Reiches nur der Kaiser das Recht besitzt, den Reichstag einzuberufen. Und solche politischen Cumuchen wagen dann, sich als Vorkämpfer der Volksrechte aufzubieten!

Während der Freisinn so in jämmerlicher Untätigkeit verharrt, ja sogar der Sozialdemokratie in einem Kampfe, in dem der wirkliche Liberalismus mit ihr Schulter an Schulter kämpfen müßte, in den Rücken fällt, macht die Sammelpolitik täglich Fortschritte. Bereits gestern wiesen wir auf die Kundgebung des Hansabundes hin, die als ein entschiedenes Abweichen nach rechts aufzufassen war. Heute liegt eine weitere Kundgebung des Hansabundes vor, die das Bekenntnis zur reaktionären Grobblockpolitik noch viel entschiedener anspricht. Die „Rein-Westfäl. Zig.“ nämlich, die behauptet, ihre Mitteilung von „zuständiger Stelle“ er-

halten zu haben, spricht unverbohlen von einer „Umkehr“ des Hansabundes. Der Hansabund werde keine eigenen Kandidaten aufstellen, sondern ebenförmig Kandidaten der äußersten Rechten wie der liberalen Partei zu unterstützen. Nicht einmal von einer Parole gegen den Bund der Landwirte könne bei den bevorstehenden Wahlen beim Hansabund die Rede sein. Dagegen sei es ganz selbstverständlich, daß der Hansabund niemals einen sozialdemokratischen Abgeordneten unterstützen oder eine Zunahme der Sozialdemokratieförderer werde!

So formiert die Reaktion ihre Reihen. Ihre Einigungsparole gewinnt täglich neue Anhänger. Sogar der Hansabund hat sich bereits nach der „Rein-Westfäl. Zig.“ dem Block der Reaktion verschrieben! Der Absolutismus darf wieder ungehindert sein Kampfanführer aufpflanzen! Die Sammlung gegen die Volksrechte in Preußen, gegen die Volksrechte in Weich, die Sammlung für neue Meeres- und Marineklassen, für die Politik der gepanzerten Faust darf sich in dreifacher Drohung vollziehen — der Freisinn rührt sich nicht! Die absolutistischen Gefahren, die drohenden Attentate auf den Geldbeutel der Massen, die Verdrängung gegen die preussische Wahlreform, all das kammert ihn nicht! Das einzige, wozu er sich aufzuraffen vermag, ist die Herabsetzung und Verleugung des Kampfes um die Volksrechte, den in Preußen wie im Reiche einzig die Sozialdemokratie führt!

Friedensresolution und Gewerkschaftsfrage.

Kopenhagen, 2. September.

Die heutige Sitzung des Kongresses gestaltete sich weit interessanter als die gestrige. Nach den mehrfach von stürmischem Beifall begleiteten Abstimmungen über die gestern beratenen Sympathie- und Protestresolutionen hielt Genosse Ledebour in der Vormittags-Sitzung eine scharf pointierte Rede zur Begründung der von der dritten (Ausrüstungs-) Kommission vorgelegten Resolution. Er schilderte in längeren Ausführungen die Umstände, die zu einer Ergänzung und Verschärfung der Antikriegsresolution drängen: das Flottenwettrüsten des Imperialismus, das Interesse gewisser großkapitalistischer und Industriekreise an dem Wettrüsten und der Fabrikation von Kriegsmaterialien. Sei doch selbst der Ex-präsident Roosevelt der wegen ihrer angeblich freibürgerlichen Institutionen gepriesenen nordamerikanischen Union nichts anderes als der Agent gewisser großkapitalistischer Interessen. Dann wandte sich Ledebour gegen das von dem alten Kommuneämpfer Edward Vaillant und von Keir Hardie eingebrachte Amendement, das die Forderung stellt, der Kopenhagener Kongress solle als eines der wichtigsten Mittel der Kriegsverhinderung den Generalkrieg in den Industrien in Betracht ziehen, die Kriegsmaterialien herstellen und befördern. Ledebour erklärte, die Worte: „Der Kongress zieht in Betracht“ (Im englischen Text der Resolution heißt es: the congress considers as particularly efficacious) ist zu unbestimmt und nichtssagend. Der Kongress solle nicht bloß Betrachtungen anstellen, er solle bestimmte Forderungen aufstellen. Die Forderung aber, daß nach erfolgter Kriegserklärung die Arbeiterschaft sofort in den Massenstreik trete, könne nicht erhoben werden, teils aus Rücksicht auf die Politik einzelner Länder, besonders aber deshalb nicht, weil man nicht Forderungen stelle, von denen man nicht überzeugt sei, daß ihre Durchführung praktisch möglich sei. Sodann müsse er aber gerade der englischen sozialistischen Partei das Recht bestreiten, derartige Amendements zu stellen, denn die erste Vorbedingung für ein solches Recht sei, daß die englischen Genossen zunächst ihrer Regierung die Mittel zur Kriegsführung verweigern. Ledebour überfegte darauf, zu jener Seite des Saales gewendet, wo die englische Delegation sitzt, seine Rede auch ins Englische, hält sich dabei aber keineswegs genau an den Text seiner ersten Rede, sondern zieht nähere Ausführungen über die englische Politik ein. Das veranlaßt den Genossen Jaurès zu erklären, daß die zweite Rede nicht als bloße Uebersetzung der ersten angesehen werden könne. Er beantragt deshalb, daß, soweit Abweichungen vorhanden seien, beide Reden ins Französische übersetzt würden, ein Wunsch, dem Ledebour zustimmt und dessen Erfüllung vom Vorsitzenden zugesagt wird.

Ledebours Rede scheint in der englischen Delegation verschluckt zu haben, denn Keir Hardie antwortet zu Beginn der Nachmittags-Sitzung mit einer heftigen Rede, die für seine Eigenschaft als leidenschaftlicher Volkredner einen glänzenden Beweis liefert. Er weist energisch den Vorwurf Ledebours zurück. Die englische Arbeiterpartei sei nicht nur gegen den Krieg, sondern auch gegen den Militarismus. Militarismus und die Freiheit schlossen sich gegenseitig aus. Ledebour verwechselte die Haltung der J. L. P. mit der Haltung von Hyndman und Quells. Aber seine (Keir Hardies) Partei habe mit einem Hyndman und Blatchford nichts zu schaffen. Ledebours Vorwurf beruhe zum Teil auf Mißverständnissen, zum anderen Teil auf falscher Auffassung. Die Bewilligung oder Nichtbewilligung des Budgets sei keine Frage des Prinzips, sondern der Taktik, eine Ausrüstung, die als sie ins Deutsche übersetzt wird, bei einem Teil der Süddeutschen lautes Händelschlagen hervorruft. Zum Schluß fordert Keir Hardie mit erhebener Stimme auf, für sein Amendement zu stimmen. Nach der Rede Ledebours könne er seinen Antrag noch weniger zurückziehen als vorher.

Reiner. Oesterreich geht auseinander, die Abrüstungskommission hätte sich mit der Frage der Abrüstung und der Einführung von Schiedsgerichten zu beschäftigen, nicht mit den Mitteln, die nach einer Kriegserklärung zu ergeben seien. Zudem hätte sie auch keinen Anlaß gehabt, an der nach langer Debatte zustande gekommenen Stuttgarter Resolution etwas zu ändern. Wenn die deutsche Delegation erklärt, nicht für die Amendements Keir Gardie-Bailant stimmen zu können, müßten ihre Gründe respektiert werden. Auch Oesterreich hätte kürzlich vor einem blutigen Krieg gestanden, und er müßte gegeben sein, die Oesterreicher, würden damals in Anbetracht der ganzen Physiognomie der Bevölkerung kaum den Mut gefunden haben, in einen Massenstreik zu treten.

Jones (N. S. P.) wendet sich gegen Ledebour. Seine leidenschaftliche Rede findet aber nur bei seinen politischen Freunden Zustimmung.

Dagegen macht Vandervelde in formvollendeter, wenn auch etwas pathetischer Rede entschiedenen Eindruck. Vandervelde erklärt, daß er es für das Beste halte, wenn das Amendement Bailant-Keir Gardie dem Internationalen Sozialistischen Bureau zum Studium überwiesen und auf dem nächsten oder einem späteren Kongress der Internationale wieder zur Diskussion gestellt werde. Werde aber auf der Abstimmung über dieses Amendement bestanden, dann werde die belgische Partei sich der Abstimmung enthalten.

Bailant, der alle Kommunelämpfer, schließt sich in temperanter Rede im wesentlichen Vanderveldes Vorschlag an. Die in der Resolution geforderte parlamentarische Aktion benötige zwar zu ihrer Ergänzung der außerparlamentarischen, d. h. des Generalstreiks. Damit aber nicht nach außen der Eindruck hervorgerufen werde, als sei die Meinung der Internationale geteilt, gleiche er im Einverständnis mit Keir Gardie das Amendement zurück unter der Bedingung, daß es dem Bureau und den Organisationen der einzelnen Parteien überwiesen und in neuer Fassung auf die Tagesordnung des nächsten Internationalen Sozialistischen Kongresses gesetzt werde.

Der Kongress beschließt demgemäß und nimmt darauf die Resolution einstimmig an.

Es ist inzwischen 6 1/2 Uhr geworden. Der Kongress beschließt aber noch, die Beratung der von der zweiten Kommission vorgelegten Resolution über die gewerkschaftliche Einigung vorzunehmen, die gegen die separatistischen Bestrebungen der tschechischen Genossen Stellung nimmt. Wie im „Vorwärts“ verschiedentlich dargelegt wurde, verlangen die tschechischen Sozialisten die sogenannte „völlige Verflechtung“ der tschechischen Sozialdemokratie. Nicht die politische Partei allein soll autonom sein, sondern auch die gewerkschaftlichen Organisationen sollen auf nationaler Basis organisiert werden, d. h. die tschechischen Gewerkschaften sollen aus den großen gewerkschaftlichen Zentralverbänden losgelöst und zu besonderen nationalen tschechischen Verbänden vereinigt werden. Es soll also das enge Verhältnis, das bisher in Oesterreich zwischen den gewerkschaftlichen Gliederungen bestand, auf jene proletarische Solidarität reduziert werden, wie sie sonst zwischen den gewerkschaftlichen Verbänden verschiedener Staatsgebilde gilt. Zur Aufhebung solcher separatistischer Bestrebungen hätte sich die Arbeiterinternationale in keinem Falle verstanden, und so hat denn auch auf Veranlassung der österreichischen Genossen sich bereits die Kommission mit Ausnahme der tschechischen und zweier finnländischen Genossen energisch gegen den tschechischen Separatismus ausgesprochen und zur Vertretung ihrer Auffassung den Genossen Plechanoff-Rußland bestellt, während mit der Vertretung des tschechischen Standpunktes Genosse Kamec-Böhmen beauftragt worden war.

Plechanoff erledigte sich seiner Aufgabe durch eine nähere Darlegung der Gründe, die die zweite Kommission zur Einbringung ihrer Resolution bestimmt hat.

Kamec als Korreferent wird zwar von seinen näheren Parteifreunden durch Zustimmung unterstützt, macht aber sonst mit seinen mit großer Verbe und Leidenschaftlichkeit vorgetragenen Ausführungen geringen Eindruck, da er auf die eigentliche Streitfrage gar nicht eingeht, sondern sich auf die Versicherung beschränkt, die Ausscheidung der tschechischen Arbeiter aus dem Zentralverband und ihre gewerkschaftliche Organisation auf nationaler Basis widerspreche durchaus nicht dem Stuttgarter Beschlusse über die Einheitlichkeit der gewerkschaftlichen Organisation. Die Organisation der tschechischen Arbeiter in nationale Gewerkschaften sei ein Lebensbedürfnis, eine Lebensbedingung der tschechischen Partei. Und dieses Lebensbedürfnis müsse die Internationale anerkennen, denn ihre Aufgabe sei nicht, die Entwicklung der Völker zu hemmen, sondern sie zu fördern.

Die Debatte zog sich bis in die späten Abendstunden hin und gestaltete sich noch sehr lebhaft. Es sprachen zunächst zwei Tschechen, der Zentralist Tura und der Separatist Schajchel. Schajchel und später auch Kamec in seinem Schlusswort erklärten, daß sie trotz des vorausgeschickten Beschlusses des Kongresses auf ihrem Standpunkt beharren müßten. Vergeblich waren die padenden Mahnungen Grculichs, der aus seiner 40jährigen reichen gewerkschaftlichen Erfahrung heraus sprach und die gewaltige Mehrheit des Kongresses wiederholt zu stürmischen Kundgebungen veranlaßte. Das Resultat war nicht zweifelhaft. Die Abstimmung erfolgte nach Nationen und mit 222 Stimmen fand die Resolution der österreichischen Reichs-Gewerkschaftskommission Annahme. Nur 5 tschechische Stimmen wurden dagegen abgegeben und 7 Delegierte enthielten sich der Abstimmung. Morgen hält der Kongress seine Schlußsitzung ab. Die Zeit ist sehr knapp bemessen. Er wird sehr hausbacken damit umgehen müssen, wenn er in der Vormittags-sitzung mit den Resolutionen über das Wahlrecht, die internationale Solidarität und die soziale Gesetzgebung fertig werden will. Die Genossenschaftsfrage ist für die Nachmittags-sitzung bestimmt.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 2. September 1910.

Gegen den Absolutismus und den Fleischwucher protestierte die Frankfurter Arbeiterschaft am Donnerstagabend in sechs überfüllten Versammlungen. Die Redner übten besonders scharfe Kritik an der Königsberger Kaiserrede. Sie erblickten in dieser eine Verletzung des parlamentarischen und eine Gefahr für die Aufrechterhaltung der verfassungsmäßigen Rechte der Volksvertretung. Die Meinung der Versammlungen kommt in einer angenommenen Resolution zum Ausdruck, in der dem Reichskanzler das Mißtrauen der Versammelten ausgesprochen wird. Dem Reichstage wird verlangt, daß er nicht nur gegen die Neuerungen des persönlichen Regiments Neben hält, sondern daß er gesetzliche Garantien gegen jeden Versuch absolutistischer Regierungswesen schafft. Die Versammelten protestierten auch gegen die Zucker- und Raubpolizei der Agrarier. Sie verlangen die Öffnung der Grenzen, die sofortige Aufhebung der Vieh- und Getreidezölle und die Unterlassung der heute beliebten Eskapaden bei der Vieheinfuhr. Die Versammelten gelobten, alle Macht einzusetzen, die nächsten Reichstagswahlen zu einer gewaltigen Kundgebung für die demokratische Selbstregierung zu gestalten und in

Preußen durch die Erneuerung des Wahlrechtskampfes das wichtigste Bollwerk des Absolutismus, das Dreiklassenwahlrecht, zu zerstören und damit sowohl der politischen wie wirtschaftlichen Anechtung des Volkes ein Ende zu machen.

Die Demokratische Vereinigung

hatte zu Mittwochabend eine öffentliche Volksversammlung nach den „Arminhallen“ einberufen, in der Oberst Gädte über die „Kaiserrede und das Volk“ sprechen sollte. Die Erregung über die Königsberger Kaiserrede zeigte sich in einem ungeheuren Massenandrang, der schon lange vor der Öffnung der Versammlung einsetzte. Vor 8 Uhr schon war der große Saal mit seinen Galerien bis auf den letzten Platz gefüllt. Auf dem gleichfalls überfüllten Hof wurde eine zweite Versammlung unter freiem Himmel improvisiert. Der Andrang war auch hier so stark, daß ein starkes Schutzmannsaufgebot das Lokal sperrte und viele Hunderte von Nachdrängenden auf der Straße zurückhalten mußte. Um diesen Gelegenheit zu geben, auch noch zu den neuesten politischen Ereignissen Stellung zu nehmen, ladet die Demokratische Vereinigung zu einer neuen Versammlung am Montag, den 5. September, abends 8 1/2 Uhr, ein, die gleichfalls in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 58/59, stattfindet. Referieren wird Dr. Dreitscheid über das Thema: „Kaiser, Kanzler und Volk“.

Versammlungen sind an die Polizeistunde nicht gebunden.

So hat jetzt auch das Oberlandesgericht zu Hamm als letzte Instanz entschieden.

Der Wirt Tiemeyer in Südlengern bei Bünde (Westfalen) hatte ein Strafmandat vom Polizeiamte Ennigloh erhalten, weil eine öffentliche Versammlung über die Polizeistunde hinaus gestagt hatte. Auf die Aufforderung des Polizeibeamten, um 10 Uhr die Versammlung zu beenden, weigerte sich der Referent, Genosse Schläter, und wies darauf hin, daß durch die Polizeistunde das Versammlungsrecht nicht beschränkt werden könne. Das Schöffengericht in Bünde verurteilte den Wirt Tiemeyer, weil er Gäste über die Polizeistunde hinaus in seinem Lokal gebudet habe. Das Landgericht in Bielefeld sprach den Wirt jedoch frei. Gegen das freisprechende Urteil legte der Staatsanwalt Berufung ein, mit dem Erfolge, daß Tiemeyer nicht nur freigesprochen wurde, sondern auch die Kosten der Verteidigung der Staatskasse auferlegt wurden.

Damit ist wieder eine polizeiliche Aktion gegen die Versammlungsfreiheit abgeblasen worden.

Breslauer Justiz.

Wie uns ein Privattelegramm meldet, wurde Genosse Albert als derzeit verantwortlicher Redakteur der Breslauer „Volkswacht“ wegen seiner Kritik an der „Waldenburger Polizeischlacht“ zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt!

Zur Fleischnot.

Aus Baden schreibt man uns: Der Stadtrat Offenburg, an welchem der sozialdemokratische Wahlverein eine Aufforderung zum Vorgehen gegen die Fleischnot richtete, beschloß, den Oberbürgermeister mit der Einleitung eines gemeinsamen Schrittes bei der Regierung durch die Städteordnungs-Konferenz (Oberbürgermeistertagung) zu betrauen.

Gleichzeitig ließ der Pforzheimer Stadtrat eine Erhebung durch die städtische Schlachtbaudirektion über den Stand des Fleischkonsums machen. Die von unserem Genossen Beck in der 2. Kammer bei der sozialdemokratischen Fleischnotinterpellation nachgewiesene Kalamität eines ganz außergewöhnlich starken Rückganges der Schweinefleischslachtungen im ganzen badischen Lande macht sich in Pforzheim in der bedenkllichsten Weise für die große Arbeiterbevölkerung geltend. Es sind 2881 Stück = 9 1/2 Proz. Schweine weniger geschlachtet worden im Vergleichsjahre als in demselben Zeitraum des Vorjahres; dagegen wurden 23 Stück Pferde mehr verzehrt. Die Schlachtungen des Großviehes haben zugenommen. Es hängt dies damit zusammen, daß wegen der hohen Viehpreise und der ungünstigen Aussichten für den Heuertrag der badische Bauernstand sich seines Zuchtviehstandes teilweise in bedenklicher Weise entledigt. Die amtliche Statistik konnte schon für das 1. Quartal 1910 nachweisen, daß der normale Bestand badischer Zuchtstiere um 25 Proz. abgenommen hat und daß wegen der Nachzahl geeigneter Milchkühe die schwerste Notlage drohen müsse. Die Entwidlung hat sich seit einem halben Jahre eher verschlimmert als gebessert. Wie das Proletariat sich um sein Stücklein Fleisch reihen muß, zeigt folgende Stelle über den Verkehr auf der Pforzheimer Freibank:

„Die Nachfrage nach Freibankfleisch war sehr lebhaft; oftmals war der Andrang so stark, daß trotz der Aufsicht die Ordnung nicht mehr aufrechterhalten werden konnte und recht unangenehme Szenen unter den Käufern vorkamen.“

Der Mehrumsatz (6457 Kilogramm) beträgt 12 Proz.; von den rund 50 000 Kilogramm Freibankfleisch, rühren allein 30 000 Kilogramm Fleisch von Kindern her.

Die Tuberkulose tritt bei den geschlachteten Kühen in hohem Prozentsatz auf; es waren im Pforzheimer Schlachthofe etwa 2900 Tiere tuberkulös: Ochsen 17,4 Proz., Ziegen 22,9 Proz., Rinder 10,2 Proz., Kühe 49,7 Proz.

Man erkennt hieraus, welche Verwandsnis es hat mit dem agrarischen Märchen von dem kranken Vieh jenseits und dem gesunden Kinderstand innerhalb der deutschen Grenze. Befamlich verbrachten die Agrarier der badischen 2. Kammer eine geraume Zeit mit der Schilderung des bedenklichen Einflusses, den die einheimische Seuche, der Scheidenkatarrh der Kühe, auf den Ausfall der Nachzucht unseres badischen Viehstandes hat.

Schwäbisch-Gmünd, 2. September. Der Gemeinderat beschloß einstimmig einen Antrag auf alsbaldige Einberufung des württembergischen Städtetages zur Beratung von Maßnahmen gegen die Fleischsteuerung zu stellen.

Dresden, 2. September. Eine überfüllte Versammlung nahm nach einem Referat des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Sieder mann eine Resolution an, worin die Kaiserrede als Proklamierung des persönlichen Regiments bezeichnet, die Einberufung des Reichstages und Garantien gegen absolutistische Uebergriffe gefordert wird. Gegen die Fleischnot wird die Öffnung der Grenzen und die Aufhebung der Vieh-zölle verlangt. Weitere Versammlungen sollen folgen.

Verseuchtes Fleisch als Arbeiternahrung.

Nicht nur in Solzhausen, Solingen und Castrop, sondern auch in Langendreer, Herne und anderen Orten sind neuerdings Massenvergiftungen infolge Fleischgenusses zu verzeichnen. In der Gemeinde Herne liegen 44 Personen an Vergiftungserscheinungen danieder. In Langendreer mußten zwei Kostgänger dem Krankenhause überwiesen werden. In zwei Familien sind die Brechdurchfall-erscheinungen sehr stark und lebensgefährlich aufgetreten. Die Schlächtermeister, die das Fleisch verkauft haben, beziehen diese

Ware von einer Fleisch-Engrosfirma aus Sasentwinkel bei Gütersloh. Auch der Metzgermeister Schlüter in Solingen hatte es daher bezogen. Das Fleisch ist billiger, weil es schlecht und minderwertig ist, wie es polizeilich festgestellt wurde. Die Metzgermeister im Industriegebiet halten die Arbeiterbevölkerung für gut genug, solche minderwertige Ware zu verzehren. Die gerichtsarztliche Untersuchung hat ergeben, daß das Fleisch von Typhusbazillen verunreinigt war. Wie das Fleisch, das ohne Untersuchung nicht verhandelt werden darf, dennoch in den Handel kommen konnte, muß die Untersuchung feststellen. Jedenfalls liegt großer Schwindel vor. Die dortige Presse hüllt sich darüber in Schweigen, statt das Publikum auf die drohende Gefahr hinzuweisen.

Ein späteres Telegramm aus Essen meldet: In Voering-Sodingen und Holthausen sind Massenerkrankungen vorgekommen, deren bakteriologische Untersuchung Paratyphus ergeben hat. Die Erkrankten, insgesamt 114, befinden sich auf dem Wege der Besserung. Ursprünglich hatte man Fleischvergiftung angenommen, die in Werne (Bez. Arnberg) 48 Erkrankungen und in Langendreer ebenfalls eine Anzahl Erkrankungen verursacht hat.

Soldatenmißhandlung auf Befehl!

Hannover, 1. September. (Oberkriegsgericht des 10. Armeekorps.) Im Juli dieses Jahres fand in Minden bei der 2. Kompagnie des dort garnisonierenden Hannoverschen Pionier-Bataillons Nr. 10 eine Übung mit dem Rettungskahn statt. Bei dieser Übung erhielt der Sergeant Kruse von dem aufsichtführenden Leutnant den Befehl, dem Pionier Witte, der sich am Kahn festhielt, auf die Finger zu hauen, damit Witte loslasse. Diesen Befehl hat der Sergeant ausgeführt, worauf er von Witte wegen Mißhandlung gemeldet wurde. Die Anklage erstreckte sich dann auch auf den Leutnant, und am 1. v. M. gelangte der Fall vor dem Kriegsgericht der 10. Division zur Aburteilung, wobei wegen Gefährdung dienstlicher Interessen für die ganze Dauer der Verhandlung die Öffentlichkeit ausgeschlossen wurde. Das Kriegsgericht verurteilte damals den Sergeanten Kruse wegen Mißhandlung eines Untergebenen zu der niedrigsten gesetzlich zulässigen Strafe von einer Woche Gefängnis in Arrestes, den Leutnant wegen Mißbrauches der Dienstgewalt zu zehn Tagen Stubenarrest. Gegen dieses Urteil erhob Sergeant Kruse Berufung unter Forderung seiner Freisprechung. Vor dem Oberkriegsgericht stand ihm Rechtsanwalt Müller-Linden als Rechtsbeistand zur Seite. Auch in dieser Verhandlung wurde für deren ganze Dauer die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Nur die Verurteilung des Urteiles erfolgte öffentlich, und zwar einschließlich der Gründe; lediglich diesem Umstande ist es zu verdanken, daß über den Tatbestand wenigstens etwas berichtet werden konnte. Das Oberkriegsgericht hat die eingelegte Berufung verworfen und das Urteil der ersten Instanz bestätigt. Daß der Sergeant sich der Mißhandlung eines Untergebenen schuldig machte, erschien dem Verurteilungsgericht außer jedem Zweifel. Von einer Straffreiheit in Gemäßheit des § 47 des Militärstrafgesetzes könne aber auch keine Rede sein. Zweifelloß habe der Angeklagte nur den Befehl seines Vorgesetzten befolgt, als er den Pionier Witte auf die Finger schlug. Eine Ueberschreitung dieses Befehles sei freilich nicht erwiesen, indessen trifft laut § 47 den gehorchenden Untergebenen die Strafe des Teilnehmers auch dann, wenn ihm bekannt gewesen, daß der Befehl des Vorgesetzten eine Handlung betraf, welche ein bürgerliches oder militärisches Verbrechen oder Vergehen bezweckte. Diese Kenntnis durfte bei dem langgedienten Sergeanten nicht nur vorausgesetzt werden, sondern erschien dem Gericht auch als erwiesen. Deshalb mußte wie gesehen erkannt werden.

Auch eine Verichtigung.

Von der Zentralstelle des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter erhalten wir folgende Verichtigung:

Auf Grund des § 11 des Presgesetzes fordern wir Sie auf, den Artikel „Zwischen den Schlachten“ in der Nummer 204 des „Vorwärts“ in demselben Teile des Blattes und in derselben Schrift wie folgt zu berichtigen:

Es ist univahr, daß der Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter bezw. seine Führer eine Mahnhilfe bei den natürlichen Gegnern der Bergarbeiter, bei den Grubenbesitzern, nachgesucht und gefunden haben.

Es ist univahr, daß mit dem Rechen ein Kompromiß gegen den Bergarbeiterverband geschlossen ist.

Es ist univahr, daß sich der Gewerkschaftsverein schamlos immer mehr zu einer gelben Gewerkschaft, zu einer Schutztruppe der rheinisch-westfälischen Grubenbarone gegen die Bergarbeiter entwickelt.

Es ist univahr, daß die Rechenverwaltungen mit Gewerkschaftsleuten die Mandaten für die Wahlen fortierten.

Es ist univahr, daß der Gewerkschaftsverein mit seinen Kandidaten zurücktrat wo es die Rechen wünschten und umgekehrt.

Hochachtungsvoll

Zentral-Vorstand
des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter, Essen (Müdr).
J. A. D. Vogelstein.

Wenn die Verichtigung, die sich auf den § 11 des Presgesetzes bezieht, natürlich auch den Anforderungen des angezogenen Paragraphen nicht voll entspricht, haben wir sie doch aufgenommen. Unser Korrespondent wird nicht verfehlen, den eifertigen Berichtern die gebührende Antwort zu geben.

Frankreich.

Ein Streich Millerands.

Der Handels- und Verkehrsminister hat wieder einmal den öffentlichen Interessen einen hübschen Streich zugunsten des Großkapitals gespielt. Die südliche Pariser Straßenbahn-Gesellschaft hatte mit dem Polizeipräsidenten eine erhebliche Tarif-erhöhung vereinbart, zu der am 8. Juni der Generalkon- zert Stellung zu nehmen hatte. Dank dem Eifer der sozialistischen Mitglieder lehnte der Gemeinderat die Erhöhung mit großer Mehrheit ab, sprach sich auch mit 59 gegen 1 Stimme gegen jede Tarif-erhöhung anherhalb der Stadt aus. Nun hat der Minister durch Verfügung vom 24. August aus eigener Nachvollkommenheit der Tarif-erhöhung seine Zustimmung gegeben — ein Verfahren zugunsten des Großkapitals und gegen den laut ausgesprochenen Willen der Vertreter des öffentlichen Interesses, das stark an das gleichartige Uthale Vorgehen des preußischen Eisenbahn- ministeriums zugunsten der Großen Berliner Straßenbahn und zum Nachteil der Stadt erinnert. Eine lebhafteste Protestbewegung gegen dieses eigenartige Stück „unabhängig sozialistischer“ Politik ist eingeleitet.

Spanien.

Das „liberale“ System.

Madrid, 1. September. Der Direktor des Blattes „España Nueva“ ist auf Antrag der Militärbehörde angeblich infolge eines Artikels über Ceuta in Haft genommen worden.

Türkei.

Die freitischen Deputierten in der griechischen Kammer.

Konstantinopel, 1. September. Dem Vernehmen nach hat der Minister des Aeußern in seiner gestrigen Unterredung mit dem griechischen Gesandten auf die große Erregung hingewiesen, die sich infolge der Wahl der freitischen Deputierten der öffentlichen Meinung bemächtigt habe, was zu den schlimmsten Folgen führen könnte. Der griechische Gesandte betonte die for- zierte Haltung Griechenlands seit 1908. Trotz der umlaufenden Ge-

rüfte glaubt man in diplomatischen Kreisen nicht, daß es zum Kriege kommen werde, und ist sehr überzeugt, daß die Lage sich durch Richtzulassung der drei außer Belgien und Bulgarien gewählten Kreter bessern werde. Sicherer Informationen zufolge erklärten einige Vorkämpfer dem Minister des Auswärtigen, daß ein Krieg unter allen Umständen vermieden werden müsse.

Indien.

Wieder ein politisches Attentat.

Simsa, 2. September. Gestern Abend gaben in Dacca zwei junge Leute auf einen Inspektor der eingeborenen Polizei Schüsse ab in der Nähe des Gerichtsbauwerks, in welchem gegenwärtig ein Prozeß gegen 42 Hindus geführt wird, welche der Verschwörung beschuldigt werden. Der Inspektor wurde an Ohr, Hand und Brust verwundet; es besteht keine Lebensgefahr. Die Täter wurden verhaftet.

8. Internationaler Sozialistischer Kongreß.

Erste Kommission (Genossenschaftswesen).

Kopenhagen, 1. September.

Die Kommission trat heute nachmittags um 8 Uhr zu ihrer Sitzung zusammen. Die Subkommission legte folgende Einigungsresolution vor:

In Erwägung, daß die Konsumvereine nicht nur ihren Mitgliedern unmittelbare materielle Vorteile bieten können, daß sie berufen sind, die Arbeiterklasse durch Ausschaltung des Zwischenhandels und durch Eigenproduktion für den organisierten Konsum wirtschaftlich zu stärken und ihre Lebenshaltung zu verbessern, die Arbeiter zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten zu erziehen und dadurch die Demokratisierung und Sozialisierung der Gesellschaft vorzubereiten helfen, erklärt der Kongreß, daß die Genossenschaftsbewegung, wenn sie auch allein niemals die Befreiung der Arbeiter herbeiführen kann, doch eine wirksame Waffe in dem Kampfe sein kann, den die Arbeiterklasse um die Erreichung ihres unverrückbaren Zieles, der Eroberung der politischen und ökonomischen Macht zum Zwecke der Vergesellschaftung aller Mittel der Produktion und des Austausches, führt, und daß die Arbeiterklasse das höchste Interesse daran hat, diese Waffe zu gebrauchen. Der Kongreß fordert daher alle Parteigenossen und alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aus, tätige Mitglieder der Konsumvereinebewegung zu werden und zu bleiben und in den Konsumvereinen in sozialistischem Geiste zu wirken, um zu verhindern, daß die Konsumvereine aus einem wertvollen Mittel der Organisation und Erziehung der Arbeiterklasse ein Mittel werden könnten, um den Geist der sozialistischen Solidarität und Disziplin zu schwächen. Der Kongreß macht es daher den Parteigenossen zur Pflicht, in ihren Konsumvereinen darauf hinzuwirken, daß die Uebertragsmittel nicht ausschließlich zur Rückvergütung an die Mitglieder, sondern auch zur Bildung von Fonds verwendet werden, die es den Konsumvereinen ermöglichen, selbst oder durch ihre Verbände und Verbrauchergenossenschaften zur gewerkschaftlichen Produktion überzugehen und für die Erziehung und Bildung sowie ferner die Unterstützung ihrer Mitglieder zu sorgen, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Angestellten in dem Einvernehmen mit den gewerkschaftlichen Gremien, die ihre eigenen Betriebe in jeder Hinsicht vorbildlich organisiert sind und daß beim Bezug von Waren gebührende Rücksicht auf die Bedingungen genommen wird, unter denen sie hergestellt werden. Ob und inwiefern die Genossenschaften die politische und gewerkschaftliche Bewegung direkt aus ihren Mitteln unterstützen sollen, ist der Entscheidung der genossenschaftlichen Organisationen jedes Landes zu überlassen. In der Erwägung, daß die Dienste, die die Genossenschaftsbewegung der Arbeiterklasse leisten kann, um so größer sein werden, je stärker und geschlossener sie selber ist, erklärt der Kongreß, daß die Genossenschaften jedes Landes einen einheitlichen Verband bilden müssen. Der Kongreß erklärt endlich, daß es im Interesse der Arbeiterklasse in ihrem Kampfe gegen den Kapitalismus erforderlich ist, daß die Beziehungen zwischen den politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen immer inniger werden, ohne daß dadurch ihre Selbständigkeit angefaßt würde.

Ueber die Resolution entspann sich zunächst eine lange Nationalitätendebatte, da die Tscheden den Zusammenschluß der Genossenschaften nicht jedes Landes, sondern jeder Nation forderten. An der Debatte nahm von tschechischer Seite Rodratschek, von deutsch-österreichischer Seite Seltzer und Karpeles teil. Das tschechische Amendement wurde gegen ihre Stimmen abgelehnt. Levin-Rusland beantragte, die demokratisierende und sozialisierende Wirkung der Genossenschaften erst für die Zeit anzuerkennen, wo die Kapitalisten expropriert sein würden. Der Antrag wurde gegen eine geringe Minderheit abgelehnt. Wurm beantragte, nicht eine Verpflichtung der Parteigenossen auszusprechen, sondern statt „verpflichtet“ zu sagen „fordert“ auf „bringendste auf“. Dieses Amendement war das einzige, das Annahme fand. Weiter regte Wurm an, den britischen und den vorletzten Absatz der Resolution miteinander zu vertauschen und dann den letzten Absatz mit einem „aber“ zu beginnen. Dadurch würde die Freiheit der Entscheidung jedes Landes über die Neutralität der Genossenschaften nicht unbedingt anerkannt werden, sondern unmittelbar verknüpft werden mit dem Wunsche nach möglichst engem Zusammenhange aller Zweige der Arbeiterbewegung. Wegen dieser Verknüpfung wandte sich v. Elm, der für den Fall der Annahme dieser Anregung erklärte, sich nicht mehr an das abgeschlossene Kompromiß gebunden zu halten. Wurm zog darauf seine Anregung zurück, die Wikant-Holland wieder aufnahm. Sie wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Guesde zog seine Anträge, die der neutralen Konsumvereinebewegung feindselig waren, schließlich zurück, ebenso Banderweide ein Amendement, das eine Abschwächung des Urteils über die Wirkungen der Eigenproduktionen enthielt.

So wurde die Gesamtresolution mit dem Amendement Wurm mit allen gegen 2 Stimmen (Rodratschek und Levin) angenommen. Damit hat diese Kommission ihre Arbeitssumme erledigt.

Zweite (Gewerkschafts-) Kommission.

Kopenhagen, 1. September.

Zur Beratung steht die Frage der Betätigung der internationalen Solidarität. Hierzu liegt folgender Antrag der schwedischen Arbeiterpartei vor:

In Anbetracht des hervorragenden internationalen Charakters der proletarischen Bewegung und in Erinnerung an die Traditionen, die seit den Tagen der ersten Internationale unter den Arbeitern immer hochgehalten worden sind,

fordert der Internationale Sozialistische Arbeiterkongreß von Kopenhagen die Arbeiter aller Länder ab, wenn ein Kampf zwischen Kapital und Arbeit solche Dimensionen angenommen hat, daß die Arbeiterklasse des Landes, wo der Streit entbrannt ist, aus eigener Kraft denselben offenbar nicht durchsetzen kann, die kämpfenden Genossen so kräftig, als dies nach dem Stande der Bewegung jedes Landes nur möglich ist, moralisch und materiell zu unterstützen, um die gebieterische Pflicht der Arbeiterkollektivität in dieser Weise in Tat zu erfüllen.

Je näher die Arbeiterklasse auch in ihrer gewerkschaftlichen Aktion dem Kapitalismus auf den Leib rückt, um so mehr wird die Organisationsarbeit beiderseits beschleunigt werden. Die Macht des Kapitals wird in Krisenrisis, in Krisellen und in nationalen und internationalen Unternehmerverbänden konzentriert, die Arbeiter schließen ihrerseits ihre Kraft vor allem

in gewerkschaftlichen Landeszentralen zusammen. Infolge dieser gegenseitigen Konzentrierung der Kräfte nimmt der Klassenkampf zum Teil neue, umfassendere Formen an, gewerkschaftliche Massengefechte, von Niesenausperungen provoziert, werden, wie wir es in Dänemark 1898, in Schweden 1900, in Deutschland 1910 gesehen, bald hier, bald da entbrennen. Der Klassenkampf wird sich folglich in den kommenden Jahren voraussichtlich noch umfassender und einseitiger gestalten. Um so mehr muß dann auch die Arbeiterklasse dafür sorgen, daß sie im gegebenen Moment dort, wo die Arbeiterklasse eines ganzen Landes oder eines ganzen Gewerbes ohne internationale Unterstützung der Uebermacht des Kapitals erliegen müßte, ihre ganze Kraft einsetzen könne.

Der Kongreß stellt der gewerkschaftlichen Internationale anheim, die zweckmäßigsten Formen der internationalen Arbeiterkollektivität näher zu untersuchen und festzulegen. Für die nächste Zeit empfiehlt der Kongreß:

das immer nähere und dauerhaftere Zusammenwirken der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen, in jedem Lande und über die Grenzen hinaus;

die Abänderung von solchen gewerkschaftlichen Satzungen, die einer schnellen und wirksamen internationalen Hilfsaktion hinderlich sein können;

die Verbesserung und Erweiterung der internationalen Verbindungen der sozialdemokratischen Arbeiterpresse; besonders werden die sozialistischen Journalisten in dem Lande, wo ein großer Kampf in Aussicht steht oder schon begonnen ist, an die Verpflichtung erinnert, ihre ausländischen Kollegen über die Situation schnell und forsch aus dem Laufenden zu halten, die ihrerseits verpflichtet sind, die Berichte, um das Interesse und die Sympathie der Arbeiterklasse überall wachzurufen und um den allzuoft direkt erlogenen „Reuigkeiten“, die, um die öffentliche Meinung zu täuschen, von im Dienste des Kapitals stehenden Zeitungen und Bureaus verbreitet werden, rechtzeitig entgegenzutreten, unmittelbar zu verwenden.

Auch von diesem Gesichtspunkte aus ist es für die ganze Arbeiterbewegung von höchster Bedeutung, daß in allen Ländern eine sozialistische Presse emporwächst, die Kraft genug besitzt, die breiten Volksschichten von der lähmenden Einwirkung des bürgerlichen Zeitungswezens freizumachen.

Parteiorgan

der Schwedischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Weiter liegt hierzu vor ein Antrag Veiglens, der in sehr eingehenden Einzelanweisungen Regeln für die Unterstüßung großer gewerkschaftlicher Kämpfe durch das Internationale Bureau aufstellt.

Den schwedischen Antrag begründet Branting: Der schwedische Antrag wolle nicht in die Statuten und Befugnisse der internationalen Gewerkschaftskonferenzen eingreifen; aber der Internationale Kongreß habe doch die Pflicht, an die Gewerkschaften allgemein die Mahnung zu richten, aus ihren Statuten alles zu entfernen, was eine wirksame internationale Hilfe unmöglich mache. Um alle Bedenken, die von deutscher Seite erhoben worden seien, zu beschwichtigen, schlägt Branting vor, den Absatz 5 der schwedischen Resolution folgendermaßen zu fassen: Der Kongreß empfiehlt der gewerkschaftlichen Internationale, zu untersuchen, welche Formen der internationalen Arbeiterkollektivität die zweckmäßigsten sind. Branting weist sodann auf die hohe Bedeutung der sozialistischen Tagespresse hin, bittet um Annahme der schwedischen Resolution und Ablehnung der belgischen Vorschläge.

Cohen-Berlin: Die Engländer haben beim Schwedischen Generalstreik in großer Weise ihre Pflicht vernachlässigt. (Wiesliche Zustimmung.) Auch die Franzosen beschränken sich meist auf kräftige Worte. Den Schweden haben sie eine lange Resolution geschickt, die mit den Worten schloß: „Es lebe die soziale Revolution!“ und dazu 20 Frank. (Große Heiterkeit. Ruf: Weniger Revolution und mehr Geld wäre besser gewesen.) Dabei sind die englischen Gewerkschaften reich, und bei einigem guten Willen könnten auch die Franzosen ihre Schuldigkeit tun. Die belgischen Spielereien mit der internationalen Legitimationskarte und den Unterstüßungen, die für eine Prife Tabak reichen, mögen wir nicht mit. (Beifall.)

Hugger-Schweiz schließt sich Cohen in der Kritik der Franzosen, Engländer und Belgier an und empfiehlt die Resolution der Schweden.

Bergmans-Belgien findet die schwedische Resolution zu bage und die bisherigen internationalen Hilfsaktionen zu langsam.

Gueber-Oesterreich polemisiert gegen Bergmans, den er bezüglich der näheren Ausführung der Resolution Branting auf die nächstjährige Internationale Gewerkschaftskonferenz in Budapest verweist.

Wanderson-England erklärt, daß er die englischen Gewerkschaften nicht verteidigen wolle. Aber erklären wolle er die Haltung. Zwei Jahre schwerer Krise lagen gerade hinter England; nach den großen Unterstüßungen für Arbeitslose und Kranke war nicht mehr viel in den Taschen. Vor allem aber hatten die Engländer keine Presse, kein einziges sozialistisches Tagesblatt. Geben Sie uns einen Fingerzeig, wie wir uns eine Arbeiterpresse schaffen können, und wir werden unsere volle Schuldigkeit tun. Der englische Arbeiter ist ebenso opferwillig wie der deutsche.

Haywood-Amerika erklärt, daß die amerikanischen Arbeiter die Pflichten internationaler Solidarität überhaupt nicht kennen. Die American Federation of Labor sei überhaupt nicht erfüllt vom Geiste internationaler Solidarität, sondern vom Geiste des eigenmächtigen Kapitalismus.

Dr. Hier-Wien hält Andersen entgegen, daß die englischen Gewerkschaftsführer sehr gut unterrichtet waren über die Tragweite des schwedischen Streiks und nicht das mindeste getan haben. Auf Grund ihrer Statuten haben sie prinzipiell jede Hilfeleistung für das Ausland abgelehnt. Er möchte wissen, ob wenigstens jetzt die Engländer bereit sind, diese Gewerkschaftsstatuten zu ändern.

Karski-Polen dankt für die reiche Hilfe, die während der russischen Revolution den Kämpfern zuteil geworden ist, und weist nach, wie unbrauchbar die von Belgien geforderten internationalen Legitimationskarten seien.

Nach einem kurzen Schlußwort Brantings wird der belgische Antrag abgelehnt und der schwedische Antrag einstimmig angenommen. Zum Berichterstatter für das Plenum wird Hugger-Schweiz ernannt.

Soziales.

Gültige Vorschrift über den Straßenhandel.

Der Straßenhändler Brinkmann und zwei andere Straßenhändler aus Düsseldorf waren wegen Uebertretung der Düsseldorf'schen Straßenpolizeiverordnung angeklagt worden, weil sie ohne polizeiliche Erlaubnis eine feste Handelsstelle auf der Straße eingenommen hätten, was die Polizeiverordnung verbietet. Es wurde für festgestellt erachtet, daß sie sich mit ihren Wagen, von denen aus sie verkauften, an ein und derselben Stelle bis zu einer halben Stunde aufgehalten hätten. Es handelte sich um Straßen im Bezirk Gerresheim. Das Landgericht Düsseldorf als Berufungsinstanz sprach die Angeklagten frei, indem es ausführte: Allerdings sei die Straßenpolizeiverordnung auch auf den Bezirk Gerresheim, der in Düsseldorf eingemeindet sei, anwendbar, da sie nach dem Eingemeindungsvertrag dort ohne weiteres in Kraft getreten sei. Es müsse aber für ungültig erachtet werden der Absatz II des § 15, wonach es nur auf Grund einer polizeilichen Erlaubnis gestattet ist, außerhalb der Marktplätze auf öffentlichen Straßen eine Handelsstelle einzunehmen. Was sei unter dem Einnehmen einer Handelsstelle zu verstehen? Es könnte darunter verstanden werden entweder jedes Aufstellen zum Zwecke des Handels oder das Aufstellen für eine gewisse Dauer. Das erstere wäre unzulässig nach der Gewerbeordnung, denn es würde eine unzulässige Beschränkung

der Gewerbefreiheit einschließen. Die Fälle, wo zur Ausübung eines Gewerbes eine besondere polizeiliche Erlaubnis erforderlich ist, seien in der Gewerbeordnung ausdrücklich bestimmt. Es träfen auf den ambulanten Handel mit Obst, Gemüse und dergleichen nicht zu. Natürlich wäre der Straßenhändler verpflichtet, Anordnungen zu befolgen, die im Interesse des öffentlichen Verkehrs ergingen. Jedoch würden Vorschriften ungültig sein, wonach der Straßenhandel nur auf Märkten gestattet wäre. Hier könne unerörtert bleiben, ob Polizeiverordnungen gültig wären, die, um Verkehrsstörungen entgegenzutreten, den Straßenhandel an bestimmten Straßenstellen überhaupt unterfügten. Auf jeden Fall erlaube der von der Düsseldorf'schen Straßenpolizeiverordnung gebrauchte Ausdruck „Einnahme einer Handelsstelle“ eine bestimmte Auslegung in der Richtung nicht. Und falls die Bestimmung nur ein verkehrsstörendes Verweilen treffen wollte, sei nach ihr nicht klar, wie lange denn ein Händler stehen bleiben dürfte, um zu verkaufen. Es fehle daher an einem deutlich umschriebenen strafbaren Tatbestand. Die Bestimmung sei darum ungültig und unanwendbar. Daraus folge die Freisprechung der Angeklagten.

Das Kammergericht hob das Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht in Düsseldorf zurück. Begründet wurde ausgeführt: Der Ausdruck „Einnahme einer Handelsstelle“ sei bestimmt genug. Darunter sei zu verstehen, daß ein Händler, der sich aufgestellt hat, begünstigt bleiben, um Kunden zu bedienen, auch nach der Entfernung des Käufers noch weiter stehen bleibt, um andere Käufer zu erwarten. Gewiß enthalte dieser Begriff der Einnahme einer Handelsstelle eine gewisse Beschränkung. Aber nicht in dem Sinne, daß dadurch der Hausverkauf oder der ambulante Handel als solcher beschränkt werden solle, sondern nur in dem Sinne eines Schutzes des öffentlichen Verkehrs. Man denke sich an jeder Ecke oder jeder Straßenkreuzung einen, der stundenlang stehen bleibe, um fortwährend Käufer zu erwarten. Dann wäre der Verkehr dort ganz unterbunden. Somit handele es sich hier um eine allgemeine Vorschrift im Verkehrsinteresse. Der Händler solle nicht dadurch, daß er dauernd an einer Stelle stehe, dem Publikum das Verkehrsbedürfnis beschränken, den Verkehr hindern. Diese Regelung in einer Polizeiverordnung sei zulässig und gültig. Die Vorschrift der Düsseldorf'schen Straßenpolizeiverordnung finde ihre Stütze im § 6b des Polizeiverwaltungsgesetzes, wonach zu den Gegenständen polizeilicher Vorschriften der Schutz des Verkehrs auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen gehöre. Die Sache müsse an das Landgericht zurückverwiesen werden, damit dieses über die Verurteilung der Angeklagten befunde.

Aus Industrie und Handel.

(Siehe auch 1. Beilage.)

Im Schweiße deines Angesichts

Sollst du dein Brot essen. — Wie dieses Bibelwort von den modernen, arischen und jüdischen Staatsknechten in die Tat umgesetzt wird, davon gibt folgende Mitteilung, die wir in der letzten Nummer der Hochzeitschrift „Die Welt“ finden, wieder mal ein Beispiel. Es heißt da: Daß eine in Aktienform betriebene Unternehmung schlecht gearbeitet, so weist nur ein Dilettant einen blanzmäßigen Verlust aus. Der Kenner überträgt das unrentable Unternehmen auf eine neue Aktiengesellschaft, und zwar zu so hohem Preise, daß für die verkaufende Gesellschaft ein Gewinn bleibt. Sollte das Unternehmen auch in der Hand der Käuferin unrentabel bleiben, so steht nichts im Wege, daß diese es wiederum an eine dritte, die dritte an eine vierte Gesellschaft weitergibt, natürlich immer ohne Verlust oder gar mit Gewinn. Freilich wächst das Objekt bei seiner Wanderung von Hand zu Hand in eine Ueberkapitalisation hinein, die es beinahe unmöglich macht, daß es jemals rentabel wird. Das schadet aber nichts, sofern nur die Aktien und Obligationen der verschiedenen Gesellschaften zur rechten Zeit ins Publikum gebracht werden. Eine Schwierigkeit bietet das nicht, weil ja bei jedem Verkauf in den Büchern ein Gewinn verzeichnet steht. Nach diesem Rezept hat zum Beispiel die Metallgesellschaft zu Frankfurt am Main im Jahre 1897 ihre zahlreichsten Beteiligungen an Kupfer- und Zinkwerken in Amerika, Afrika und Australien mit Gewinn an die „Metallurgische Gesellschaft“ übertragen. Diese hat im Jahre 1906 wiederum eine Tochtergesellschaft, die „Berg- und Metallbank“, mit nicht weniger als 40 Millionen Mark Kapital errichtet und ihre 4 Millionen Mark eigene Aktien zu 310 Proz. (1) sowie 1 1/2 Millionen Mark Aktien der „Metallurgischen Gesellschaft“ (d. h. ihrer eigenen Muttergesellschaft) zu 250 Proz. (1) verkauft. In diesem Frühjahr war nun der Kupferpreis so tief gesunken wie nie zuvor, und ein großer Teil der Beteiligungen der Berg- und Metallbank muß erhebliche Wertminderungen erfahren haben. Aber das schadet nichts. Es wird einfach wieder eine Tochtergesellschaft gegründet — jetzt schon die Urenkelin der ursprünglichen Unternehmung — und dieser werden, ohne Rücksicht auf das zweifellos schlechte Ergebnis des kürzlich beendeten Geschäftsjahres, 3 1/2 Millionen Mark Aktien der Metallgesellschaft zum Preise von 315 Proz., sowie aus dem Besitz der Mutter- und Großmuttergesellschaft weitere über 4 Millionen Mark der gleichen Aktien ebenfalls zum Preise von 315 Proz. verkauft. Nun ist aber diese Sorte von Geschäften durch die Steuererhöhung des vorigen Jahres etwas erschwert worden, der Effektensteuelpfand, der bei jeder Gründung neu bezahlt werden muß, beträgt bei Aktien seit dem 1. August 1909 3 Proz. des Nennwertes. Geht also ein Objekt nacheinander an vier verschiedene Gesellschaften über, etwa zum Kurse von 180 Proz., so sind außer den sonstigen Kosten an Steuern allein 15,6 Proz. zu zahlen. Was aber tut der „patriotische“ Kapitalist? Bringt er dem Vaterlande dieses Opfer, das es doch angeblich für seine Wehrkraft so dringend braucht? — Fällt ihm gar nicht ein: er geht vielmehr mit der Neugründung ins Ausland. In Basel hat man die Urenkelin der frankfurter Metallgesellschaft gegründet unter dem Namen „Schweizerische Gesellschaft für Metallwerke“. Und man hat noch die Dreifachheit, im Geschäftsbericht sich darüber zu beklagen, daß man durch die neuen Steuergesetze außer Landes getrieben worden sei.

Ja, es wird den Herren Kapitalisten wirklich schwer gemacht, ihr Stückchen Brot zu verdienen.

Ein neues Zigarettenhabitat. Wie mitgeteilt wird, hat der Märkische Zigarettenfabrikant für den 7. September eine Versammlung seiner Mitglieder einberufen, die sich mit der Gründung eines Märkischen Zigarettenhabitates befassen soll. Zurzeit besteht eine Preisconvention, der zwar die Zigarettenfabrikanten angeschlossen sind und die mit den Berliner Abnehmern einen festen Preis vereinbart hat, jedoch sah sich die Vereinigung kürzlich gezwungen, den Preis für das Tausend von 23 auf 20 M. herabzusetzen, weil die bringende Gefahr bestand, daß die Mitglieder trotz der getroffenen Vereinbarung ihre Ware billiger abgeben würden. Man will nun eine festgeschlossene Vereinigung gründen, die es auch in der Hand hat, einzelne Betriebe stillzulegen, um das Angebot abzuschwächen. Falls das geplante Habitat nicht aufzudeckern kommt, will man die jetzige Preisconvention auflösen, weil der jetzige Zustand als unhaltbar empfunden wird.

Der Ostruf marfiziert. Die Deutschen Benzin- und Oelwerke Akt.-Ges., die im Juni d. J. in Liquidation getreten sind, haben ihre gesamten Anlagen, bestehend aus den Raffinerieanlagen im Brunsbüttelkoog und Jäger sowie die zugehörigen Kantalanlagen, ferner ihre gesamten Waren- und Materialbestände durch die Vermittlung der Antwerpener Societe anonyme Petroles de Grosny, die die Majorität der Aktien der Deutschen Benzin- und Oelwerke in Händen hatte, an die Standard Oil Co. resp. die Deutsch-Amerikanische Petroleumgesellschaft verkauft. Auch der Vertrag auf Lieferung von Rohbenzin zwischen der Petroles de Grosny und den Deutschen Benzin- und Oelwerken soll auf die Standard Oil Co. übergegangen sein. Mit dem Ankauf der Deutschen Benzin- und Oelwerke hat sich die Standard Oil Co. bei ihrem Vordringen in Deutschland einen weiteren Stützpunkt geschaffen.

Gewerkschaftliches.

Vom Krieg auf den deutschen Seeschiffswerften.

Die Bourgeoispreffe weiß von einem Scheitern der von „dritter Seite“ angeregten Verhandlungen zur Beilegung des Werftarbeiterstreiks zu berichten, obwohl bis Freitagmittag dem Vertreter des Metallarbeiterverbandes, Alexander Schlade, eine diesbezügliche Mitteilung seitens der Werftbesitzer noch nicht zugegangen war. Der Sekretär Thielkow vom Verband der Eisenindustrie Hamburgs zeigte sich gestern entrüstet über die Mitteilung des Wolffschen Telegraphenbureaus, daß die Werftarbeiterorganisationen sich an die Werftbesitzer mit dem Ersuchen um eine Besprechung gewandt hätten, damit andererseits, daß er oder die Werftbesitzer diese Mitteilung nicht veranlaßt hätten. Die Arbeitgeber unterhalten aber mit der bürgerlichen Presse gute Beziehungen, wie folgendes am Freitagabend vom „Hamburger Fremdenblatt“ veröffentlichte, ihm aus Arbeitgebertreuen zugegangene Schriftstück beweist:

„Arbeiter der Kaiserlichen Werft Kiel haben kürzlich vertraulich versucht, eine Besprechung zwischen den ausständigen Arbeitern und den Seeschiffswerften herbeizuführen, zu der sich die Werften auch auf der Basis der 1907 geführten Verhandlungen bereit erklärten. Hieraus erging von dem Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes eine Anfrage an den Vorsitzenden der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften, ob die Werften bereit seien, in eine Besprechung mit den Vertretern der Arbeiterverbände einzutreten, und zugleich die Anregung, auf die Hinzuziehung von Arbeitern für die Aussprache überhaupt zu verzichten und diese nur zwischen den Vertretern der beteiligten Arbeitgeber und der Arbeitnehmer-Organisationen stattfinden zu lassen. Dies Verlangen wurde mit Schwierigkeiten begründet, die bei den Verhandlungen von 1907 durch Hinzuziehung der von den Werften gewählten Vertreter ihrer Arbeiter entstanden seien.“

Mit Rücksicht auf die Schwierigkeit, während des Streiks geeignete Vertreter der Arbeiter auf den Werften zu bestimmen, hat die Gruppe Deutscher Seeschiffswerften daraufhin erklärt, sie sei bereit, am Mittwoch, 7. September, mit den Vertretern sämtlicher acht Arbeiterorganisationen zusammenzukommen, jedoch unter Hinzuziehung eines Vertreters der Hirsch-Dunckerischen, der christlich-sozialen Gewerkschaften und dreier Vertreter der nationalen Arbeitervereine auf den Werften.

Die angreifenden acht Arbeiterorganisationen haben heute den Vorschlag der Werften abgelehnt, so daß die in Aussicht genommene Besprechung nicht stattfinden wird. Eine Erklärung für dieses Verhalten ist nur darin zu finden, daß die freien Gewerkschaften alle anderen Arbeiterorganisationen ausschalten wollen.

Wie schon am Freitag mitgeteilt, ist es unrichtig, daß die streikenden Arbeiter oder deren Organisationen sich an die Werftbesitzer gewandt haben zwecks Einleitung von Verhandlungen. Vielmehr ist von „dritter Seite“, die zu nennen kein Anlaß vorliegt, bei beiden Seiten angefragt worden, ob Geneigtheit zu einer Verhandlung vorhanden sei; die Arbeiter der Kaiserlichen Werft, Kiel, spielen hierbei eine weniger als sekundäre Rolle, zumal von einer Anregung aus diesen Streifen der Streikleitung nichts bekannt ist.

Von den Arbeiterorganisationen wurde der Vorschlag gemacht, die Verhandlungen nur zwischen den Vertretern der beiderseitigen Organisationen stattfinden zu lassen, da die im Jahre 1907 von den Unternehmern hinzugezogenen Arbeiter nicht das Vertrauen des Gros der Arbeiterschaft genossen hätten. Herr Sekretär Thielkow, der Mittwoch „unverbindlich“ mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen konferierte, wurde von diesen auseinandergeleitet, daß jede Partei ihre Vertreter selbst bestimmen möchte, wie die Arbeiter sich nie erlauben würden, den Unternehmern die Auswahl ihrer Vertretung vorzuschreiben. Die Arbeitervertreter setzten ihre Bedenken gegen die Hinzuziehung von an der Einreichung der Forderungen Unbeteiligten auseinander und hoben hervor, welche Rolle die „nationalen“ Vereine bei Lohnkämpfen gespielt haben.

Zu dieser Frage nahmen am Donnerstagmorgen die Arbeiterorganisationen Stellung und es wurde beschlossen, daß die Verhandlungen nur zwischen den Beteiligten, also der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften als der Empfängerin und Vertretern der acht Gewerkschaften als den Veranlassern der eingereichten Vorschläge, stattfinden könnten.

Aus dem Verhalten der Werftbesitzer geht klipp und klar hervor, daß es ihnen mit den Verhandlungen nicht ernst war, sonst hätten sie nicht Vorschläge gemacht, die für die Arbeiter als Verhandlungsbasis nicht in Betracht kommen können. Der Standpunkt des „Divide et impera“ (teile und herrsche) dürfte den Werftbesitzern wenig nützen, denn die Arbeiter bilden in diesem Kampfe eine geschlossene Phalanx, die paar „nationalen“, zum Streikbruch neigenden Elemente kommen als Kaufpreiser nicht in Betracht.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Former und Tischlerarbeiten! Bei der Firma Krennauer in Pantow, Florastr. 8, befinden sich die Kollegen im Streik. Diese Firma ist für alle Metallarbeiter jeder Branche gesperrt.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Die Klemmer sind mit den bestehenden Verhältnissen in ihrem Beruf sehr unzufrieden. Sie verlangen vor allen Dingen bessere Löhne, entsprechend der steigenden Teuerung aller Lebensmittel. In einer Versammlung, die am Donnerstagabend in den Ruskler-Festhallen stattfand, kam die herrschende Unzufriedenheit in scharfer Weise zum Ausdruck. Einstimmig wurde ein Antrag angenommen, die Agitationskommission zu beauftragen, bei der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes die Sanktion zu einer allgemeinen Lohnbewegung einzuholen und zu beantragen, daß Berlin sofort für Klemmer gesperrt werde. Eine zum nächsten Sonntag einzuberufende Versammlung soll dann die weitere Entscheidung treffen.

Die streikenden Arbeiter für gelochte Bleche versammelten sich am Freitag morgen zur Besprechung ihrer Angelegenheiten. Handte berichtete, daß eine Firma, wo etwa 20 Mann beschäftigt werden, den Tarifvertrag unterschreiblich anerkannt hätte. Die Arbeit sei daselbst sofort wieder aufgenommen. Die Unternehmer hätten ebenfalls eine Versammlung abgehalten; sie versuchten, Streikbrecher zu bekommen und sie hoffen, daß einzelne von den Streikenden sich gewinnen lassen, um die notwendigen Arbeiten fertigzustellen. Handte warnte davor, sich auf irgendwelche Sonderabmachungen einzulassen. Alle Verhandlungen dürfen nur durch die eingesehene Kommission unter Hinzuziehung des Vertreters der Organisation stattfinden. Auf Streikarbeit sei streng zu achten. Die Arbeiter erwarten, daß jede Streikarbeit aus Metallwerken für gelochte Bleche, die nach Schlossereien und ähnlichen Betrieben gesandt wird, strikt verweigert werde.

Tariffbewegung der Gold- und Silberarbeiter.

Infolge des Beschlusses, den die Gold- und Silberarbeiter am 11. August faßten, haben sie den bestehenden Tarif gefährdet. Berantw. Redakt.: Richard Böhly, Berlin. Inzeratenteil betantw. 25.

Inzwischen haben ihre Vertreter bereits eine Aussprache mit den Vertretern des Arbeitgeberverbandes der Edelmetallindustrie gehabt, die zwar noch kein greifbares Resultat brachte, aber doch deutlich erkennen ließ, daß die Arbeitgeber zwar eine Erneuerung des Verhältnisses wünschen, jedoch keine wesentlichen materiellen Verbesserungen zugehen möchten. Die Arbeiter dagegen halten eine Aufbesserung ihrer Löhne für dringend notwendig, nicht nur wegen der allgemeinen Teuerungverhältnisse, sondern auch, weil sie im Lohn erheblich zurückgefallen hinter den Arbeitern in anderen Zweigen der Metallindustrie. Eine am Donnerstag abgehaltene Versammlung der Gold- und Silberarbeiter stellte die Forderungen auf, welche in dem neuen Tarif anerkannt werden sollen. Nachdem Handte einen Bericht über die Beratungen der Vertrauensmänner gegeben und deren Vorschläge unterbreitet hatte, erklärte sich die Versammlung für folgende Forderungen: Die jetzt geltende 8 1/2 stündige Arbeitszeit soll unverändert bleiben, aber auch in den Betrieben gelten, wo bisher 9 Stunden gearbeitet wurde. Als Neuerung wird gefordert, daß Sonnabends 1 Stunde und am Tage vor den hohen Festen 2 Stunden früher Feierabend gemacht wird ohne Lohnabzug. Der bisherige Mindestlohn von 21 M. soll auf 24 M. erhöht werden. Fortfallen soll die Bestimmung des alten Vertrages, wonach besonders schwachen Arbeitern ein niedrigerer Lohn als der Mindestlohn gezahlt werden kann. Für Ueberstunden und Sonntagsarbeit sollen Zuschläge von 25, 50 und 75 Prozent gezahlt werden. Allen Arbeitern ohne Ausnahme sollen die Löhne, welche sie gegenwärtig beziehen, um 10 Prozent erhöht werden. Einen noch höheren Zuschlag sollen die niedrigen Akkordlöhne der Bestdarbeiter erfahren. Der Vertrag soll auf 2 Jahre abgeschlossen werden. — Diese Forderungen hat die Kommission bei den Tarifverhandlungen mit den Unternehmern zu vertreten und über das Ergebnis später Bericht zu erstatten.

Die Rahmenmacher, organisiert im Deutschen Holzarbeiterverband, stellen Lohnforderungen auf, die im Laufe dieser Woche den Unternehmern vorgelegt werden sollen. In einer Vertrauensmännerung wurde die Angelegenheit bereits erörtert und eine Kommission beauftragt, einer Brandenburger Versammlung entsprechende Vorschläge zu machen. Die Branchenversammlung fand am Montagabend im Gewerkschaftshause statt. Der Referent Fischer legte dar, daß die steigende Teuerung sowohl als auch der Umstand, daß die Rahmenmacher auf Saisonarbeit angewiesen seien, eine Erhöhung der Löhne notwendig machen. Die Kommission schlägt vor, den Minimallohn pro Woche auf 38 M. festzusetzen. Wo 38 M. oder mehr bezahlt werden, solle eine Erhöhung um 5 Proz. eintreten. Ebenso solle der Verdienst des Akkordarbeiters um 5 Proz. steigen. Die Regelung der einzelnen Akkordsätze müsse aber nach der Maßgabe stattfinden, daß die niedrigsten Positionen besondere Verbesserungen erfahren. Da in den nächsten Tagen diese Vorschläge in Werkstattbesprechungen zur Erörterung kommen sollen, wird die Kommission Gelegenheit haben, die Forderungen dem Resultat dieser Besprechungen gemäß zu formulieren. Nach eingehender Diskussion nahm die Versammlung die Vorschläge der Kommission einstimmig an. Als wichtig wurde noch hervorgehoben, überall streng darauf zu halten, die 8 1/2 stündige Arbeitszeit nicht zu überschreiten. Man beachtete, in den Betrieben, wo die Verhältnisse am ungünstigsten liegen, zuerst und ganz energisch vorzugehen. Erwähnt wurde die Firma Leopold Rosenow (der bekannte freisinnige Politiker und dessen Sohn als Inhaber), wo die Arbeiter mit den Verhältnissen höchst unzufrieden seien. — Die Rahmenmacher sind zu 90 Proz. organisiert und hoffen auf einen schnellen Erfolg ihrer Bewegung.

Der Streik der Kollatscher und Expeditionsarbeiter hat nach kurzer Dauer mit einem Siege geendet. Anlaß zum Streik gab das brüske Verhalten der Unternehmer. Die Kollatscher und Expeditionsarbeiter saßen am 28. August er. den Beschluß, die Zugeländnisse der Unternehmer (siehe „Vorwärts“ vom 30. v. M.) anzunehmen unter der Bedingung, daß die Expeditoren statt mit einem fünfjährigen sich mit einem vierjährigen Vertrag einverstanden erklären und die zweite Zulage von zwei Mark statt nach 2 1/2 Jahren bereits nach 2 Jahren zahlen. Diese Wünsche, sowie jede weitere Verhandlung wurden von den Unternehmern glatt abgelehnt. Das empörte die Arbeiter derart, daß sie mit 955 gegen 90 Stimmen den Streik beschlossen. Nun wurden die Unternehmer anderer Meinung. Bewilligung auf Bewilligung lief ein und nach kaum halbtägigem Streik konnte derselbe als siegreich beendet erklärt werden, da sämtliche Firmen Groß-Berlins ihre Zustimmung zu den Forderungen der Streikenden erklärt hatten.

Lohnbewegung der Dachdecker-Gilfdarbeiter.

Börnich berichtete in einer am Donnerstag abgehaltenen Versammlung über den derzeitigen Stand der Lohnbewegung. Ehe der Streik eintrat, habe die Gewerkschaftskommission der Organisation anheimgestellt, das Einigungsamt anzurufen. Das sei auch geschehen. Jedoch habe die Unternehmerschaft es abgelehnt, vor dem Einigungsamt zu erscheinen. Jurgelt ständen die Arbeiter von 5 Firmen, insgesamt 73, im Streik. Die Situation sei sehr günstig für die Ausständigen. Ein Antrag aus der Mitte der Versammlung, der besagt, daß die Forderung von 60 Pf. Stundenlohn auf 55 Pf. herabgesetzt werden solle, mit der Maßgabe, daß im kommenden Jahre eine Erhöhung auf 60 Pf. zu erfolgen habe, wurde mit 81 gegen 44 Stimmen angenommen. Bezüglich der übrigen Bestimmungen tritt keine Abänderung ein.

Der Streik in der Norddeutschen Gummiabrik, Tempelhofer Ufer, dauert unverändert fort. Wiederholt haben in den letzten Tagen Verhandlungen stattgefunden und wurde auch eine Verständigung mit der Direktion erzielt, die jedoch durch das Gebahren einzelner Angestellter der Firma wieder hintertrieben wurde. — Viel zu klagen haben die Arbeiter über die Maßnahmen der Polizei. Den Streikenden sowie den Organisationsvertretern ist das Betreten der Straße am Tempelhofer Ufer und das Sitzen auf den Bänken am Wasser verboten. Eine Ausnahme machte man am Paradedag. An diesem Tage war keine Zeit, freisende Arbeiter ohne ersichtlichen Grund zu arrestieren. Auf eine Befragung beim Reviervorstand wurde dem Organisationsvertreter geantwortet: „Ueber die Maßnahmen der Beamten nehme ich keine Versicherung entgegen. Diese führen nur meine Anordnungen aus. Wenn Sie sich beschweren wollen, so beschweren Sie sich über mich!“ — Die Streikenden haben sich nun an den Polizeipräsidenten gewandt, damit er Veranlassung nimmt, den Beamten klarzumachen, daß das Tempelhofer Ufer für jedermann zum Verkehr frei ist, daß die Bänke auf der Wasserseite von jedem Bürger benutzt werden dürfen, und daß das gesetzliche Recht, Streikposten zu setzen, nicht durch Schuppleute und auch nicht durch den Reviervorstand illusorisch gemacht werden darf. Zugang von Gummiarbeitern ist nach wie vor fernzuhalten.

Achtung, Fleischergehilfen! Bei der Firma H. Müller, Neue Königsstr. 65-66, sind sämtliche organisierte Gesellen gemahregelt worden. Die Firma, die hauptsächlich städtische Lieferungen hat, will nur noch unorganisierte Gesellen beschäftigen. Zentral-Verband der Fleischer, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Achtung, Stodarbeiter! Die Stodfabrik Moßoll in Weitenhausen-Kassel hat am 27. August 50 Polierer entlassen, weil dieselben die Stellung des Materials — Schwamm, Spiritus usw. — durch den Unternehmer forderten. Weitere 20 Kollegen, welche sich weigerten, an Stelle der Ausgesperrten zu treten, wurden ebenfalls entlassen. Die Arbeiter der anderen Kategorien, Wiegler, Kreidraspeler, Kräfer, Feiler usw., erhielten ihrer Kündigung zum 17. September. Da anzunehmen ist, daß die Firma versucht, die angefangenen Arbeiten anderweitig fertigstellen zu lassen, so bitten wir, bei Aufsuchen fremder angefangener Arbeit Mitleidung zu geben an die Zentralkommission der Stodarbeiter (Deutscher Holzarbeiterverband). Adr.: Jul. Hildebrandt, Niddorf, Selsower Straße 6.

25. Woche, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hier zu 4 Beilagen u. Unt. erhaltungslos.

Ausland.

Warnung vor Zuzug von Fleischern nach Paris.

Dem Zentralverband der Fleischer ging von dem Pariser Bruderverbände die Nachricht zu, daß sich die Fleischer- und Selchergehilfen in Paris und Umgebung in einer umfangreichen Lohnbewegung befinden, um sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. In einer Reihe größerer Betriebe ruht die Arbeit vollständig, doch hoffen die Unternehmer, aus Deutschland, Oesterreich und der Schweiz bald Ersatz zu beschaffen. Es wird daher dringend vor Zuzug solcher Arbeiter nach Paris gewarnt und gebeten, dies unter den nichtorganisierten Gehilfen ganz besonders bekanntzumachen.

Der Streikbewegung in Bilbao

will die Regierung nun begeben, indem sie den Belagerungszustand verhängte. Der Minister des Innern äußerte sich in einem Interview wie folgt:

Seit 45 Tagen hat sich die Regierung bemüht, eine Verstärkung zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeizuführen, aber immer ohne Erfolg. Diese Lage konnte sich nicht noch verlängern. Kaufleute und Industrielle gaben Zeichen lebhafter Beunruhigung, und die Stadt, welche ihren normalen Charakter beibehalten, lief in Gefahr, angesichts der Haltung der Ausständigen zum Schauplatz ernstlicher Zwischenfälle zu werden. Infolgedessen war ein energisches Einschreiten der Behörden dringend notwendig.

Vielleicht bedeutet aber die Verhängung des Belagerungszustandes nicht eine Niederwerfung der Streikbewegung, sondern veranlaßt ihr Uebergreifen auf noch andere Orte. Der Generalstreik in Saragozza nimmt einen ziemlichen Umfang an. Am 1. September erschienen daselbst keine Zeitungen. Auch für Barcelona ist die Proklamierung eines Generalstreiks geplant. Zwischenfälle sind bisher nicht zu verzeichnen.

Die Arbeiterinnen gegen den obersten Gerichtshof.

New York, 2. September. Die Vereinigung der Arbeiterinnen, welche durch das Urteil, das kürzlich durch den obersten Gerichtshof bezüglich des Streikpostenstehens und Berechtigung zum Streik gefällt wurde, arg getroffen worden ist, ist jetzt fest entschlossen, weiter zu manifestieren. Gestern morgen haben sich 300 Arbeiterinnen und Arbeiter, meistens aus der Mäntel- und Rodbranche, in der 5. Avenue und in der 32. Straße, d. h. also in dem reichsten und elegantesten Gebiete von ganz New York, angesammelt und haben laut gegen diese Behandlung, die ihnen infolge des Urteils des obersten Gerichtshofes zu teil wird, protestiert. 74 Männer und 11 Frauen sind von der Polizei verhaftet worden. Die Zahl der Streikenden in dieser Branche beträgt im ganzen 70 000 und man kann bei ihrer äußerst gereizten Stimmung es wohl verstehen, daß es täglich und stündlich zu Zusammenstößen zwischen ihnen und der Polizei kommen muß. Mehrere Personen, welche in den fashionablen Hotels der reichen 5. Avenue wohnen haben sich bei der Polizei beschwert und verlangen energisch, daß die Polizei die Streikenden aus diesem Viertel von New York entferne.

Aus der Frauenbewegung.

Die kaiserliche Lösung der Frauenfrage.

In einer satirischen Glosse erledigt die Zeitschrift „Frauen-Zukunft“ — Frauenberlag München und Leipzig, vierteljährlich 4 Mark — die rednerische Leistung Wilhelm II. in Königsberg in bezug auf die Frauenbewegung also:

Die Königsberger Kaiserrede Wilhelm II. ist für die deutschen Frauen ungemein belehrend. Der Kaiser hat den Frauen ihre Lebensaufgabe formuliert: „Stille Arbeit im Hause und in der Familie.“

Die deutschen Frauen erfahren viel Neues aus dieser Rede. Sie betrachten mit staunender Bewunderung, wie leicht im Grunde doch die Frauenfrage zu lösen ist.

Duende minder begabter Köpfe mühen sich seit langen Jahren, aus dem Wirrsal dieser sozialen Probleme einen guten Ausweg zu finden. Da zeigt mit blühenähnlicher Geschwindigkeit, das geniale Ahnungsvermögen eines weltanschaulichen Konarthen in der gehobenen Stunde des Feinwahns die Lösung.

Und von welcher einfachen Größe ist diese Lösung! Die paar Millionen Frauen, die seit den Tagen der hochseligen Königin Luise sich von der stillen Arbeit im Hause abgelehrt und ins Gewerksleben verirrt haben, sind nur verführt durch die abscheulichen Lehren der Frauenbewegung. Sie müssen väterlich aufgeklärt werden. Das mahnende Kaiserwort wird sie den rechten Weg finden lassen, — und das Vaterland wird gerettet sein.

Nur die Bemerkung des vaterlandsloser Sozialisten könnte in dieser schlicht-genialen Lösung den neuen Ausdruck weisender Ideologie sehen. Jede königstreue Bürgerin aber staunt — wie ich männlicher Gesinnungsgenosse — über diese Welt- und Lebenskenntnis: Der Schwerpunkt der Frauenfrage liegt für unseren Kaiser „auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungslebens“; liegt in dem Streben der Frauen „nach vermeintlichen Rechten, in denen sie es den Männern gleich tun können“.

Kann die Frauenfrage in der öffentlichen Diskussion treffen-der charakterisiert — kann sie tiefer erfaßt werden?

Und wie neu und original ist diese Auffassung! In Goldschrift sollte sie sich jeder Männergesangsverein, jeder Regellub über die Türe hängen! —

Doch die Sache ist leider zu ernst für einen Scherz. Nur wer über die Tatsachen völlig unorientiert ist, nur wer nie ernsthaft über die Frage nachgedacht hat, nur wer mit dieser Unkenntnis den unbefiegbaren Glauben an die Bedeutung des eigenen Urteils verbindet, — der nur ist imstande zu einem öffentlichen Urteil von ähnlicher Oberflächlichkeit.

Nur wer mit kaiserlichem Rang bekleidet ist, darf erwarten, daß er mit einem solchen Urteil öffentliche Beachtung findet.

Letzte Nachrichten.

Neue Schiffe für die Türkei.

Konstantinopel, 2. September. (W. Z. V.) Das Marineministerium beabsichtigt, wie „Tanin“ meldet, zwei Unterseeboote anzukaufen. — Zwölf Militärärzte werden nach Deutschland entsandt werden, um ihre Studien zu vervollkommen.

In der bulgarisch-türkischen Grenze.

Salonik, 2. September. (W. Z. V.) Das Kommando des dritten Korps erhielt aus Dschumai Bala die Meldung, eine bulgarische Militärabteilung habe die türkische Grenze überschritten. Darauf gingen sofort von Dschumai Bala Truppen ab, um den Bulgaren den Weg zu verlegen.

Neue Unwettermeldungen.

Jansbrud, 2. September. (W. Z. V.) Aus einzelnen Gebieten Borsarbergs treffen Nachrichten über Unwetterchäden und Hochwassererfahrungen ein. Infolge der andauernden Regengüsse sind überall die Flüsse und Bäche im Steigen; teilweise sind bereits Straßen und Felder überflutet. Der angerichtete Schaden ist sehr beträchtlich.

Paris, 2. September. Im Norden des Lozere-Gebirges hat wolkenbruchartiger Regen großen Schaden verursacht. Die Bäche und Flüsse sind plötzlich gestiegen, so daß sich die Bewohner zahlreicher Häuser kaum vor den andrängenden Wassermassen retten konnten. Drei Bauern und eine Frau werden vermisst. Die Leiche eines Seminars konnte bereits geborgen werden.

Sitzung des Internationalen Bureaus.

Kopenhagen, 2. September 1910.

Dr. Adler-Wien fragt an, ob die tschechische Sektion den sieben Abgewiesenen zwei Stimmen gegeben hat und bittet um eine Entscheidung durch das Bureau, wenn das nicht geschehen sein sollte.

Kemec-Prag: Nachdem uns nichts anderes übrig bleibt, müssen wir uns der Entscheidung des Bureaus fügen.

Auf Vorschlag Vanderveldes beschließt hierauf das Bureau, den sieben Abgewiesenen zwei Stimmen zu geben.

Gudmund schlägt vor, die Interparlamentarische Konferenz heute nacht zusammenzutreten zu lassen.

Vandervelde hält die Vertagung dieser Konferenz für richtig, da die Tagesordnung der Konferenz sehr wichtig sei und während der Kongrestage nicht gründlich erledigt werden könne. Er schlägt vor, an einem bestimmten Ort, der für alle gut erreichbar ist, zwischen den Kongrestagen eine Interparlamentarische Konferenz einzuberufen, auf der man die Frage der Arbeiterpensionen und die der Kolonialpolitik behandeln könne.

Adler: Man möchte der Interparlamentarischen Konferenz gestatten, darüber zu entscheiden. Ich wäre sehr dagegen, zwischen zwei Kongrestagen die Interparlamentarische Konferenz einzuberufen, die dann nichts anderes sein würde, als ein zweiter Internationaler Kongress. Dagegen könnte sie ruhig nach den Kongrestagen ein oder zwei Tage zusammenkommen.

Van Kol ist mit Adler einverstanden.

Bernerstorfer betont, daß in außergewöhnlichen Fällen die Interparlamentarische Konferenz auch stattfinden könne, wenn keine Kongrestage lagen. Außerdem müßten die Sitzungen der Konferenz im Anschluß an die Tagungen des Internationalen Sozialistischen Bureaus beibehalten werden.

Die Interparlamentarische Konferenz wird darauf auf ein Jahr vertagt.

Pranting wünscht im Namen der skandinavischen Delegierten, daß ihnen, da die große Mehrheit nur ihre Muttersprache versteht, eine kurze Uebersetzung der Hauptreden und der Resolutionen gegeben werde. Nachdem sich verschiedene Redner gegen die Zulassung einer dritten Kongresssprache ausgesprochen, was die Verhandlungen noch schwerfälliger machen würde, beschließt das Bureau auf Vorschlag Mollenbuhrs, die Resolutionen in den skandinavischen Sprachen drucken zu lassen.

Nach Erledigung verschiedener kleinerer Angelegenheiten wird auf Antrag Vanderveldes beschlossen, alles, was nicht aktuell ist, auf eine spätere Sitzung zu verschieben, so unter anderem auch den Antrag Hillquit auf Abänderung des Abstimmungsmodus im Bureau.

Verhandelt wird noch die Frage, ob den unabhängigen Gewerkschaften Russisch-Polens, die infolge der Verfolgungen von 40 000 auf 8000 Mitglieder gesunken sind, eine Stimme in der polnischen Sektion verbleiben soll. Die endgültige Regelung wird auf eine Sitzung des Internationalen Bureaus im nächsten Jahre vertagt.

8. Internationaler Sozialistischer Kongress.

Kopenhagen, 2. September.

Dritte Plenarsitzung.

Den Vorsitz führt Klausen-Dänemark. Er eröffnet die Sitzung um 10 1/2 Uhr mit einem Dank für die Ehrung, die der Kongress den skandinavischen Ländern durch die Wahl der Kongressvorsitzenden erwiesen habe.

Hierauf erhält das Schlußwort zum Bericht der 5. Kommission (Resolutionen)

Kopenhagen-Wien:

Ich habe dem gestrigen Kommissionsbericht nur wenig hinzuzufügen. Die Frage der Einigung der sozialistischen Parteien kann nicht hier auf dieser Tribüne erledigt werden. Der Kongress kann nur die Mahnung an die Genossen richten, im eigenen Lande die Einigung innerhalb des Sozialismus in kürzester Zeit durchzuführen. (Lebhafter Beifall.) Vom Bureau sind drei Resolutionen überwiegen worden. Zwei davon sind als nicht zu unserer Kompetenz gehörig wieder an das Bureau zurückgegangen. Die dritte beschäftigt sich mit zwei Fällen, in denen in Frankreich und den Vereinigten Staaten das Wahlrecht unter russischem Einfluß verlegt worden ist. Wir haben uns entschlossen, an Stelle dieser einzelnen Fälle eine allgemeine Resolution zugunsten der unverkürzten Aufrechterhaltung des Wahlrechts Ihnen vorzulegen. Endlich ist eine Resolution zugegangen, die von der sozialistischen Frauenkonferenz zugunsten Finnlands gefaßt worden ist. Wir empfehlen Ihnen, diese Resolutionen zu befürworten und die anderen Resolutionen, die die fünfte Kommission Ihnen vorgelegt hat, anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

In der Abstimmung werden die französische Resolution für die sozialistische Einigkeit in den einzelnen Ländern einstimmig angenommen, ebenso die bereits mitgeteilten Resolutionen für Abschaffung der Todesstrafe, für die sozialistische Partei Spaniens und über die Lage in der Türkei und in Persien.

Die jetzt nummehr vorliegende Resolution für Finnland hat folgenden Wortlaut:

Der Internationale Sozialistische Kongress in Kopenhagen brandmarkt die barbarische und schamlose Politik der russischen Regierung und der reaktionären Vertreter der besitzenden Klassen in der Duma und im Reichsrat, — eine Politik, die sich an der Autonomie und die demokratischen Freiheiten Finnlands zu vernichten und Finnland in eine unterjochte Provinz Rußlands zu verwandeln. Der Kongress stellt fest, daß die zarische Regierung durch ihre Finnland gegenüber eingeschlagene Politik die im Jahre 1906 gegebenen Garantien ebenso wie die schon 100 Jahre bestehende Verfassung in zynischer Weise verletzt hat und den ausgesprochenen Willen des ganzen russischen Volkes, den Protest der öffentlichen Meinung Europas, sowie die Schiedssprüche der bedeutendsten Rechtsgelehrten mit Füßen tritt. Der Kongress stellt weiter fest, daß die brutale Unterdrückung des autonomen Finnlands nur die Folge eines ganzen Regierungssystems der freiheitlichen Unterdrückung aller nicht-russischen Nationalitäten und des russischen Volkes selbst ist, eine Unterdrückung, welche durch die von Blut und Wut triebenden russischen reaktionären Reaktionen ausgedehnt wird, die sich mit dem Schein eines Konstitutionalismus umgeben. In Anbetracht dessen, daß die herrschenden Klassen Europas und ihre Presse ab und zu platonische Wünsche zugunsten Finnlands zum Ausdruck bringen, sonst aber tatsächlich den barbarischen Joxismus unterstützen, daß die finnländische Sozialdemokratie, um die demokratischen Freiheiten und das freie Selbstbestimmungsrecht des finnischen Volkes zu wahren, in einem ersten und schweren Kampf eingetreten ist, spricht der Kongress sein Vertrauen aus zu der Energie, dem Mut und der Ausdauer des finnischen klassenbewußten Proletariats. Der Kongress ist der

Ueberzeugung, daß das finnische Proletariat stets im Einverständnis mit der Arbeiterklasse Rußlands vorgehen und solidarisch gegen daselbe Unterdrückungssystem kämpfen wird. Der Kongress fordert die sozialistischen Parteien aller Länder und alle wahrhaft demokratischen Elemente auf, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln (Parlament, Presse, Meetings usw.) gegen den gegen Finnland geführten Gewaltzuzug zu protestieren und den Kampf gegen den Joxismus zu unterstützen. Der Kongress beauftragt das Internationale Sozialistische Bureau Maßnahmen zu ergreifen, um zugunsten Finnlands in allen Ländern eine möglichst einseitige und imposante Kundgebung des sozialistischen Proletariats in die Wege zu leiten.

Die Resolution über Japan lautet:

Der Internationale Sozialistische Kongress in Kopenhagen verurteilt aufs schärfste die Maßnahmen, mit denen die Regierung Japans die sozialistische Bewegung dieses Landes zu unterdrücken sucht, Maßnahmen, die den wahren Charakter dieser Regierung als einer Wächung absolutistischer Willkür mit kapitalistischer Brutalität enthüllen und die darauf gerichtet sind, dem japanischen Proletariat jedes Streben nach Befreiung und Kultur unmöglich zu machen und es auf das Niveau willenloser Sklaven herabzusetzen. Indem der Kongress die ungeheure Bedeutung der Emanzipation des industriellen Proletariats Asiens für die Befreiung des Proletariats der ganzen Welt anerkennt, versichert er in der Gewißheit, daß das Unschickliche des Kapitalismus den Boden auch in Asien immer mehr für den Sozialismus vorbereiten wird, daß japanische Proletariat der wertvollsten Sympathie der sozialistischen Arbeiterparteien der ganzen Welt. Insbesondere aber spricht er den andauernden Vorwürfen des Sozialismus in Japan, die unter den schwierigsten Verhältnissen allein den opferreichen Kampf gegen die Politik nach außen und die Unterdrückung nach innen führen und dabei in intensiver Weise der Sache des internationalen Proletariats dienen, vollste Anerkennung und Bewunderung aus.

Die Resolution für Argentinien lautet:

Der Internationale Kongress brandmarkt das Verhalten der Oligarchie in Argentinien, die das allgemeine Wahlrecht in der Praxis systematisch fälscht, die sowohl die Gesetze als auch die gesunde politische Aktion der Arbeiterklassen unterdrückt, die hinsichtlich Russische invidiert und freundliche Dienstleistungen gegen das einheimische und fremde Kapital betätigt und mit ihm das Volk im Zustand barbarischer Unterdrückung hält sowie ein verderbliches Beispiel der Anarchie bietet. Der Internationale Kongress berurteilt diese schmachvollen politischen Zustände in Argentinien aufs schärfste, begrüßt freudig das Verhalten der sozialistischen Partei unter so schwierigen Verhältnissen und hofft, daß es ihren Bemühungen gelingen wird, dem arbeitenden Volk von Argentinien Aufklärung und Klassenbewußtsein zu bringen und damit den Fortschritt des Landes zu sichern.

Diese Resolutionen werden gleichfalls einstimmig und unter lebhaften Beifallkundgebungen angenommen. Eine besonders starke Kundgebung ruft die Annahme der Einigungsresolution und der Resolution für Finnland hervor.

Die Sicherung des Weltfriedens.

Der nächste Punkt der Tagesordnung bildete die Resolution der dritten Kommission gegen den Krieg und für den Weltfrieden.

Die Resolution lautet:

Der Kongress stellt fest, daß innerhalb der letzten Jahre die militärischen Rüstungen trotz der Friedenskonferenzen und der Friedensbetreibungen der Regierungen eine ungeheuerliche Steigerung erfahren haben. Insbesondere das Wettstreiten zur See, dessen jüngste Phase der Bau der Dreadnoughts ist, bedeutet nicht nur eine wahnsinnige Vergeudung der öffentlichen Mittel für unproduktive Zwecke und infolgedessen den Mangel und den Ausfall von Mitteln für die Aufgaben der Sozialpolitik und der Arbeiterfürsorge, es bedroht auch alle Nationen mit materieller Erschöpfung durch unerträgliche indirekte Steuerlasten und alle Staaten mit dem finanziellen Ruin. Zugleich wurde gerade durch diese Rüstungen der Frieden der Welt ernstlich gefährdet, wie er dadurch immer von neuem gefährdet werden muß. Angesichts dieser, die Kultur der Menschheit, den Wohlstand der Völker und das Leben der Massen bedrohenden Entwicklung, bekräftigt der Kongress die Beschlüsse der früheren insbesondere des Stuttgarter Kongresses und wiederholt:

Die Arbeiter aller Länder haben keine Zwischigkeiten oder Mißbilligungen untereinander, die zu einem Kriege führen könnten. Kriege sind heute die Folge des Kapitalismus, besonders des äußeren Konkurrenzkampfes der kapitalistischen Staaten auf dem Weltmarkt, und des Militarismus, der ein Hauptwerkzeug der bürgerlichen Klassenherrschaft im Innern und der wirtschaftlichen und politischen Unterjochung der Arbeiterklasse ist. Sie werden erst vollständig aufhören, wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist. Die Arbeiterklasse, welche die Hauptlast der Kriege trägt und von deren Folgen am schwersten betroffen wird, hat das größte Interesse an der Beseitigung des Krieges. Das organisierte sozialistische Proletariat aller Länder ist darum der einzige zuverlässige Hüter für den Frieden der Welt. Deshalb wiederholt der Kongress die Mahnung an die Arbeiterparteien aller Länder, die Aufklärungsarbeit über die Ursachen der Kriege im gesamten Proletariat, vor allem unter der heranwachsenden Jugend mit Eifer zu betreiben und diese im Geiste der Vorkriegserbitterung zu erziehen.

Indem der Kongress festhält an der wiederholt ausgesprochenen Verpflichtung der sozialistischen Vertreter in den Parlamenten, die Rüstungen mit allen Kräften zu bekämpfen und die Mittel hierfür zu verweigern, erwartet er von diesen Vertretungen:

- a) die beständige Wiederholung der Forderung, daß internationale Schiedsgerichte obligatorisch in allen zwischenstaatlichen Streitfällen entscheiden;
- b) immer erneuerte Anträge, die auf die allgemeine Abrüstung hinzielen, zunächst und vor allem auf den Abschluß einer Uebereinkunft, durch welche die Seerüstungen beschränkt und das Seerecht beseitigt werden;
- c) das Bestreben auf Abschaffung der geheimen Diplomatie und die Veröffentlichung aller bestehenden und künftigen Verträge und Abmachungen zwischen den Regierungen.
- d) das Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker und deren Verteidigung gegen kriegerischen Angriff und gewaltsame Unterdrückung.

Das Internationale Sozialistische Bureau wird alle sozialistischen Vertretungen im Kampf gegen den Militarismus mit Materialien unterstützen und gegebenenfalls auf ein gemeinsames Vorgehen derselben hinwirken. Für den Fall kriegerischer Verwicklungen bekräftigt der Kongress den Stuttgarter Beschluß, der lautet:

Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Bureaus, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.

Daß der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrechterhaltung des Volkes auszugleichen und dadurch die Befreiung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.

Zur Durchführung dieser Maßnahmen weist der Kongress das Bureau an, bei drohender Kriegsgefahr sofort die nötigen Schritte einzuleiten, um zwischen den Arbeiterparteien der betroffenen Länder

das Einvernehmen über ein-einheitliches Vorgehen zur Verhütung des Krieges herbeizuführen.

Von Vaillant-Frankreich und Keir Hardie-England ist folgendes Amendement zu dieser Resolution eingehangen:

„Der Kongress betrachtet als ein Mittel zur Verhinderung des Krieges den Generalstreik, insbesondere die Arbeitsverweigerung in den beteiligten Branchen bei der Herstellung und dem Transport von Waffen und Munition.“

Ueber die Beratungen der Kommission referiert

Lebeour:

Auf dem Internationalen Kongress in Stuttgart ist die Frage des Verhaltens der sozialistischen Parteien zum Militarismus Gegenstand ausgiebiger Debatten in einer Kommission gewesen. Im Plenum ist alsdann einstimmig eine Resolution angenommen worden, die das Resultat der Verhandlungen zusammenfaßt und welche die Frage der Stellung der Sozialisten zum Militarismus im allgemeinen in einer durchaus wünschenswerten Form gelöst hat. Aber im fortlaufenden Gang der Entwicklung sind hierbei wie bei allen Fragen von großer Bedeutung neue Tatsachen in Erscheinung getreten, die notwendig machten, in bezug auf praktische Maßnahmen schon auf diesem Kongress neue Anregungen zu geben. Es sind im wesentlichen zwei Gesichtspunkte, die wenigstens den Versuch einer Erweiterung der Stuttgarter Resolution geboten erscheinen lassen. Der eine ist der, daß in der Schiedsgerichtsfrage es eines noch energischeren Vorstoßes der Sozialdemokratie bedarf. Der Einsetzung von Schiedsgerichten fänden bekanntlich alle bürgerlichen, sogar alle monarchischen und aristokratischen Parteien zu. Aber trotzdem ist die Schiedsgerichtsbewegung fast vollständig in Stoden geraten. Der zweite direkte Anstoß zur neuen Stellungnahme ist der Dreadnoughtschwindel, der uns Sozialdemokraten aufrechteln muß. Das Wettstreiten und Wachen der großen neuen Schlachtschiffe, das von England ausgegangen ist, vermüht jetzt alle Länder und hat vor allem in England und Deutschland aufs stärkste eingewirkt und den Weltfrieden aufs schwerste bedroht. Die durch das Wettstreiten heraufbeschworene Gefahr eines Seerrieges steht als neue Kriegsgefahr im Vordergrund. Sie hat bereits in den Parlamenten der nächstbeteiligten Länder seitens der Sozialisten zu Anträgen geführt. Aber es ist zweifellos wünschenswert, daß der gesamte internationale Sozialismus ein einheitliches Vorgehen in allen Ländern und Staaten in dieser Frage möglichst zu gleicher Zeit vorschlägt. Ich könnte mich mit diesem Hinweis auf das tatsächliche Vorgehen beschränken und prinzipielle Auseinandersetzungen vermeiden, wenn nicht ein so bedeutender Sozialist wie Bruce Glasier, der journalistische und geistige Vorkämpfer der J. L. P., in der Kommission gefaßt hätte, es sei nicht allein die kapitalistische Wirtschaftsordnung, die in der Gegenwart Kriege hervorruft, sondern es spielen dabei auch der tierische Instinkt und die Kampfeslust der Völker eine große Rolle. Damit hat Bruce arg daneben gebauet. Zweifellos steht in einzelnen Menschen noch tierischer Instinkt und diese Kampfeslust. Aber ich muß es aufs allerentschiedenste betonen, daß diese Kampfeslust in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung den wesentlichen Antrieb zum Krieg oder eine hervorragende Begleiterscheinung des Krieges bildet. Interesse an Kriege hat nur eine herrschende Klasse, die Kapitalisten, die ein Interesse an den Befestigungen haben, die Zippelstich, Armstrong und wie sie sonst alle heißen. Diese Kapitalisten denken gar nicht daran, in den Kriegen ihre Kampfeslust und ihre tierischen Instinkte zu belätigen, sondern bleiben hübsch zu Hause und heimsen den Profit ein, der dadurch entsteht, daß die Völker sich gegenseitig abblachten. Der berühmte russische Kaiser Alexander hat in seinem Bild zur Schlacht bei Plevna diese Tatsache ausgezeichnet scharf gezeichnet: man sieht im Hintergrund die russischen und türkischen Völker sich mit den Waffen in der Hand hinmorden, im Vordergrund aber befindet sich der russische Zar mit seinen Generalen und seiner Hofgesellschaft, die ihre „Kampfeslust“ und ihre „tierischen Instinkte“ beim Champagnergelage betriebligen. (Weiterkeit.) Nicht also die „Kampfeslust“, die aus weiter Ferne dem Feuergefecht zusieht, ist die Ursache der Kriege, sondern die Profitgier, die Sucht, fremde Völker zu unterjochen und auszunutzen; das sind die Ursachen, weshalb die modernen Kriege entstehen. Das Bürgertum hat alle Ideologien früherer Zeiten vergessen, der Ausbeutungstrieb ist geblieben. Wir haben dafür ein äußerst interessantes Beispiel in dem früheren Präsidenten der Vereinigten Staaten, Roosevelt, dem feinsten Typus des modernen kapitalistischen Politikers, des Präsidenten der Vereinigten Staaten, dem angeblich freiesten Lande der Welt, wo jeder Bürger unter dem Sternenhimmel sich bei feilischen Gelegenheiten an den Profiten von Freiheit berauscht. Dieser Roosevelt hat auf seiner Jagdexpedition nach Afrika, die er nicht aus Kampfesinstinkt, sondern aus Schlächter-Instinkt angetreten hat, die Kugelpistole angehängt, weil sie sich gegen die englische Unterjochung und Ausbeutung aufheben. Das ist eines der argsten Beispiele dafür, wie der Raubtierinstinkt der modernen kapitalistischen Politik alle anderen Regungen niederschlägt. Die amerikanischen Freiheitskämpfer Franklin und Washington hätten sich gewiß im Grabe umgedreht, wenn sie die Worte ihres entarteten Nachkömmlings gehört hätten. (Beifall.)

In der Kommission sind wir über die Prinzipien der Erklärung sehr rasch einig gewesen. In den einzelnen Forderungen der Sozialisten gegenüber der heutigen kapitalistischen Gesellschaft sind nach Möglichkeit alle gegebenen Anregungen berücksichtigt. Nur die Anregung des Genossen Morgart, in allen Parlamenten an die Regierungen die Forderung zu stellen, das Kriegsbudget um 50 Proz. herabzusetzen, fand keine Anhänger. Genosse Morgart hat gesagt, daß er sich nicht auf 50 Proz. verleiße, er würde vielleicht auch mit 25 Proz. zufrieden sein und am Ende bereit sein, die übrigen 75 Proz. militäristischer Ausgaben zu bewilligen. Aber dieser Prozentsozialismus (Weiterkeit!) konnte die Zustimmung der übrigen Kommissionsmitglieder nicht finden. Wir haben an Einzelanforderungen in der Resolution vier Punkte aufgestellt; zunächst, daß in allen Parlamenten ständig obligatorische Schiedsgerichte zur Schlichtung internationaler Streitigkeiten gefordert werden sollen. Wir haben ja auch auf Grund der Haager Kongresse bereits Schiedsgerichte, aber nur für Fälle, die auch sonst nach historischer Erfahrung nicht zu Kriegen geführt hätten. Mit den Schiedsgerichten werden diese Fälle vielfach rascher erledigt und die Schiedsgerichte geben einer Reihe diplomatischer nächster Anstellung. Aber zur Befreiung von wirklich kriegerischen Streitfällen tragen diese komplizierten Institutionen in keiner Weise bei. Wenn die „Ehre“ oder „das Landesinteresse“ einer Nation auf dem Spiele stehen, dann soll nicht das Schiedsgericht entscheiden, sondern an die ultima ratio rogum appelliert werden, an den letzten Vernunftgrund der Könige, an die Kanonen. Der Mann, der dieses Wort geprägt hat, hat den Königen offenbar versucht wenig Vernunft angetraut. (Weiterkeit.) Wir fordern Schiedsgerichte für alle internationale Streitigkeiten und wir fordern weiter vollständige Abrüstung. Wir legen besonderen Wert darauf zu erklären, daß wir selbstverständlich für eine allgemeine Abrüstung eintreten, und ich bin namens der Kommission beauftragt, den Parteigenossen der skandinavischen Länder rückhaltlos Anerkennung dafür auszusprechen, daß sie in dieser Beziehung im Vordergrund des Sozialismus marschieren. (Beifall.) Im übrigen sollen die sozialistischen Parteien immer neue Anträge stellen, zunächst zum Abschluß von Uebereinkommen über die Einschränkung von Seerüstungen und zur Befreiung des Seerechts. Diese doppelte Forderung hat ihren bestimmten historischen Anlaß. Vor 1 1/2 Jahren wurde zunächst, daß die englische Regierung an die deutsche mit dem Vorschlag der Einschränkung der Seerüstungen herantreten sei und die deutsche Regierung die Vorschläge abgelehnt habe. Der englische Ministerpräsident Asquith hat selbst diese Tatsache mitgeteilt, um die englischen Flottenrüstungen zu verteidigen. Wir haben sofort im Reichstag den Fürsten Bulow vorgekommen und so lange an ihm herumgearbeitet, bis wir klargestellt hatten, daß wieder einmal

und sogenannten diplomatischen Interesse die deutsche Regierung mit der Wahrheit schändlicher getrieben hatte. Wenn nicht weiter heraufgehoben wäre, wäre das schon ein großer praktischer Erfolg unserer Arbeit. Denn unsere vielgeschmähte parlamentarische Arbeit hat gerade die bürgerlichen Parteien und die Staatsmänner der Vertretung kapitalistischer Interessen, der Abhängigkeit und Betrügereien überführt. Sie können mit Vergnügen konstatieren, daß unser Antrag auch über unsere Reihen hinaus gewirkt hat. Unsere englischen Genossen haben erfreulicherweise einen gleichlautenden Antrag eingebracht, wenn ihn auch nicht die L. P. unterzeichnet. Dafür hat im Deutschen Reichstag nur ein einziger Bürgerlicher für unseren Antrag gestimmt, während im englischen Parlament Liberale und Radikale dafür eingetreten sind. Aber jetzt macht seit einiger Zeit auch ein Teil der deutschen bürgerlichen Presse lebhaft Propaganda für diesen deutsch-englischen Abrüstungsvertrag, wobei sie natürlich systematisch verschweigt, daß wir damit vorangegangen sind. Jedenfalls werden wir immer die bürgerlichen Parteien vor die Entscheidung stellen, ob sie alle freihändlerischen, friedlichen Bestrebungen verweigern oder sie durch Annahme unserer Anträge wahr machen wollen. Die Zusammenföpfung, der beiden Forderungen.

Beschänkung der Seerüstungen und Abschaffung des Seebeuterechts ist von der größten Wichtigkeit: denn die Reduktion der Rüstungen wird von der englischen Regierung, die Beseitigung des Seebeuterechts, dieser legalisierten Seeräuberei, des Rechts, Handelsschiffe der gegnerischen Nation auf offener See festzunehmen, zu überfallen und zu verkaufen, von der deutschen Regierung vertreten. England will natürlich keinen Konkurrenten gegen seine weitaus stärkere Flotte, die es auf der Höhe des Zweimächte-Standard hält: Die deutsche Regierung möchte aber gern einen Seekrieg versuchen, bei dem es die Flotte stärkt. Aber es möchte dabei die Abschaffung des Seebeuterechts, damit nicht die deutsche Handelsflotte dem schwersten Schaden ausgesetzt werde. Deutschland hat eine relativ große Handelsflotte von 4000 Schiffen. Aber auch diese Handelsflotte kann natürlich durch keine Marine geschützt werden. Der Schutz der Handelsflotte im Kriegsfall ist überhaupt ganz unmöglich, wie sich im amerikanischen Sezessionskrieg ganz deutlich gezeigt hat, wo trotz der kolossalen Ueberlegenheit der Nordstaaten der kleine Kreuzer „Alabama“ alle Meere der Welt durchfuhr und an seinem Seeraub nicht gehindert werden konnte. Aber die Abschaffung des Seebeuterechts wird gerade in Verbindung mit der Verminderung der Seerüstungen die deutsche und englische Regierung allmählich zur Erfüllung der beiden miteinander verflochtenen Forderungen treiben. Dann wäre die ungeheure Bedrohung des Weltfriedens durch die Seerüstungen eingestrichelt.

Wir haben noch einen vierten Punkt in die Resolution hineingebracht, der nicht direkt mit der Kriegsgefahr zusammenhängt, aber in der Zeit der nationalen Gegensätze eine der bedeutendsten sekundären Kriegursachen ist. Wir haben das Selbstbestimmungsrecht aller Völker gefordert, die Verteidigung aller Länder gegen kriegerische Angriffe und gewaltsame Unterdrückung nationaler Minderheiten. Es handelt sich in erster Linie um die kleinen Staaten. Aber auch die größeren Nationen haben überall Bruchstücke, die Unterdrückungen ausgesetzt sind. Deutschland unterdrückt nicht nur die Polen und Dänen, sondern auch 5 Millionen französisch sprechende Elsas-Belgier. Ebenso werden Bruchstücke des deutschen Volkes, 2 Millionen, in Ungarn, eine Million in Rußland in ihrer Muttersprache unterdrückt. Deshalb fordern wir freie Selbstregierung für alle Völker, nicht nur in Europa, sondern auch in Asien und Afrika. Der Sozialismus ist nicht antinational, sondern international. Antinational sind die Politiker, die andere Nationen unterdrücken und nur das Recht der eigenen Nation anerkennen, deren heißer Wunsch es ist, fremde Nationen zu entnationalisieren. Wir sind internationale Sozialdemokraten und teilen ein für das Recht auf eine Muttersprache und für die Autonomie der Völker.

Am Schluß sagt die Resolution, daß bei drohenden Konflikten das Internationale Bureau sofort die nötigen Schritte ergreifen soll, um die sozialdemokratischen Parteien der betreffenden Länder zu einem einheitlichen Vorgehen zu veranlassen. Der Antrag entspricht einer Anregung der österreichischen Genossen, weil bei dem letzten serbisch-österreichischen Konflikt (Widerspruch Viktor Adlers) Mißverständnisse zwischen den Parteien der beiden Länder vorhanden waren. Derartige Mißverständnisse möglichst vorzubeugen, soll das Internationale Bureau beauftragt werden.

Gesondert von der allgemeinen Resolution legen wir Ihnen noch zwei Resolutionen vor. Auf Antrag der französischen Sozialdemokratie soll beschlossen werden, daß im Falle einer drohenden Kriegsgefahr das Internationale Bureau schon einberufen werden muß, wenn eine Nation das fordert. Auf Antrag von van Kol und Bliegen soll ferner das Internationale Bureau vor jedem Kongreß zusammentreten und einen Bericht über die Durchführung der internationalen Kongreßbeschlüsse durch die einzelnen Parteien ausarbeiten. Auch diese Anträge empfehlen wir Ihnen zur einstimmigen Annahme.

Zu lebhaftesten Auseinandersetzungen hat dann das Amendement Vaillant-Keir Hardie geführt, das Ihnen auch jetzt wieder vorliegt:

„Unter allen Mitteln, welche angewendet werden sollen, Kriegen vorzubeugen und sie zu verhindern, hält der Kongreß als besonders zweckmäßig einen allgemeinen Streik der Arbeiter hauptsächlich in den Industrien, welche das Kriegsmaterial liefern (Waffen, Munition, Transportmittel usw.), ebenso die Agitation und Aktion im Volke, und zwar mit den kräftigsten Mitteln.“

Die Stuttgarter Resolution sagt über die Mittel, die wir anwenden müssen, um den Krieg zu verhindern:

„Sobald der Ausbruch eines Krieges droht, sind die parlamentarischen Vertreter der Arbeiterklasse in allen Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Bureaus, alles aufzuwenden, um durch Anwendung der ihnen am ratsamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern.“

Diese Forderung war eine äußerst glückliche Lösung der Frage und wurde in Stuttgart einstimmig angenommen. Sie anerkennt nicht nur die Möglichkeit, sondern die gebieterische Notwendigkeit der Abwehr der Kriegsgefahr mit den äußersten Mitteln. Aber den Generalstreik in irgendeiner Weise den Völkern zu oktroyieren, sei es ein Generalstreik vor dem Krieg oder bei Ausbruch eines Krieges, dazu können wir uns nicht verstehen. Die wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Ländern, die Kraft der Sozialdemokratie und insbesondere die verschiedenen organisatorische Stärke der Arbeiterbewegung macht allgemein verbindliche Vorschriften für den Generalstreik unmöglich. Das ist gar nicht richtig, daß der Generalstreik prinzipiell möglich ist, daß man unter Umständen zu ihm kommen kann, ja vielleicht, wenn die Umstände es bedingen, dazu kommen muß. Aber etwas anderes ist es, den Generalstreik unter allen Umständen und für alle Länder wenigstens als moralische Pflicht zu proklamieren. Sie mögen Worte austauschen. Sie mögen so vorsichtig sein, wie Sie wollen, jedoch Sie das Wort Generalstreik in die Resolution aufnehmen, verpflichten Sie das Proletariat, ihn durchzuführen. Lese Betrachterungen über historische Möglichkeiten wollen wir hier doch nicht anstellen, sondern dem Proletariat sagen, was es zu tun hat. Und da überlegen Sie einmal die Folgen, die es haben muß, wenn Sie über die Stuttgarter Resolution hinausgehen. Wenn Sie wollen, daß die Beschlüsse der Internationale überall befolgt werden, dürfen Sie auch nur Beschlüsse fassen, die überall durchzuführen werden können. Noch sind aber die Organisationen nicht in allen Ländern so ausgereift, daß ein solcher Versuch nicht verhängnisvolle Folgen haben könnte. Den Generalstreik müssen die Genossenschaften machen, wie Sie selbst durch die Einfügung einzelner Beschlüsse in den Antrag anerkennen. Und um einen Generalstreik handelt es sich bei diesem Streik der Vergarbeiter, Metallarbeiter, Transportarbeiter, Militärknechte usw. Sie haben aber weder in England noch in Frankreich die Sicherheit, daß die Genossenschaften zur Durchführung des Generalstreiks stark genug sind. Deshalb dürfen Sie auch uns einen solchen Beschluß nicht auf-

zwingen wollen. Als durchschlagendster Grund erscheint mir aber, von allem anderen abgesehen, daß niemand solche Forderungen aufstellen darf, der nicht im eigenen Lande alle Kriegsvorbereitungen ablehnt. Sie dürfen solche Beschlüsse nicht auf Grund Ihres bloß formalen Mandats vom Kongreß fassen, sondern hätten dazu das moralische Recht nur, wenn Sie in Ihrem eigenen Lande stets alle Forderungen für den Militarismus abgelehnt hätten. Ich bestreite das moralische Recht zur Stellung eines solchen Antrages jedem, der im eigenen Lande das Budget bewilligt. (Beifall und Unruhe bei der englischen L. P.) Ich bestreite es daher vor allem den englischen Parteigenossen, die durch die Bewilligung des Budgets ihren eigenen Machthabern die Waffen in die Hand geben, mit denen sie später Kriege führen können. Woher nehmen Sie das moralische Recht, anderen Völkern den Generalstreik zu gebieten, wenn Sie im eigenen Lande nicht so konsequent antimilitaristisch sind, wie alle anderen sozialistischen Parteien? Solange Sie das Budget und damit die Waffen bewilligen zur Ausrüstung der englischen Soldatentruppen, mögen Sie uns mit weitergehenden Anträgen nicht kommen. (Beifall und Schlußrufe.)

Ich komme zum Schluß, Parteigenossen. Was uns einen besonderen Anreiz in dieser Zeit geben muß, eine mächtige einheitliche Kundgebung gegen den Krieg und für den Völkerfrieden zu veranstalten, ist die Rede, die der deutsche Kaiser, Wilhelm II., jüngst in Königsberg gehalten hat. Er hat sich dabei wiederholt ausgesprochen für das absolutistische Regiment. Doch das ist eine interne Angelegenheit Deutschlands und darüber werden wir uns an anderer Stelle aussprechen. Aber er hat auch gesagt, und das ist geradezu eine Antwort auf alle Bestrebungen der Internationalen Sozialistischen Kongresse gegen den Militarismus, daß der Weltfrieden nur durch Rüstungen gewahrt werden kann. Diese Reden haben ja auch eine gute Wirkung, die seitens der Genossen anderer Länder gar nicht genug gewürdigt werden kann. Erst gestern sagte mir ein österreichischer Genosse: „Ihr habt wieder einmal Glück gehabt, das bringt Euch 200 000 Stimmen mehr bei den nächsten Wahlen.“ Ich glaube, daß dieser österreichische Genosse die propagandistische Wirkung noch unterschätzt. Ich glaube, daß wir dabei nicht etwas mehr profitieren. (Heiterkeit.) Wilhelm II. hat in der Geschichte eine unbewußte Mission zu erfüllen, unbewußt, wie alle Leute, die auf dem Pythiafuß sitzen. Er ist der Vorführer des Militarismus in einer besonders prononcierten Form des Kapitalismus. Er übersteht die ungeheuerlichen Folgen, die Militarismus und Kapitalismus für die ganze Welt haben müssen. Es geht allen Monarchen Europas wie im Märchen des seligen Dichters Andersen vom Spiegel, in dem man alles beschon und verzerrt erblickt. In diesem Spiegel sehen sie den Sozialismus als Drachengefährte und den Militarismus als hehren Friedensengel und Lichtgestalt. Aber wir müssen die Völker aufklären über die wahre Natur des Militarismus, müssen sie aufzurufen gegen die Provokationen und das Betrüben. Nicht durch die Rüstungen zu Wasser und Lande, nicht durch die Monarchen und Heeresführer wird der Friede gesichert, sondern einzig und allein in der Hand des Massenbewußten Proletariats aller Länder, in seiner wachsenden Rudersicht und seinem wachsenden Stolz und in seiner unermüdbaren Tätigkeit liegt die Sicherung des Weltfriedens und das Heil der ganzen Menschheit. (Lebhafter Beifall.)

Le Debour überferte hierauf selbst seine Rede ins Englische, wobei ihm Vaillant mit dem Zwischenruf unterbrach: Das ist ja eine ganz andere Rede! Zur Geschäftsordnung verlangte Jaurès, daß sowohl die englische wie die deutsche Rede Le Debour ins Französische übersetzt werde. Le Debour erwiderte, daß er die deutsche und englische Rede ohne Manuskript gehalten und jedes Mal die Punkte hervorgehoben habe, die für das betreffende Land von besonderer Wichtigkeit seien, so für England die Frage der Budgetbewilligung. Er habe übrigens den französischen Mitglieder Eman gegeben, aus beiden Reden das für Frankreich Wichtigste zu entnehmen und zu übersetzen. Guyssmans: Das wäre dann also die dritte Rede!

Nach der französischen Uebersetzung wurde die Vormittags-Sitzung nach 1 Uhr geschlossen, nachdem Guyssmans noch einige geschäftliche Mitteilungen gemacht hatte. — Keir Hardie soll als Korreferent 20 Minuten Redezeit haben, die übrigen Redner 10 Minuten. Von der holländischen Delegation ist eine Resolution über die Nordseeentente an die fünfte Kommission gekommen, die sie dem Plenum überwiesen hat. Sie steht mit zur Beratung.

Nachmittags-Sitzung.

Kopenhagen, 2. September.

Die Debatte über die Abrüstungsfrage wird fortgesetzt. Als Korreferent erhält das Wort Keir Hardie-England: Genosse Le Debour hat in der Einleitung seiner Rede gemeint, daß Bruce Glasier die modernen Kriege nicht bloß auf den Kapitalismus zurückgeführt, sondern sie als einen Ausfluß des allgemeinen tierischen Instinktes und der Kampfeslust behandelt habe. Da hat er Freund Glasier nicht verstanden. Dieser meinte, daß die Ursachen der modernen Kriege zwar den Geist der kapitalistischen Konkurrenz atmen, daß es aber schon vor dem Kapitalismus Kriege gegeben hat, die auf dieser tierischen Lust an animalischen Kampf beruhten. Wenn noch Ueberwindung des Kapitalismus noch Kriege notwendig sein sollten, würde das ebenfalls lediglich auf diese innere Rohheit der menschlichen Bestie zurückzuführen sein.

Die Hauptfrage, der wir gegenüberstehen, ist die der Kriegs-Verhinderung und die der Abrüstung. In diesen Fragen nimmt die englische Arbeiterpartei eine ganz klare, bestimmte Haltung ein. (Lebhafter Beifall.) Wir sind nicht nur gegen den Krieg, sondern auch gegen den Militarismus. (Erneuter lebhafter Beifall.) Wir betrachten die Berufsarmee und die Berufsflotte als Beweis dafür, daß der moderne Staat bereit ist, seine brutalen Rechtsmittel anzuwenden, um die bestehenden Klassen im Genuß der Privilegien zu erhalten. (Sehr gut!)

Wir sind gegen die Rüstungen nicht nur wegen der Kriegsgefahr und der Höhe der Ausgaben, sondern auch, weil die Rüstungen den Geist des Absolutismus noch vergrößern; Militarismus und Freiheit stehen in unüberwindlichem Gegensatz. Wir sind hochbetruet, daß unsere dänischen und norwegischen Genossen so glänzend den Kampf für die allgemeine Abrüstung aufgenommen haben. Wenn das erste Volk abrüstet und alle Waffen wegwirft, dann wird kein Staat, selbst Rußland nicht, wegen ein solches waffenloses Land anzutreten und durch den Ueberfall eines Volkes, das die Waffen beiseite gelegt hat, das Gerechtigkeitsgefühl und den Freiheitsdrang der ganzen Welt herauszufordern. (Lebhafter Zustimmung.) Als ich im Jahre 1892 in das Parlament eingetreten bin, betrug das englische Plottenbudget 15 Millionen Pfund, jetzt beläuft es sich auf 45 Millionen. Man begründet die Notwendigkeit der Steigerung mit der Vermehrung der deutschen Flotte, die angeblich eine Invasion nach England vorbereiten soll. Lassen Sie mich im Namen der englischen Arbeiterpartei versichern, daß kein Mensch in der englischen Arbeiterpartei das glaubt. Lassen Sie mich den Teil der Schuld auf uns nehmen, der die englische Regierung am Weirüsten trifft. (Lebhafter Beifall.) Die englische Regierung hat auf der Haager Friedenskonferenz die Abschaffung des Seebeuterechts verweigert, und dadurch Deutschland, wenn auch nicht einen gerechtfertigten, so doch einen einschuldigen Vorwand gegeben, angeblich um Schutz des Handels den Plottenbau zu forcieren. Wir werden unsere Schuldigkeit tun und nicht aufhören, für die Abschaffung des Seebeuterechts zu kämpfen.

Das Urteil des Genossen Le Debour über die Haltung der englischen Arbeiterpartei scheint mir auf einem Mißverständnis zu beruhen. Er scheint zu glauben, daß die ganze englische Arbeiterpartei auf demselben Standpunkt steht, den Quail in der „Justice“ eingenommen hat. Es ist allgemein bekannt und hat auf dem Festland großes Aufsehen erregt, daß zwei englische Sozialisten, Woodford vor den allgemeinen Wahlen und Handman nach den allgemeinen Wahlen gegen eine Winderung der englischen Plottenrüstung geschrieben haben, weil England zur Abwehr deutscher Angriffe bereit sein müsse. Ich glaube, die Genossen der S. P. D. werden einstimmig mit mir einverstanden sein, wenn ich sage, daß

dies nur die individuelle Meinung zweier Genossen ist und nicht die Ansicht der englischen Arbeiterpartei. Der Genosse Le Debour hat weiter gesagt, die Zustimmung zum Gesamtbudget sei gleichbedeutend mit der Zustimmung zu den Plottenrüstungen. Die Stellung zur Gesamtstimmung hat mit der Stellung zum Militarismus nichts zu tun und ich wundere mich, daß Le Debour, als er von der Budgetabstimmung sprach, kein näher liegendes Beispiel gefunden hat als die englischen Verhältnisse. (Heiterkeit.) Die Budgetabstimmung ist nicht eine Frage des Prinzips, sondern eine rein faktische und praktische Frage. (Lebhafter Beifall bei den Franzosen und Engländern, demonstrativer Beifall bei den deutschen Minderheit.) Le Debour's Standpunkt ist ein Ueberbleibsel aus der Zeit, da die Sozialdemokratie antiparlamentarisch war. Im Budget befinden sich riesige Summen für soziale Reformen, die auf unser Verlangen in das Budget aufgenommen worden sind. Wir können daher für das Budget stimmen, vorausgesetzt, daß die Verteilung der Steuern die arbeitenden Schichten des Volkes nicht allzu sehr belastet. Ich weiß nicht, in welcher Weise im Deutschen Reichstag über das Budget abgestimmt wird. Aber in England sind die Rüstungen für den Militarismus getrennt von den Forderungen für soziale Reformen, so daß wir für diese und gegen die militärischen Ausgaben stimmen können. (Hört, hört!) Die Arbeiterpartei hat dann auch als einzige Partei des Parlaments gegen die fortgesetzten Rüstungen gestimmt. Wir führen gerade jetzt eine große Kampagne gegen den militaristischen Geist, für die uns Genosse Jaurès seine rednerische Einwirkung zugewandt hat. Wir hoffen, daß Genosse Le Debour daselbst tun wird. (Beifall.) Er dürfte dann erkennen, daß die englische Arbeiterpartei alles gegen die Rüstungen tut, was sie tun kann.

Nun zu unserem Zusatzantrage. Genosse Le Debour hat uns aufgefordert, ihn zurückzuziehen. Selbst wenn wir dazu bereit gewesen wären, hätte uns die Rede Le Debour's das unmöglich gemacht. Wir haben noch heute den Versuch gemacht, den deutschen Genossen das Kompromiß anzugieten, daß wir unseren Antrag zurückzogen und ihn dem Internationalen Bureau überwiesen, das ihn dann auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses setzen sollte. Die deutschen Genossen haben auch das verweigert, und so blieb uns keine andere Wahl übrig, als auf unserem Antrag zu bestehen. Ich weiß auch nicht, wie wir es begründen sollten, daß wir durchaus auf der Stuttgarter Resolution stehen bleiben. Die Stuttgarter Resolution stellt einen Fortschritt über die Amsterdamer Resolution dar und in Kopenhagen wollen wir einen Schritt weiter tun über die Stuttgarter Resolution hinaus. Auch die Internationale darf nicht stehen bleiben. (Beifall bei den Franzosen und Engländern.) Uebrigens hat Genosse Le Debour unseren Antrag ganz falsch interpretiert. Wir wollen gar nicht in allen Ländern für alle Völker den Generalstreik zur Anwendung gegen die Kriegsgefahr vorschreiben. Wir wollen nur den Arbeitern aller Länder sagen, daß, wenn sie ihre wirtschaftliche Macht sammeln, die Kraft der Arbeiterklasse ausreicht, um Kriege unmöglich zu machen. Wir wissen sehr wohl, daß eine ersprießliche Durchführung der antimilitaristischen Gedanken in einem einzelnen Lande nicht möglich ist, sondern international erfolgen muß. Aber vorläufig fordern wir ja weiter nichts, als daß dies vorbereitet wird. Der ganze Unterschied zwischen uns und Le Debour besteht darin, daß er diese Vorbereitung vertagen will, während wir sie sogleich von heute an in Angriff nehmen wollen. (Lebhafter Beifall bei den Franzosen und Engländern.) Wir wollen keinen Generalstreik, uns genügt der Streik der Arbeiter, die das Kriegsmaterial herstellen, und wir haben unseren Zusatzantrag dahin abgeändert, daß wir die Einschaltung in der Klammer durch das Wort „Kriegsmaterial“ ersetzt haben. Allein der Streik jener Industrie, in der ich selbst einst gearbeitet habe, wird genügen, um den Krieg zu verhindern, ich meine die Kohlengräber. Der Internationale Vergarbeiterkongreß in Brüssel hat vor einigen Wochen zur Frage der Anwendung des Generalstreiks zur Abwehr des Krieges Stellung genommen und einen Vorschlag an den Vorstand der Internationalen Föderation verworfen, damit er dem nächsten Kongreß zur praktischen Ausführung wieder vorgelegt wird. (Widerpruch bei den deutschen Vergarbeitern.) Die Arbeiter aller Nationen, die hier auf dem Kongreß vertreten sind, sollten diesem Beispiel folgen. Wenn wir die Arbeiter dazu erziehen, mit allen Mitteln im Parlament und in der Werkstätte gegen den Militarismus zu agitieren, dürfen wir die Zuversicht haben, daß sie unseren Ruf hören werden, wenn er an sie ergeht. (Lebhafter Beifall.)

Auf Vorschlag von Jaurès erhält in der Diskussion abwechselnd ein Redner für und ein Redner gegen den Zusatzantrag Keir Hardie's das Wort.

Dr. Renner-Oesterreich: Die Kommission hatte den Auftrag, in erster Linie die Frage des Schiedsgerichtes und der Abrüstung zu prüfen. Sie konnte also garnicht in erster Linie die Mittel erörtern, die dem Proletariat zu Gebote stehen, um einen Krieg zu verhindern. Was nun den Antrag Keir Hardie anbetrifft, so war dieser schon in Stuttgart Gegenstand lebhafter Erörterungen. Der Wortlaut der Stuttgarter Resolution ist festgelegt worden auf Grund eines sorgfältig vorbereiteten Kompromisses, das zwischen den deutschen und französischen Arbeiterparteien unter Intervention der Belgier und Oesterreicher abgeschlossen war. Der Stuttgarter Beschluß stammt aus einer Zeit, in der beide Länder unmittelbar vor einer Kriegsgefahr standen und alle Ursache hatten, ihre Worte abzuwägen. Diesen Beschluß hat die Kommission relativiert und sich nicht angemacht, den einmal gefassten Beschluß der Internationale, den sie für vollkommen zureichend hielt, ohne einen Auftrag umzuändern. Dennoch hat die Debatte über die Mittel zur Verhinderung des Krieges hier wieder auf das lebhafteste eingesetzt und wir alle stehen wohl unter dem Eindruck der kräftigen Worte Keir Hardie's. Wenn es nur auf den Willen anläme, wären wir alle mit ihm einverstanden und soweit es auf den Willen zur Tat ankommt, freuen wir uns, daß dieser Vorkämpfer der Internationale im weichen Haaren unserem revolutionären Temperament ein Muster gewesen ist. Aber wir haben hier nicht unserer Leidenschaft Ausdruck zu geben. Der internationale Kongreß hat andere Aufgaben. Der Kommission war vor allem das eine klar, daß gegen einen Beschluß auf Verpflichtung zum Generalstreik eine Reihe Nationen geschlossen standen. Genosse Morgari hat für Italien erklärt, daß der Beschluß des Generalstreiks Selbstmord der Partei wäre. Der Vertreter Deutschlands hat erklärt, daß ein solcher Beschluß die Partei selbst mit dem Wafel der Illegalität belegen würde, und ich selbst habe für Oesterreich erklärt, daß wir auf Grund dieses Beschlusses vielleicht in die Lage kommen könnten, bis zum Ausbruch eines Krieges zwar eine sozialdemokratische Partei zu sein, im Kriegsfall aber nicht mehr, weil die Resolution die Handhabe zu den schlimmsten Verfolgungen geben würde. Der internationale Kongreß darf nicht über eine oder andere Auffassung zu Gericht sitzen, sondern darf nur die Ziele festsetzen, in denen alle Genossen einig sind.

Wir haben es nicht für zweckmäßig gehalten, festzustellen, welche Meinungsverschiedenheit über dieses oder jenes Mittel besteht, sondern die Uebereinstimmung in den Kompromissen zu betonen. Es ist vollständig klar, daß die Stuttgarter Resolution alle Parteien verpflichtet, jedes ihnen zu Gebote stehende Mittel, das ihnen wirksam erscheint, anzuwenden, um die Kriegsgefahr zu bekämpfen, auch den politischen Massenstreik. Es muß aber jeder Partei überlassen werden zu beurteilen, ob sie das Mittel gebrauchen kann. Es wäre nicht klug gewesen, hätten wir etwas beschlossen, von dem wir von vornherein wissen mußten, daß das Abstimmungsergebnis zweifelhaft ist. Seit dem Stuttgarter internationalen Kongreß ist die Diskussion dieser Frage, die Klärung der Meinungen unter den Sozialdemokraten aller Länder nicht fortgeschritten. Es ist deshalb nicht klug, diese Resolution zu ändern. Wir Oesterreicher haben die Kriegsgefahr in nächster Nähe gesehen. Vor zwei Jahren und vor einem Jahr haben wir alle Mühe gehabt, die Kriegsgefahr zu bekämpfen und auch Gelegenheit, die Tragweite der einzelnen Mittel zu prüfen. Wir haben die Psychologie des ganzen Volkes kennen gelernt in der Situation vor dem Kriege und aus dieser Erfahrung nicht den Mut geschöpft, für die Deklaration des Generalstreiks aller, verpflichtend für alle Parteien, einzutreten. (Hört, hört!) Oesterreicher und Reichsdeutsche kommen aus den Ländern des härtesten Militarismus und haben daher den traurigen Vorzug, in

der Frage des Militarismus Nachhaken zu sein. Ich glaube daraus das moralische Recht schöpfen zu dürfen, aus dem Lande des stärksten Militarismus heraus es für die größte Anklage zu erklären, wenn wir uns an ein Mittel binden, während wir in allen Herzen die Ueberzeugung nähren müssen, daß jedes Mittel recht ist, um den Militarismus zu bekämpfen. (Lebhafte Beifall bei den Deutschen und Oesterreichern.)

Jones (Englische S. D. P.) London: Die britische Sektion ist einstimmig für das Amendement Baillant-Keir Gardie. Wir sind, obwohl einige unter uns nicht so radikal sind, wie wir, entschlossen, nichts zu veräumen, was den Krieg verhindern kann. Einige Meinungsverschiedenheiten bestehen unter uns über den Krieg und die Mittel, ihn zu bekämpfen. Aber darin sind wir alle einig, daß unser Motto sein muß: Krieg dem Kriege! Für die Abweidung einzelner Parteigenossen darf nicht die ganze Partei verantwortlich gemacht werden. (Hört! hört!) In England gilt es nicht, die Arbeiterklasse, sondern manche Führer der Arbeiterklasse zu Gegnern des Krieges zu erziehen. Das doch ein Sechstel der Abgeordneten der S. D. P. für die Erhöhung des Marinebudgets gestimmt. (Hört! hört!) Wenn man geltend macht, man stimme für das Budget, weil es sozial-reformatorische Fortschritte erfüllt, erinnert mich der, der so etwas sagt, an den Mann, der einen Laster wechselt und einen Groschen zurückbehält. (Heiterkeit und Beifall.) Die Bourgeoisie wird niemals freiwillig auf ihre Privilegien verzichten. Ich richte den Appell an die deutschen Genossen, uns nicht zu verlassen, sondern Hand in Hand mit uns zu arbeiten.

Wir können für die englische Arbeiterklasse versprechen, daß sie ihre Pflicht nicht veräumen wird. Wir haben in unserer Sektionsführung auch die Führer der englischen Gewerkschaftsbewegung gehört, die sich für die rücksichtslosesten Mittel ausgesprochen haben. Daran werden wir sie in England wieder erinnern. Es ist hier so viel von der psychologischen Stimmung des Volkes in Kriegszeiten gesprochen worden. Gerade dieser Umstand wird noch mehr veranlassen, unsere Schuldigkeit zu tun. Das haben wir auch in England zur Zeit des südafrikanischen Krieges trotz allem Kriegsdraufgebot getan. Somet es sich um die Bekämpfung des englischen Chauvinismus und Imperialismus handelt, sind alle Richtungen der englischen Partei einig: In der Bekämpfung der Unterdrückung Indiens, Kegyptens usw. gehen wir alle zusammen: Quells, Keir Gardie und Wadonald. Es liegt nicht der geringste Grund vor, die S. D. P. der imperialistischen Gesinnung zu verdächtigen. Sie alle tun alles, um den Krieg zu verhindern. (Beifall bei den Engländern.)

Bandervelde: Wir Belgier haben uns in der Kommission der Abstimmung über das Amendement Keir Gardie enthalten. Wir wollen nicht gegen das Amendement stimmen, wollen vielmehr unsere Sympathie für die Bedeutung des Antrages der französischen und englischen Genossen ausdrücken. Wir denken, wenn die Arbeiterklasse zweier Länder einen derartigen Beschluß faßt, daß es eine selbstmüßige Tat ist. Es hat großen Eindruck auf den Kongreß gemacht den alten Kämpfer Keir Gardie hier zu hören, der die größte Partei englischer Sozialisten hier vertritt und der hier erklärte, daß die Bergarbeiter, die Transportarbeiter und die Metallarbeiter bereit seien, eine Kriegserklärung mit einem allgemeinen Streik zu beantworten. Darin liegt ein großer Fortschritt. Der Kriegsgefahr ist damit ein wirksames Hindernis entgegengekehrt. Aber andererseits können wir nicht für die Resolution stimmen, denn die Tragweite der Resolution ist so groß, daß sie nur dann zur Abstimmung gelangen kann, wenn die gesamte Internationale sich einstimmig für sie erklärt. Bis dahin ist sie nicht gut zur Abstimmung zu bringen. Daher wäre es am besten, wenn das Amendement an das Internationale Bureau verwiesen wird, damit dieses die Frage richtig studiert und sie einem der nächsten internationalen Kongresse zur Beschlußfassung überweist. (Lebhafte Beifall.) Nun zu dem, was Genosse Ledebour über den Sinn der Stuttgarter Resolution gesagt hat. Ich bin fest überzeugt davon, ihn nicht richtig verstanden zu haben, aber da es mir nicht allein so geht, darf ich hoffen, daß er in seinem Schlusswort die nötige Aufklärung geben wird. Ich habe den Eindruck gehabt, daß Genosse Ledebour der Stuttgarter Resolution einen ganz abweichenden Sinn gegeben hat. (Ledebour ruft: Das ist nicht eingefallen!) Aus seinen Worten hat herausgeklungen, als wenn die deutschen Genossen das Amendement Keir Gardies ablehnten nicht deshalb, weil sie nicht sagen dürfen, was sie wollen, sondern weil sie glauben, daß die anderen, die es beantragen, selbst es nicht ausführen wollen. (Lebhafte Widerspruch Ledebours.) Das ist eine ungerechtfertigte Beeilehung eines Teiles der Internationale.

Die Stuttgarter Resolution hatte eine doppelte Bedeutung. Erstens, daß wir uns nicht für den Generalstreik aussprechen wollten, weil damit den reaktionären Regierungen der großen Militärstaaten die Handhabe zu Repressalien und Ausnahmegerichten geboten würde. Andererseits aber wollte die Stuttgarter Resolution zum Ausdruck bringen, daß wir alle Mittel gegen den Krieg, auch den Generalstreik und den Ausfall, anwenden wollen. Ich würde mich freuen, wenn Genosse Ledebour in seinem Schlusswort dieser Auffassung Ausdruck verleihen sollte. Wenn man das nicht meint, wäre die Stuttgarter Resolution eine leere Formel. Daß sie aber keine leere Formel ist, haben wiederholt die Genossen einzelner Länder bewiesen. So protestierten die englischen Kameraden gegen den Krieg in Südafrika, so schrieb die russische Sozialdemokratie, als der Krieg mit Japan ausbrach, nicht nur zum Generalstreik, sondern zur Revolution, und noch näherliegender ist das Beispiel unserer spanischen Brüder, die vor kurzer Zeit, als ihre Regierung einen Sezessionskrieg unternahm, heldenmütigen Widerstand leistete, obwohl sie einer der schwächsten Zweige der Internationale sind. Ich habe die Zuversicht, daß das, was Engländer, Russen und Spanier getan haben, auch die anderen großen Nationen tun werden. Jedenfalls bitte ich Sie, das Amendement, für das wir ja alle sind, nicht abzulehnen. Das würde einen falschen Eindruck drauhen machen. Ich ersuche Sie, es dem nächsten Kongreß zu überweisen, nicht weil ich das Amendement für verfehlt halte, sondern weil ich der Zuversicht bin, daß es dann ein-

stimmig angenommen werden wird. Der herrschenden Klasse seien wir die Mobilmachung aller Kräfte der Arbeiterklasse entgegen. (Lebhafte Beifall.)

Vorsitzender Branting: Ich glaube, wir sind auf gutem Wege zur Lösung der Schwierigkeiten, wenn unsere englischen und französischen Kameraden sich diesem Vorschlag ebenso anschließen wollen wie die Deutschen.

Bandervelde: Wenn mein Vorschlag die Zustimmung der französischen und englischen Delegierten findet, dann haben wir die Möglichkeit, auch jetzt noch einen einstimmigen Beschluß zu fassen. Es könnten dann die französischen und englischen Genossen in ihren Delegationen zusammenkommen und über die Vertagung der Frage einen besonderen Beschluß ausarbeiten.

Baillant-Frankeich: Das Amendement Keir Gardie kann nicht damit bekämpft werden, daß man sagt, daß es einigen der angeführten Nationen Unterdrückungsmaßnahmen eintragen werde. Denn im Grunde ist das Amendement ja gar nichts anderes als die Stuttgarter Resolution. Es legt keine Aktion fest, sondern betrachtet nur wie die Stuttgarter Resolution den Generalstreik nicht als das einzig mögliche Mittel zur Verhinderung des Krieges, allerdings als ein ganz besonders wirksames Mittel. Insofern ergänzt unser Amendement die Stuttgarter Resolution. Aber auch die Stuttgarter Resolution hat schon den Generalstreik vor Augen gehabt. Vor allen Dingen aber dürfen wir nicht in irgendeinem Beschluß zur Bekämpfung des Krieges das allerwirksamste Mittel gegen den Krieg nicht angeben. Sie wollen nur die parlamentarischen Mittel aufzählen. Aber was nützen die parlamentarischen Mittel, die Schiedsgerichte und Arbitration, wenn nicht hinter dem Parlament die Macht der Masse, die organisierte Stojkraft des gesamten Proletariats steht. Wir wollen nichts weiter tun, als eben diese Volkskraft organisieren und in den Dienst der Friedensbestrebungen stellen. Wir wollen den Generalstreik aber nicht dekretieren, sondern ihn propagieren, und dadurch seine Anwendung vorbereiten. Dazu muß die Idee des Generalstreiks erörtert und den Arbeitermassen als Ziel der Bestrebungen gegen den Krieg vor Augen gestellt werden. Ich sehe also keinen Grund, unser Amendement abzulehnen oder es zu vertagen. Ich glaube aber mit Bandervelde, daß eine Ablehnung unseres Amendements den Eindruck hervorzurufen könnte, als ob nur die Franzosen und Engländer zu den äußersten Mitteln zur Abwehr des Krieges zu greifen bereit seien, als ob aber die anderen Nationen nicht so weit gehen wollten. Diesen Anschein wollen wir vermeiden und deshalb halten auch wir es für besser, daß nicht abgestimmt wird. Es wäre in der Tat ganz verfehlt, wollten wir den Eindruck erwecken, als ob unsere ausländischen Genossen nicht ebenso wie wir bereit sind, mit allen Mitteln den Krieg zu bekämpfen. Das wäre eine ganz falsche Beschuldigung, die nur unseren bürgerlichen Gegnern in Frankreich und England neuen Stoff würde. Deshalb haben wir schon in der Kommission ein Kompromiß vorgeschlagen, das freilich dort von den deutschen Genossen abgelehnt wurde. Wir haben den Vorschlag gemacht, unser Amendement nicht nur dem Internationale Sozialistischen Bureau, sondern auch den beteiligten Nationen zur Erörterung zu überweisen und die endgültige Beschlußfassung auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses zu setzen. Wir wollen dem Internationale Sozialistischen Bureau dieses Amendement überweisen, damit das Bureau es erörtert, zur Annahme und zur Durchführung bringt. Wir wollen es nicht länger von den Gegnern in eigenen Lande vorhalten lassen, als ob die Sozialdemokraten in irgendeinem anderen Lande nicht auch bereit seien, das Feuerste gegen den Krieg zu wagen. Unsere Aktion muß eine Aktion der Genossen aller Länder sein. Ich halte es daher für sehr schwer, eine Formulierung des Antrages Bandervelde zu finden, und glaube, daß wir am besten tun, die Frage an die Kommission zurückzuverweisen, die eine neue Formulierung vorzunehmen hätte. Wir können mit der Vertagung der Beschlußfassung nur dann einverstanden sein, wenn sie nicht eine Form der Ablehnung unseres Antrages ist, sondern vielmehr von der Internationale zur Durchführung gebracht wird. (Lebhafte Beifall bei den Franzosen und Engländern.)

Bandervelde legt dem Kongreß folgenden Antrag vor: „Der Kongreß beschließt, das Amendement Baillant-Keir Gardie dem Internationale Sozialistischen Bureau zum Studium zu überweisen. Das Bureau soll über die Vorschläge, die es enthält, dem nächsten Internationale Kongreß Bericht erstatten.“ Unterzeichnet ist der Antrag von Bandervelde, Belgien, Hillquit, Amerika, Wibaut, Holland, Rosa Luxemburg, Polen, Victor Adler, Oesterreich und Oberst, Deutschland.

Keir Gardie schließt sich dem Antrag an. Vorsitzender Branting-Schweden: Wenn Sie mit dem Amendement Bandervelde einverstanden sind, können wir die Debatte über das Amendement Keir Gardie-Baillant schließen und nur noch über die Resolution der Kommission debattieren.

Baillant: Nachdem Keir Gardie dem Antrag Bandervelde seine Unterschrift gegeben hat und nachdem uns versichert wurde, daß der Antrag Bandervelde genau dasselbe meint, wie mein Vorschlag in der Kommission und in der letzten Rede, sehe auch ich meinen Namen unter diesen Antrag. (Lebhafte Beifall.)

Das Amendement Bandervelde wird unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen.

Das Schlusswort zur Resolution erhält der Berichterstatter Ledebour. Er beschränkt sich auf einige kurze Sätze. Wenn die Antragsteller des Amendements Keir Gardie-Baillant ihren Vorschlag so, wie jetzt durch Bandervelde formuliert, schon in der Kommission gemacht hätten, hätten wir uns diese ganze Diskussion ersparen können. Ich verzichte auch im Interesse der Zeit auf die Wichtigstellung der vielen Mißverständnisse, die namentlich Bandervelde und Keir Gardie unterlaufen sind. Er werde sie später an anderer Stelle vornehmen. Ich will nur noch hinzufügen, daß in der Diskussion die beiden selbständigen Resolutionen der österreichischen Genossen und des Genossen Van Kol nicht berührt worden sind, die sich auf die Handhabung der Geschäfte durch das inter-

nationale Bureau beziehen. Ich empfehle Ihnen nochmals deren Annahme. Im übrigen glaube ich, daß eine einstimmige Annahme nicht nur des Amendements Bandervelde, sondern auch des Beschlusses der Kommission gerade am heutigen Tage, dem 40. Geburtstag der Schlacht bei Sedan, in der die Soldaten zweier Kulturvölker im Interesse der kapitalistischen Klassen zur Schlachtbank geführt wurden, eine mächtige Kundgebung des internationalen Proletariats sein wird, das einstimmig vor der ganzen Welt seinen Entschluß bekundet, mit allen Kräften dem Weltfrieden zu dienen. (Stürmischer Beifall.)

Es werden hierauf die beiden Zusatzanträge und ebenso der Antrag der Kommission unter stürmischen Beifallskundgebungen einstimmig angenommen.

Vorsitzender Branting: Der internationale Sozialistenkongreß hat mit diesem Beschluß erneut seinen Willen bekundet, für den Weltfrieden überall und mit allen Kräften, wenn nötig mit den stärksten Mitteln einzutreten.

Sudmand schlägt vor, die Sitzung nunmehr zu schließen und um 8 Uhr abends eine Sitzung abzuhalten, weil sonst an eine Erledigung der Kongreßarbeiten nicht zu denken sei.

Es wird jedoch beschlossen, ohne Pause weiter zu tagen und zur Debatte wird gestellt

der tschechisch-österreichische Gewerkschaftstreik.

Den Bericht der dritten Kommission und die von der Kommission beschlossene Resolution begründet Plechanow-Rußland, der feststellt, daß alle Nationen, mit Ausnahme der Tschechen, übereinstimmender Meinung gewesen seien, daß die gewerkschaftliche Bewegung in einem politisch und wirtschaftlich einheitlichem Gebiet unter keinen Umständen gesplittet werden dürfe.

Remec-Prag begründet als Korreferent den Antrag der Tschechen, prinzipiell die Frage dem Internationale Bureau zum erneuten Studium zu überweisen, eventuell zu beschließen, daß die Gewerkschaften jeder einzelnen Nation einheitlich organisiert sein müßten.

Vorsitzender Branting: Vom Genossen Ledebour ist folgende Erklärung dem Bureau zugegangen:

„Der Genosse Bandervelde hat in seiner Rede die Vermutung ausgesprochen, ich hätte gegen die Genossen Baillant und Keir Gardie den Vorwurf erheben wollen, daß es ihnen mit ihrem Antrag gegen den Generalstreik bei Gefahr des Krieges nicht ernst sei. In einer solchen Mißdeutung meiner Ausführungen kann deren Wortlaut auch nicht den geringsten Anlaß geben. Um aber jeder Mißdeutung ein für allemal ein Ende zu machen, erkläre ich hiermit ausdrücklich, daß ich den ersten Willen zur Tat bei den Leiden von mir hochverehrten Genossen nicht im geringsten in Zweifel gezogen habe.“

Es sprechen noch Tura (tschechischer Zentralist) und Schaschel (tschechischer Separatist), Grculich und Adler. Namentlich die Ausführungen Grculichs, der aus seinen reichen gewerkschaftlichen Erfahrungen aller Länder sprach und die Tschechen bringend ermahnte, von ihrem falschen Standpunkt abzulassen, lösten großen Beifall aus. Nach dem Schlusswort der Referenten, in dem Remec betonte, daß die Tschechen, trotz des wahrscheinlichen Beschlusses des Kongresses, auf ihrem Standpunkt beharren würden, weil sie sich nicht selbst vernichten könnten, wird die Resolution der Redaktionskommission in einer Abstimmung nach Nationen mit 222 gegen 5 tschechische Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen angenommen.

Nächste Sitzung: Sonnabendvormittag. Auf der Tagesordnung stehen die Resolution über das Asylrecht und die Resolutionen über die internationale Solidarität und die Ergebnisse der sozialen Gesetzgebung. Auf der Tagesordnung der Nachmittagsitzung steht das Genossenschaftswesen.

Fünfte Kommission (Resolutionen).

Kopenhagen, 1. September.

Auf Wunsch von Parteigenossen der Balkanländer soll die türkische Resolution (Protest gegen die reaktionären Maßnahmen der jungtürkischen Regierung) verschärft werden. Ein türkischer Genosse aus Armenien widerspricht. In Albanien seien allerdings Brutalitäten begangen worden, aber zur Unterdrückung konterrevolutionärer Bestrebungen. Von anderer Seite werden Brutalitäten, die in Albanien begangen wurden, aus eigener Anschauung geschildert. Dagegen empfiehlt Seih-Oesterreich, doch maßhalten in den Ausdrücken gegen das jungtürkische Regiment, zumal man nicht genau unterrichtet sei und es bedenklich sei, dieselben Wendungen gegen die türkische Regierung anzuwenden, wie gegen den Jarrismus. Der Vorsitzende ist mit der Weglassung des Wortes „Mörder“ einverstanden. Die verschärfte Resolution wird mit dieser Weglassung angenommen.

Aus Industrie und Handel.

Wie Aktienkapital entsteht.

Die Zeitschrift „Der deutsche Kaufmann“ macht über die Entwicklung der Singer Manufacturing Comp. folgende Angaben. Das Unternehmen ist von J. M. Singer und E. Clark mit 500 000 Doll. gegründet und 1878 zu einer Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 1 Million Doll. umgewandelt worden. 1887 erdöhte die Gesellschaft ihr Kapital auf 10 Millionen und im Jahre 1900 wurde durch Zahlung einer Extradividende von 200 Proz. das Kapital auf 30 Millionen Dollar erhöht, indem die neuen Aktien den Aktionären als Extradividende überwiehen wurden. Die Singer Manufacturing Company hat nun am 18. Juni d. J. in ihrer Verwaltungsverteilung die Verteilung einer der größten bisher dagewesenen Sonderdividenden erklärt; es sollen nämlich 30 Millionen Dollar an die Aktionäre zur Verteilung kommen, was einer Dividende von 100 Proz. entspricht. Nach Verteilung dieser Dividende wird das Aktienkapital der Singer Manufacturing Company von ursprünglich 1 Million auf 60 Millionen Dollar angewachsen sein, und zwar ohne daß seit der Gründung der Aktiengesellschaft, also seit dem Jahre 1878 auch nur ein Pfennig in bar weiter eingezahlt worden wäre.

GEGRÜNDET 1867



Saison-Räumungs-Verkauf

zu ganz aussergewöhnlich billigen Preisen

Verkauf nur Jerusalemer Strasse 38-39

Heute Sonnabend: Letzter Tag

Des grossen Andranges wegen empfiehlt es sich, den Einkauf auch vormittags zu besorgen

Centrales
Rosenthaler Str. 46-47.
Filiale:
Müllerstrasse 181.

Kataloge
gratis

MÖBEL
auf Kredit

Einzelne
Stücke
1 Zimmer u. Küche
Anzahlung . . 10 M
2 Zimmer u. Küche
Anzahlung . . 20 M
Bunte
Küchen

3 Zimmer u. Küche
Anzahlung . . 50 M.
Bessere Einrichtungen
bis . . 10 000 M

Herren-
Anzüge
-Paletots

1 Anzug od. 19 M. Anz. 3 M.
1 Paletot 24 M. Anz. 5 M.
1 Anzug od. 32 M. Anz. 7 M.
1 Paletot 40 M. Anz. 9 M.

Bedeutend unter Preis!
Damen-
Jackets
Paletots
Röcke
Anzahlung
3 M. an

Größtes
Kredit-Haus
Deutschlands

A. DAMITT

Zwei
Ge-
schäfte

Rosenthaler
Str. 46-47
Müller-
Strasse 181

Kredit

A. DAMITT
Größtes Kredit-Haus
Deutschlands.

Hosen-Woche
Dauer vom 3. bis 10. September

10,000 Hosen
für Groß und Klein
Spottbillige Preise

Knaben-Hosen	5-9 Jahre, durchweg	60 Pf.
Knaben-Hosen	3-9 Jahre, durchweg	1.50
Knaben-Hosen	10-15 Jahre durchweg	2.-
Herren-Hosen	in vielen modernen Streifen	2.80
Herren-Hosen	aus starken Cheviot- Buckskins	5.-
Herren-Hosen	Kammgarnart, dunkle Streifen	6.-
Herren-Hosen	in neuesten englischen Dessins	10.-
Herren-Hosen	eleganten Geschmacks	12.-
Rester-Hosen	aus allerfeinsten Maß-Stoffen besonders billig.	

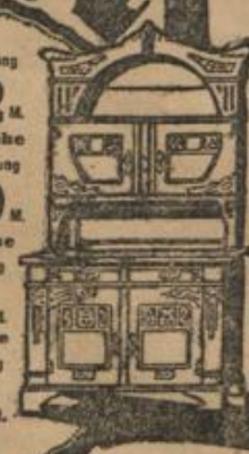
Echt englische Gummi-Mäntel 12.50

BaerSohn

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog No. 39 (Neueste Moden) auf Wunsch kostenlos und portofrei.

Prüfer

Kleine Einrichtung: Stube-Küche	Anzahlung 12 M. Abzahlung 1 M. pro Woche	
Bessere Einrichtung: 2 Zimmer u. Küche	Anzahlung 20 M. Abzahl. 1.50 bis 2 M. pro Woche	
2 Zimmer u. Küche	Anzahlung 30 M. Abzahlung 3 M. pro Woche	
3 Zim. u. Küche	Anzahlung 50 M. Abzahlung nach Vereinbarung	

Einzelne Möbelstücke Anzlg. 3 M. an, wöchentl. 1 M.

Möbel- u. Konfektions-Haus
S. Gottlieb G. m. b. H.
Rosenthaler Strasse 54.

Hut-Arnold Dresdenerstr. 116
(Klein Laden) am Oranienplatz
Hut und Mützen Engros-Geschäft
Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!



Weiche Herrenhüte v. 1,50-6,00 Stiffe Herrenhüte v. 2,00-7,00
Nur fehlerfreie moderne Ware Nur fehlerfreie moderne Ware.
Grösste Auswahl in Mützen und Polzwaren.

Licht und Schatten

Auf
Kredit

C. Wachsmann & Co.

Auf
Kredit

Reinickendorfer Straße 15, Ecke der Ravenestraße, neben der Feuerwache.

Möbel und Polsterwaren

Ganze Wohnungs-Einrichtungen, auch einzelne Ersatzstücke.

Herren-, Damen- u. Kindergarderobe

Einsegnungs-Staat

für Knaben und Mädchen

Schuhwaren. Kinderwagen.

Anzahlung
schon

von **5** Mark an
und

Abzahlung

wöchentlich
von **1** Mark an

⚡ Sommer-Preise. ⚡

Wollen Sie vorteilhaft kaufen?

So kaufen Sie
Ia. Briketts nach Gewicht!
A. B. KOCH

Kohlen- und Briketts-Großhandlung
gegründet 1893.

Hauptkontor:
Berlin O. 34, Petersburger Straße 1.
Telephon Amt 7, 3040 u. 3096.

Lagerplätze:
I. Rüdersdorfer Str. 71 -
Ostbahn, Küstriner Platz.
II. Fruchtstr. 13 - Ostbahn,
Güterbahnhof.
III. Behmstr. 28-34 - Ecke
Schivelbeiner Straße.

Preise für Ia. Marken ab meinen
Lagerplätzen von 10 Ztr. an:

Ia. Halhsteine Hansa p. Ztr. 75 Pf.
Ia. Marienglück Salon p. Ztr. 77 Pf.
Ia. Gotthold Salon . . p. Ztr. 87 Pf.
Ia. Diamant Salon . . p. Ztr. 95 Pf.
(ges. geschützt p. Ztr. 115-120 St.)
Ia. Ilse Salon p. Ztr. 95 Pf.
Ia. Anthracit Cadé p. Ztr. 2,20 M.

Transport bis in den Keller
oder 4. Etage, je nach Quantum,
10-18 Pfennige mehr.

Bruchbriketts guter Qualität
und Steinkohlen billigst.
-Kohls zu Anstaltspreisen.
Holz, nach Wunsch zerleinert,
per Ztr. 2,00 M.

Bei größeren Abschüssen und
Original-Waggons sämtlicher
Brennmaterialien verlangen Sie
meine Spezial-Offerte. 467L

Versand nach allen Bahnhöfen

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung
eleganter Herren- und
Knaben-Garderobe
fertig und nach Mass,
feinste Verarbeitung.
S. Boltuch,
Frankfurter Allee 75, 3
Eingang Tilsiter Strasse

Von der Hilfe gerührt (187/11)
Hermann Katz,
Landsberger Straße 71,
für Jahressende 8-8. Amt VII 153L

Wer eine wirklich gute Pfeife rauchen will, der wähle unter den
Kapitän-Rauchtabaken

die von hervorragender Qualität in den verschiedensten
Mischungen und Preislagen (in Päckchen von 10 Pf. bis
1,50 Mk.) in den meisten Zigarrengeschäften zu haben sind.

Spezialität: **Feiner Goldshag** (in roten Düten).

Man achte jedoch genau auf das ges. gesch. Wort
„Kapitän“. Päckchen ohne diese Bezeichnung
weise man als unecht zurück.

Gen.-Vertrieb **Carl Röcker**, Grüner Weg 112.

Paul Köfer, Berlin S6., Kottbuser Damm 81/82,
offeriert den seit Jahrzehnten rühmlichst bekannten

Ungewitter's Kautabak
an Wiederverkäufer zu Engros-Preisen. 4462

Arbeiter finden für ihren Beruf

gute und billige **Kleidung** in großer Auswahl
Brunnenstr. 158, Otto Heinicke,
Laden geld gerüchert.

Demokratie oder Anarchie?

Dem badischen Disziplinbruch ist endlich ein Verteidiger entstanden. In drei längeren Artikeln, die gleichzeitig in der heftigsten Parteipresse erscheinen, sucht Dr. David das Verhalten seiner badischen Freunde zu verteidigen. Mit seinem politischen Verständnis wählt er gerade die Zeit, in der Wilhelm II. die bürgerlichen Parteien zum gemeinsamen Kampf gegen die Sozialdemokratie aufreist, um der Partei anzuraten, ihre Geschlossenheit zu lockern und die Einheitlichkeit ihres Handelns erschüttern zu lassen.

Die Leidenschaftlichkeit, die aus den Darlegungen Davids spricht, erklärt sich, ohne dadurch entschuldigt zu werden, aus der prekären Situation, in der die Disziplinbrücher sich befinden. Außer Dr. David hat fast kein seiner Verantwortung bewußter sozialdemokratischer Politiker geglaubt, für die Abhängigkeit von Parteitagbeschlüssen sich einsetzen zu können. Aber mit noch größerer Schärfe haben sich unsere bedeutendsten Gewerkschaftsführer, mit Regien an der Spitze, gegen ein Verhalten gewandt, das die organisatorischen Grundlagen der gesamten Arbeiterbewegung — sowohl der Partei als der Gewerkschaft — untergräbt. Daher die verbissene Witze des Genossen David. Man hat den Eindruck, daß hier weniger der Genosse spricht, der das Ganze der Partei ins Auge faßt, als ein Reaktionsführer innerhalb der Partei, der die „Revisionisten“ scharf zu machen sucht, um nicht den „Radikalen“, die als Wortführer und Vorkämpfer der Parteieinheit erscheinen, einen Erfolg zu gönnen. Deswegen beschuldigt er den „Vorwärts“, bei seinem Entzogen für die Parteidisziplin einen Nebenverdienst im Auge zu haben.

Der Zweck dieser Verleumdung ist klar. Auch die Parteigenossen, die in der allgemeinen Verteilung der Budgetfrage nicht den Standpunkt der prinzipiellen Verweigerer teilen, die diese Frage vielmehr als taktische ansehen, sollen dadurch zu einem scharfen Vorgehen gegen die badischen Genossen aufgepeitscht werden. Insbesondere hofft man mit dem Stichwort Disziplinbruch die Gewerkschaftler, die in Nürnberg zum großen Teil für größere Bewegungsfreiheit in der Budgetfrage eintraten, nunmehr zu einem Verdammungsurteil über die badischen Sünder zu gewinnen.

Es wäre eine arge Kurzsichtigkeit, wollten sich Parteigenossen, die sonst von der Notwendigkeit einer praktischen, auf Durchsetzung nächstzuwendiger Forderungen sich konzentrierenden Politik überzeugt sind, durch das Disziplinbruchgeschrei irgendwie in ihrer Stellungnahme beeinflussen lassen. Disziplinbruchgeschrei — ich wiederhole das harte Wort; denn gegen diesen Versuch der Wassertrüberei hilft nur eine klare Sprache.

Man sieht, das ist ein Appell an die „Revisionisten“ und der Versuch, die Genossen, die in der Gewerkschaftsbewegung an hervorragender Stelle stehen, von ihrer Stellungnahme abzubringen, die sich ihnen aus den Bedingungen der Gewerkschaftsbewegung selbst notwendig ergeben hat. Wassertrüberei in der Tat, aber wer trübt?

Gegenüber diesem Versuch, die Frage auf den Gegensatz zwischen Revisionisten und Radikalen hinauszuspielen, muß mit aller Entschiedenheit gesagt werden, daß die Frage der Aufrechterhaltung der Disziplin eine Lebensfrage der Partei ist, die alle Partei- und Gewerkschaftsmitglieder in gleicher Weise angeht. Das haben auch die Arbeiter ohne Unterschied begriffen, nicht nur in Norddeutschland, sondern ebenso in dem größten Teil von Süddeutschland und nicht zuletzt in Hessen. Der Appell an die „Revisionisten“, an ein fraktionelles Gruppeninteresse ist deshalb zwar nicht minder verwerflich, aber zum Glück ungefährlich. Die Frage liegt so klar und einfach, daß sie jeder Arbeiter — und der Arbeiter besser als irgend jemand anders — unmittelbar versteht und sein Verständnis nicht getrübt werden kann.

Auch nicht durch die schillernden Argumentationen des Gen. David: „Die Art Disziplin, deren Heiligsprechung man hier im Namen der Demokratie betreibt, ist in Wahrheit die gefähr-

lichste Feindin der Demokratie. Sie hat auch niemals in der Sozialdemokratie gegolten. Und würde sie in ihr sich durchsetzen, dann könnte es nur geschehen mit Umwandlung der Sozialdemokratie in eine Sozialdespotie.“

Daß Parteitagbeschlüsse eingehalten werden müssen, ist die selbstverständliche Forderung jeder demokratischen Partei, einfach die Bedingung ihrer Existenz. Das ist die Forderung, die der Magdeburger Parteitag rückhaltlos zur Geltung bringen muß. Das hat bisher trotz David als selbstverständlich gegolten und wird auch wieder als selbstverständlich ratifiziert werden. Wenn Dr. David das dann „Sozialdespotie“ nennen will, mag er es tun, die Gegner werden es ihm danken. Wir möchten nur raten, das Fremdwort zu vermeiden. Wir empfehlen „Massenherrschaft“, das Lieblingswort des Herrn v. Bethmann Hollweg, wenn er die Forderung des gleichen Wahlrechts, das diese Gefahr der „Sozialdespotie“ herausbeschwört, abweisen will.

Um zu zeigen, daß die Demokratie, wie er sie meint, geradezu das Brechen von Parteitagbeschlüssen erfordert, spricht Dr. David dem Gen. Frank die Behauptung nach, die ganze Parteigeschichte sei „geradezu besät mit Disziplinbrüchen“. Man weiß, daß der Beweis für diese Behauptung sehr dürftig ist und auch Dr. David bringt von der ganzen Saat gerade nur drei Körnchen bei:

„Bekannt ist auch der „große Disziplinbruch“, den die Parteileiter, Webel und Liebknecht an der Spitze, dadurch begingen, daß sie sich über das St. Gallener Verbot, irgendwelche bürgerliche Kandidaten bei der Stichwahl zu unterstützen, bei den Februarwahlen 1890 kurzerhand hinwegsetzten.“

Roch frischer im Gedächtnis ist die Durchbrechung des Münchener Parteitagbeschlusses (1902), der bestimmte, daß nur solche gegnerische Kandidaten unsere Stimmhilfe erhalten dürfen, die sich verpflichteten, gegen jede Erhöhung der Lebensmittelpreise, gegen jede neue indirekte Steuer auf Konsumgüter und gegen jede neue, die Ausgaben erhöhende Militär- und Marinevorlage einzutreten. Das sollte das Minimum sein, die unerlässlichen Bedingungen, die gegnerische Kandidaten erfüllen müssen, wie Webel als Referent ausführte. Weber Zentrumslinke noch Nationalliberale hätten danach — und auch das hob Webel nachdrücklich hervor! — unsere Stimmhilfe erhalten dürfen. Und was geschah in Wirklichkeit? In Dingen von Wahlkreisen wurde bei den Stichwahlen 1903 gegen diesen Beschluß verstoßen. Und bei den Stichwahlen 1907 beging sogar die Zentralleitung den Disziplinbruch, das Eintreten für Zentrumslinke von oben herunter zuzubeißen.

Einen dritten sehr lehrreichen Beitrag zum Kapitel „Disziplinbruch“ bildet die Nichtbeachtung der Breslauer Agrarresolution. Diese verwarf die Forderung der Landeskultur, da sie kein Interesse des Proletariats, sondern ein der Ausbeuter des Proletariats sei. Seit Jahren stimmen unsere Vertreter in allen deutschen Landtagen, in großer Richtung dieser Resolution, für die Landeskulturforderungen in den einzelstaatlichen Budgets! — Und niemand nimmt sie um dieser Disziplinlosigkeit willen bei den Ohren!

Diese Fälle genügen, um das Geschrei über das „unerhörte Verkommen“ in Baden auf seinen wahren Wert zu beleuchten.“

Die zwei ersten Beispiele sind bereits bekannt und was sachlich dazu zu sagen, schon ausführlich gesagt worden. Interessanter ist das dritte Beispiel, das den Originalbeitrag Davids zur „Disziplinbruchsaat“ darstellt, interessant, weil es zeigt, zu welchen Mitteln diese Disziplinbruchsaat in ihrer Not greifen müssen. Die Breslauer Resolution rührt von Kautsky her und auf Seite 149 des Breslauer Protokolls finden wir folgende „persönliche“ Bemerkungen:

Kautsky: Genosse David hat behauptet, ich hätte mich dahin ausgesprochen, als seien von jetzt ab alle Ausgaben im Interesse der Landeskultur zu verwerfen. Ich habe das nicht gesagt. Ich habe nur dagegen protestiert, daß das Agrarprogramm und der Referent das Interesse der Landeskultur für gleichbedeutend erklären mit dem Interesse des Proletariats. In ein Parteiprogramm gehört das Interesse der Landeskultur nicht.

hat seinen anspruchsvollen Namen, dem sein wirkliches Programm entsprach, mit der heutzutage recht anspruchslos nicht sagenden Bezeichnung „Modernes Theater“ verwechselt. Das heißt, da die dramatische Produktion längst wieder jede nähere Beziehung zum großen Inhalt, zu den Kämpfen und Tendenzen unserer Zeit, jedes charakteristische Gepräge verloren hat, nichts anderes als — Kapitäntheater. Keine Versprechungen sind immerhin besser als noch so langweilige Lösungen, die einzulösen man nicht imstande ist. Am durchschnittlichen Premierenniveau gemessen, erwies sich die französische Komödie, mit der Direktor Gellke die Saison eröffnete, als angenehme Ueberraschung. Statt eines der üblichen Pariser Schwänke und Verrenkungsstücke, die man nach dem Theatergettel erwarten mochte, gab es eine sorgsam gefeilte, im Gebiete psychologischer Möglichkeiten sich bewegende Arbeit, die ohne Ehrgeiz, doch auch ohne Entgleisungen in das Kanale unterhielt. Das Ganze ist wie in den Dramen von Richards berühmtem Landsmann Henry Beerstein auf eine große Szene konstruiert, mit geringerer Aufnahme an Spannungsaufbau, aber dafür bei weitem überzeugender.

Klug versteht er, für die verschlossene, herbe, früh vermittelte Thematik, deren erster Akt die flirrende, aus lauter reichen Nichtstunern bestehende Umgebung so verleiht, Interesse zu erwecken. Man wird neugierig: was dieser schroffen Ablehnung, die sich gegenüber dem Courmarcher der Schwägerin zu offener Feindseligkeit steigert, schließlich zugrunde liegt? Ist's angeborene Bosheit und Schelmsucht, wie die lieben Freundinnen und der eitel selbstgefällige Don Juan behaupten? Oder, wie der grundgutmütige Gounouille, ihr heimlicher Verehrer, entschuldigend meint: die verbitternde Nachwirkung einer unglücklichen Ehe? Oder am Ende gar ein hochtreibend edler Sinn, der sich gegen die hohle Falschheit dieses Genußlebens auflehnt? Im Tone strengen Sittenrichtertums verlangt sie von der Schwägerin, die sie im zärtlichen Tete-a-Tete ertappte, daß sie den Liebhaber sofort entferne, und droht ihr, das Geheimnis dem Gatten zu verraten. Sie spricht wie jemand, der nach langen Kämpfen sich selbst vor jedem Anfall blinder Begier gesichert weiß und gleiche Kraft auch von den anderen verlangt. In der Auseinandersetzung mit dem Liebhaber — der großen Szene — schlägt dieses selbstgewisse Moralitäten bei der herausfordernd unterschämten Haltung des jungen Mannes in Empörung und ins Problem der rassistischen Hates um. Sie triumphiert, daß sie an ihm, der sie so oft verleiht, dem verlobten Liebhaber der Frauen, Vergeltung üben könne. Er aber, berauscht vom Anblick der wilden Schönheit, die ihr der Jörn verleiht, und hinter ihrem Haß die Eiferucht verborgener elementarischer mächtiger Liebe witternd, zieht sie in seine Arme. Taktvoll geht der Schlussakt, reich an hübschen psychologischen Nuancen, jeder theatralisch aus dem Wege. Redend über seine komische Verlegenheit nimmt Theresie von ihrem heimlichen Verehrer, dem guten stillen Gounouille, mit welchem Schmerz nimmt sie von ihrem brutalen Begleiter, der ihr vergeblich von den unaussprechlichen Blüten seiner Liebe redet, Abschied. Adèle Hartwig führte die Rolle der Theresie in feiner Abtönung durch. Sehr gut war auch Herr Schönfelder in der tragikomischen Episodenfigur des Gutmütigen. Das Stück fand starken Beifall.

David: Ich habe mich gegen die Kautsky'sche Resolution, nicht gegen eine Neuherausgabe Kautsky's gewandt. In dieser Resolution wird das Prinzip ausgesprochen, daß die Ausgaben für Landeskultur nur den Besitzenden nützen. Durch die Annahme dieses Prinzips würde der Preis, die unsere Genossen in den Landtagen bei Aufwendungen für die Zwecke der Landeskultur bisher immer befolgt haben, der Todesstoß verfehlt werden.

So sieht der Davidsche Originalbeitrag aus! Weil die Parteigenossen sich nicht an die mißverständliche Auslegung Davids, sondern an den richtigen Sinn der Resolution gehalten haben — wobei es für unsere Frage ganz gleichgültig ist, ob der Wortlaut der Resolution solche Mißverständnisse überhaupt möglich macht oder nicht —, beschuldigt sie David des Disziplinbruchs! Blinder Eifer schadet nur.

Was aber die anderen Beispiele anbetrifft, so liegt der Unterschied zwischen diesen Fällen und den badischen so klar zu Tage, daß man schon gewaltsam die Augen schließen muß, um ihn nicht sehen zu müssen. Kein Mensch hat je behauptet, daß Resolutionen eines Parteitages über der lebendigen, handelnden Partei stehen, so daß die Wuchstaben in Geltung bleiben, wenn sich auch die Meinung der Partei geändert hat. Als Vollzugsorgane der Gesamtpartei, als Vollstreckerin ihres Willens haben die verantwortlichen Personen und Instanzen gehandelt, als sie den St. Gallener Beschluß nicht befolgten, den auszuführen — und er wäre sicher aufgehoben worden, wenn der Parteitag rechtzeitig hätte zusammentreten können — keine Zeit mehr war. Und ebenso lag es mit der Münchener Resolution. Daß aber die Führer der Partei den Willen der Gesamtpartei richtig interpretierten und ausführten und nur in diesem Bewußtsein den Beschluß nicht einhielten, beweist ja gerade der Umstand, daß sie in der Partei fast nur Zustimmung fanden, daß der Parteitag in Halle die nachgesuchte Indemnität gegen ein paar unreife Oppositionelle, die bald die Partei verließen, mit überwältigender Majorität bewilligte. Will Genosse David behaupten, daß die badischen Genossen in demselben Bewußtsein, den Willen der Gesamtpartei auszuführen, das Budget bewilligten? Dieselben Leute, die nicht, wie es die Webel und Liebknecht taten, den Parteitag um Indemnität ersuchen, sondern im Bewußtsein, gegen die ihnen sehr genau bekannte Willensmeinung der großen Majorität der Partei gehandelt zu haben, auch jetzt noch sich nicht zu der Anerkennung der Souveränität des Parteitages aufschwingen können.

Liebknecht aber hätte David wirklich nicht in Zusammenhang mit einem Disziplinbruch zitieren sollen. Hat doch Liebknecht gerade diese Worte gesprochen:

„Denn wenn ich auch überzeugt bin, daß so mancher mit dem Resultat, welches die Debatte haben wird, nicht ganz zufrieden sein wird, so steht das Eine doch von vornherein fest: wie auch immer die Entscheidung ausfallen möge, die Disziplin in unserer Partei und das Vertrauen der Genossen ineinander ist ein so großes, daß von einer Trennung der Partei, von einer Nichtbefolgung dessen, was beschlossen wird, nicht die Rede sein kann. Wir haben an einem warnenden Beispiel — ich muß das leider ja erwähnen — in Sachsen gesehen, wie gefährlich es ist, wenn in einer solchen Frage auch von einer noch so kleinen Minorität eine abweichende Taktik befolgt wird. Dessen sind wir alle sicher, und unsere Gegner werden es aus den Debatten erfahren, daß, wenn auch unsere Meinungen weit auseinandergehen, doch die Partei einig ist in dem Bestreben, von welchem jeder von uns in gleichem Maße erfüllt ist, das zu tun, was im Interesse der Partei liegt. ... Bei uns hat es stets geheißen: Erst die Sache, dann die Person.“

Diese Worte sind auch gesprochen in der Behandlung einer Landesangelegenheit: der Verteilung an den preussischen Landtagswahlen. Und von Liebknecht wird vielleicht Gen. David zugeben, daß er gewußt hat, was Parteidisziplin, und gewußt hat, was Demokratie ist.

David freilich hat von Demokratie seine eigene Auffassung:

Musik.

Die Besorgnis vor der asiatischen Cholera ist übertrieben, die vor der musikalischen keineswegs. Nun bricht sie wieder aus, und die Musikfreunde, die während des Sommers Anteil über den Verfall der Operette gelesen oder gar geschrieben haben, lassen sich jetzt wieder mehr oder weniger geduldig Langeweile vernachlässigen. Sie hoffen auf einen guten Fortgang der neuen Regungen im Operettenfeld: der dramatischen Vervollkommnung einerseits, der vollständig-lyrischen andererseits. Für die letztere haben wir seit dem „Berberischen Arug“ und bei der „Försterliebe“ unsere Hoffnungen auf den Komponisten Georg Jarno gesetzt. Die Ausführung seines neuen „Rufstimmens“ im „Berliner Theater“ am Donnerstag hat sie angenehm bestärkt. Aber eins wünschen wir ihm und von ihm dringend: daß er die seiner nicht würdigen Texte ausgabe und vielmehr solche suche, die seiner musikalischen Höhe entsprechen und ihn insbesondere nicht zum Nachgeben gegenüber ganz gewöhnlicher Publikumsliteratur verleiten. Der vorliegende Text — von Bernhard Buchbinder — stellt mit ältester Naivität, Sentimentalität und Breite die Geschichte einer Aufwandsdar, die sich in Meister Joseph Haydn's Kissen verliert, vom Ortel aber zu sich genommen und so freundlich behandelt, so sorgsam herangebildet wird, daß sie den guten Alten so lieb gewinnt, wie sie früher ihren — Esel lieb gehabt hat. Dabei wird sie durch verschiedene lässliche und färsliche und Protokollierten hindurchgeschleppt und erfährt schließlich unter melodramatischer Orchesterbegleitung, daß sie Vater Haydn's eigene Tochter ist.

Der einen und für solche Rollen wohl einzigartigen Schauspielers Hansi Riese auf den Leib geschrieben, kann das Stück seines Erfolges sicher sein. Die im besten Sinn echte und innere dringende Komik der Künstlerin, der wahrhafte Humor und nicht zuletzt die künstlerisch reife Beherrschung der Mimik, der Sprechstimme und der sonoren Gesangsstimme (Akk.) lassen fast vergessen, was es ringsum an Wert und Unwert gibt. Aus den übrigen Spiel- und Gesangsleistungen, die wir da bekamen, das hübsche Tüchtige herauszufischen, lohnt in kurzer Rede nicht; um so mehr lohnt noch ein Verweilen bei der Musik.

Jarno komponiert sorgfältig, mit einigem Reichtum der Saiten und mit gut treffender Charakteristik der Tonbewegung und der Klangfarbe, allerdings ohne einen Zug nach dramatischer Entwicklung. Seine Eigensprache ist nicht groß, doch sein Bestreben, Coupletart und Volkstümlichkeit zu etwas Neuem zu vereinen, bewährt sich auch diesmal wieder. Daburch vor allem ist er vielleicht noch am ehesten fähig, das zu sein, was man von Volkstümlichkeit nennt. Allerdings würde dazu der übliche Taktschritt, über den auch er bisher wenig hinauskommt, nicht nötig sein; am wenigsten das Weitermachen in der Art eines Langquartetts, das im zweiten Akt recht episodisch, einladend an die Reihe kommt. Desgleichen Akt, dem gleichen Akt in der „Försterliebe“ entsprechend, bringt mancherlei vornehme Langkompositionen und unmittelbar vor dem erwähnten Quartett ein garliches „Marionetten“-Duett, das zu einer langen Lebensdauer berufen ist.

Eine gut wänerische Stimmung, die über dem Ganzen liegt, macht auch manche Kürzseligkeit erträglich. az.

Kleines feuilleton.

Theater.

Neue freie Volksbühne. Auch dieser Verein besteht schon seit 18 Jahren, etwas länger also als die Freie Volksbühne, mit der er politisch-zeitliche und allerlei sonstige Bevormundungsdinge von jeiten unseres lieben, um die Kultur besorgten Staats-Vaters Preußen gemeinsam hat. Bekanntlich streben beide Vereine dahin, ihre gesamten Kunstinteressen, unabhängig von den Institutionen eines nur kapitalistischen Unternehmens, unter eigenem Dach zu verwalten. Die Neue freie Volksbühne ist, indem sie den goldenen Mittelweg wählte, jenem „Endziel“ bereits nahe. Sie gedenkt schon im nächsten Jahre sich ihr von allen geschäftlichen Interessen befreites Volkstheaterhaus zu errichten. Am Baufonds fehlt's ihr nicht; denn bis jetzt sind 200/00 Mark gesammelt und zwarweise gesammelt worden. Jetzt gilt's Hohn nach dem geeigneten Grund und Boden zu erwerben. Vorläufig hat der Verein das ehemalige Holzogener Ueberdrehtheater in der Nippenstraße als „Neues Volkstheater“ zu seinem ständigen Schauspielhaus erkoren. Und dort, wo einst derische Dichter, Komponisten und Langfänger im Wiedererlebenskostüm groteske Parlekinaden vollführten, wird der Verein Neue freie Volksbühne nunmehr das Problem zu lösen beflissen sein, welches Volkstheater heißt, das der allein alle freieren Meister Kulturarbeit erwarten. Die Innenräume sind lichtfröhlich und zweckmäßig als vordem gestaltet worden. Dierdon hat sich bei der Eröffnungsvorstellung am letzten Donnerstag auch die Polizeibehörde überzeugen können, die in Gestalt von einem Deutnant, einem Wachmeister nebst mehreren Schupkeuren erschienen war. Die erste Wochentag-Abendvorstellung brachte Jüdens Schauspiel: Die Stützen der Gesellschaft. Daß die Darstellung alle Bedingungen erfüllte, welche Jüdensche Stücke nun doch als unumgänglich fordern, läßt sich schlechterdings nicht behaupten. Sie beanspruchen Stil und noch einmal Stil. Bei dem berühmten Winkler pflegen alle Gestalten, ihre Geschichte, ihre wüchlichen Unterhandlungen sich auf der messerscharfen Grenzschiede weißpöller Tragik zu bewegen, aus der wir den Hauch des Erstickenden empfangen. Ein paar Töne zu tief gesprochen können da sehr leicht eine an unfreiwillige Komik freisetzende Nachwirkung erzeugen. In Elizabeth Buch konnte man sehen, wie eine Dina Dorf nicht geipelt werden soll. Josef Kleins Konsul Vernid, an sich eine sehr achtbare Leistung, war durch das Temperament eines Oesterreichers gesehen. Unter den weiblichen Rollenverkörperinnen ragte Helene Riecher als Lona durch eine natürliche, lebenswahre Bieder-gabe hervor. Ihr stand am nächsten Maria Mayer (Martha Vernid). Dann mögen noch die Herren Emil Rameau (Rode-lund), Maximilian Gladel (Rune) und Hans Dohrow (Krap) genannt sein.

Modernes Theater: „Die Wespe“, Komödie von André Picard, deutsch von Lothar. Das frühere Hebeltheater, in dem Hebel selbst niemals zu Wort gekommen ist,

Selbstverständlich muß eine große Bewegung wie die unsere versuchen, einheitliche Richtlinien für ihren Vormarsch durch Beschlüsse festzulegen. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß solche Beschlüsse durch die nachfolgende Praxis korrigiert werden, sobald sich ergibt, daß ihre strikte Befolgung unsere Sache nicht fördern, sondern schädigen würde. Die Durchführung der politischen und wirtschaftlichen Emanzipation der Arbeiterschaft — das ist das höchste Prinzip, das höchste Gebot aller unserer parlamentarischen und sonstigen Praxis. Steht sich in einer gegebenen Situation heraus, daß irgendein Beschluß irgendeiner Parteiinstanz in Widerspruch mit diesem höchsten Prinzip steht, so muß er durchbrochen werden.

Aber was soll entscheiden, ob dieser Fall gegeben ist? — wird da von den Verehrern der Disziplin um jeden Preis eingeworfen. Das darf doch nur die höhere Parteiinstanz, nur der Parteitag für Parteitagbeschlüsse. Dürfte es der einzelne oder eine kleine Gruppe, eine Gemeinde- oder Landesvertretung, so wäre ja der Verwirrung, der Disziplinlosigkeit Tor und Tür geöffnet. Die Betroffenen mögen — so befehlt man uns weiter —, wenn sie einen Beschluß für schädlich halten, seine Aufhebung auf ordnungsmäßigem Wege betreiben. Aber solange er besteht, solange müssen sie ihn befolgen. So verlangt es die demokratische Disziplin!

Diese Argumentation ist sinnlos, weil sie in der Praxis undurchführbares verlangt. In den meisten Fällen liegen die Dinge so, daß rasch gehandelt werden muß. Es ist gar keine Möglichkeit da, erst den Parteitag abzuwarten. Wer aber den zur betreffenden Aktion berufenen Parteigenossen zumutet, dem formalen Beschluß zu Ehren etwas zu tun, was nach ihrer innersten Überzeugung eine Schädigung der Sache, die sie zu vertreten haben, bedeutet, der beweist damit nur, daß er ein formalistischer Doktrinär ist, in dem von wahren demokratischen Empfinden nicht lebt. Die Disziplin im Sinne blinder Befolgung einmal gegebener Befehle ist nicht das Prinzip der Demokratie, das ist vielmehr das Prinzip des Absolutismus. Der verlangt einfach, daß der Mann gehorcht, ohne die Folge der Handlung selbst zu prüfen. Der Beschluß der oberen Instanz nimmt der unteren Instanz die Pflicht der eigenen Beurteilung und die Last der Verantwortung ab. Der Untergeordnete hat nichts zu sein als ein exakt funktionierendes Werkzeug des Übergeordneten. Das ist Kadavergehorsam, einerlei, ob diese höhere Instanz ein Monarch oder ein Parlament oder ein Parteitag ist. Man sollte meinen, daß nur ein preußischer Unteroffizier diese absolutistische Disziplin gleichsetzen könne mit der Disziplin der Demokratie. Die letztere nimmt dem zur Ausführung Berufenen nicht die eigene Beurteilung und Verantwortung ab. Das tut die Demokratie erstens nicht, weil sie weiß, daß die Mannhaftigkeit und der stete Fluß der Verhältnisse sich niemals

im voraus restlos übersehen und in Beschlüsse bannen läßt. Und zum zweiten tut sie das nicht, weil sie weiß, daß das selbständige Denken und das Gefühl eigener Verantwortung jedes einzelnen die höchsten Kräfte der Demokratie sind.

Dringt man von diesem Phrasenschwall zum Inhalt vor, so heißt das: Parteitagbeschlüsse können gefaßt werden, sie sind „allgemeine Richtlinien“. Ob sie ausgeführt werden können oder nicht, darüber entscheiden die „zur Aktion berufenen Parteigenossen“, also in der Praxis in den allermeisten Fällen die Parlamentarier. Sie sind die Exekutive, der Parteitag sinkt herab zu einer nur der Form nach beschließenden, in Wirklichkeit aber nur beratenden Körperschaft. Die Gesamtvertretung der Partei hat sich zu beschleiden und abzudanken vor den Beschlüssen der „zur Aktion berufenen Genossen“.

Man sieht, wodurch Gen. David das Geipen der „Sozialdespotie“ zu bannen sucht: durch die „Despotie“, der zur Aktion berufenen Genossen. Die Demokratie, wie sie Gen. David versteht, bedeutet auf der einen Seite den Absolutismus der Parlamentarier, die auf der anderen notwendigerweise nur eins bewirken würde, die Anarchie innerhalb der Partei. Es ist das alte Ideal der französischen „unabhängigen Sozialisten“, die auch nur die Verantwortung vor ihrem Gewissen und vor ihrem Wahlkreis anerkennen wollen, zu dem Gen. David flüchten muß, um den badischen Disziplinbruch zu rechtfertigen.

Aus aller Welt.

Der Schrecken von Friedberg.

Schwere Mühe hat es sich die großherzoglich heilige Polizei mit gütiger Unterstützung der russischen Spigelgarde leisten lassen, den Heienonsentheit Nikolai II. von allen irgendwie „verdächtigen“ Personen zu säubern. Im Schweiße ihres Angesichts schaffte eine Armee russischer Spigel schon wochenlang vor der Ankunft des ungenannten Gastes umher, damit kein Haar auf dem Haupte des Erbprinzen gekrümmt werde. Und der Erfolg blieb nicht aus. Nikolai der Mutige brachte es fertig, — freilich umgeben von einer Wolke von Spigeln — sich auf einer Promenadenbank in Bad Nauheim niederzusetzen. Allzu wohl scheint ihm bei dieser lähnen Tat wohl nicht zumute gewesen zu sein, denn jetzt wird von amtlicher Seite die Presse um Veröffentlichung folgender Beliebi ersucht:

Als der Zar gestern auf der Promenadenbank in Bad Nauheim saß und dort von einigen Kurgästen erkannt wurde, wurde er in einer Weise belästigt, die geradezu skandalös war. Einzelne Leute stellten sich direkt vor ihn hin, starrten ihm ins Gesicht, umringten ihn und deuteten mit den Fingern auf ihn. Mit Mühe konnte sich der Zar dieser Unannehmlichkeit entziehen. Wenn derartige Vorgänge wie gestern in Bad Nauheim sich wiederholen sollten, würde es dem Zaren künftig unmöglich gemacht werden, sich öffentlich zu zeigen und weitere Spaziergänge zu unternehmen.

Wenn für den Beteiligten auch unangenehm, so ist es doch verständlich, daß die den wohlhabenden Klassen angehörenden Kurgäste mit Fingern auf den Mann zeigen, unter dessen Mitwirkung während seiner Regierungszeit wegen freizeittlicher Anschauungen 8000 Menschen hingerichtet, 6000 zum Tode verurteilt, 75 000 verbannt und 200 000 ins Gefängnis geworfen wurden.

Die Drohung, daß der mit so ungeheurer Missetat beladene sich öffentlich nicht mehr zeigen werde, wirkt nur erheitend, ist doch die übergroße Mehrheit des Volkes froh, wenn der ihnen aufgedrängene Gast sich dauernd unsichtbar macht und nach Rußland verschwindet.

Die Cholera im Ausland.

In Budapest ist neuerdings wieder ein Cholerafall amtlich festgestellt worden. Vor einigen Tagen wurde ein Matrose von einem Donauschiff in das Budapestener Krankenhaus eingeliefert, wo er unter choleraverdächtigen Erscheinungen verstorben ist. Die bakteriologische Untersuchung der Leiche hat als Todesursache cholera asiatica ergeben. — Der Choleraherd im türkischen Vilajet Erzerum fordert andauernd neue Opfer. Am 29. und 30. August sind, wie amtlich gemeldet wird, dort 12 Cholerafälle vorgekommen, von denen acht einen tödlichen Verlauf nahmen. — Auch in den verschiedenen italienischen Provinzen hat die Cholera neue Opfer gefordert. In den letzten 24 Stunden sind in Trani drei Erkrankungen und drei Todesfälle, in Barletta zwei Erkrankungen und zwei Todesfälle, in Andria eine Erkrankung und ein Todesfall, in Molfetta drei Erkrankungen, in Canosa di Puglia ein Todesfall, in Trinitapoli zwei Erkrankungen und zwei Todesfälle und in St. Ferdinando zwei Erkrankungen und ein Todesfall festgestellt worden.

Möbelgeschäft Gottschalk & Co.

Berlin W., Alvensleben-Straße 6
an der Potsdamer Straße.

Billigste Bezugsquelle für solide Leute,
die sich die Zahlung erleichtern, aber
darum nicht teurer einkaufen wollen,
an jedem Stück deutlich der Preis!

Spezialität: Einrichtungen für kleine und mittlere Wohnungen,
für Einzelzimmer und zum Abvermieten.

□ □ □ Langjährige Garantie für gutes Aussehen und Haltbarkeit der Möbel. □ □ □

☛ Straßenbahn: No. 2, 23, 24, 59, 62, 69, 71, 72, 74, 87, 88. — Fünf Minuten vom Hochbahnhof Bülow-Straße. ☚

Zur Einsegnung!



Anzüge aus schwarzem
Kammgarn u.
Meltonstoffen

M. 21.50, 17.50, 14.50

Anzüge aus dunkelblauem
Kammgarn-
Cheviot, ein- u.
zweireihige Form.

M. 28.50, 24.50, 18.50

Anzüge aus tiel-schwarzen
la. Kammgarn- u.
Tuch-Kammgarn-
Stoffen. Pa. Vorarb.

M. 36.00, 30.50, 24.50

Anzüge zur Prüfung
aus haltbaren, mo-
dern gemusterten
Stoffen

M. 22.50, 19.00, 17.50

Nur eigene Konfektion. — Prima Robhaar-Verarbeitung.

M. Schulmeister

BERLIN SO., Dresdener Str. 4, Hochbahn-Station
Kottbuser Tor.

Ein Tip

Ist es, wenn Sie Ihren Bedarf an Herrengarderoben bei mir decken. Ich habe von einer der grösst. Herrenkleiderfabriken einen Posten enorm billig erworben und stelle diesen als besondere Gelegenheit zum Verkauf. Es ist eine

totsichere Sache

dass Sie niemals so billig u. gut kaufen können, denn jedes Stück ist ein äusserst günstiger Gelegenheitskauf.

Jackett-Anzüge 9, 11, 14, 17, 21, 24 — 50
Herr.-Paletots u. Ullster 775 1100 1400 1750 — 4800
Hosen u. Phantasiewesten 195 250 325 450

Ein Posten Konfirmanden-Anzüge extra billig.
Ein Posten Kellner-Anzüge extra billig

Streng reelles Geschäft! — Feste Preise! Ein Versuch sichert mir Ihre dauernde Kundschaft und Sie sparen

viel Geld!

August Pietsch G. m. b. H.

Berlin, Rosenthalerstr. 9, Ecke Auguststr. 12a

Achten Sie genau auf Firma und Hausnummer!

Stioners Nähmaschinen ohne An-
zahlung, gebrauchte Spotblättel, Eke-
berstraße 99, Tharischerstraße 67.
Stinwaschfässer, Boder, Eke-
mannen, Babemann. Spezialfabrik
Bienenstraße 12. Reform 5 Proq.

Total-Auflösung!

Wegen vollständiger

Geschäfts-Aufgabe

unseres seit Jahren bestehenden Spezial-Hauses sollen die Riesen-
Vorräte, bestehend in:
Teppichen, Gardinen, Portieren, Diwan-, Tisch- und
Steppdecken etc.,

schleunigst geräumt werden, und die Preise
33¹/₃ bis 50⁰/₁₀₀ herab-
gesetzt.

Salten günstiger Gelegenheitskauf für
die neue Wohnung.

Teppichhaus Adler

Königstr. 20-21, an der Judenstraße.

Zum Reichtum der erste Schritt

ist sorgfältige und passende Sparamkeit. Dieses
erreichen Sie dadurch und legen viel Geld zurück,
wenn Sie Ihren Bedarf an Kleidungsstücken im Kauf-
haus für Monatsgarderoben Große Frank-
furter Str. 93 decken. — Für billiges Geld können
Sie sich dort schick und elegant einkleiden, denn wir
verkaufen von Millionären, Doktoren, Reisenden sowie
feinsten Kavaliern nur wenig getragene, in den ersten
Weltkriegen Deutschlands und des Auslandes, teils
sogar auf Seide gearbeitete, an Stoff und Haltbarkeit
unübertroffene

	Serie I	Serie II	Serie III
Maß-Anzüge	8 M.	14 M.	18 M.
Maß-Paletots	6 M.	12 M.	16 M.

Gesellschafts-Anzüge werden billigt verliehen.

Kaufhaus für Monatsgarderoben
nur Gr. Frankfurter Straße 93. nur

Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.
Streng reelles Geschäft. Keine Fiktalen am Plage.
Abteilung II Neue Garderoben.

nur Große Frankfurter Str. 93.

Kautabake — 5 Pfg.-Rollen

der Firma
Fischer & Herwig, Hann. Münden.
Erstklassiges Fabrikat.

Hauptniederlage:
Max Ziegenhals, Berlin NO., Neue Königstr. 70
Amt VII, 3047. 2931.

Oberbrucher Fettgänse, täglich frisch, Gänse-Artikel als Gänsefleisch, Keulen (frisch und gepöfelt), Gänsefemal, ufo.

Prima Schmal- und Salamimbrot, a. Bd. 1, 20 St. empfiehlt
Herrmann Leißner, 99/10
BERLIN C.,
Klosterstr. 95, Eckhaus Kaiser-Wilhelm-Str. II.

Theater und Vergnügungen

Sonnabend, 3. September.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues König. Opern-Theater.
Manfred.
Anfang 8 Uhr.

Deutsches. Simon und Destina.
Kammerstücke. Der Graf von Gleichen.
Anfang 8 Uhr.

Leipzig. Kontis der Narr.
Berliner. Musikantenmädel.
Komische Oper. Der Arzt wider Willen.

Kleines. Lügenzug.
Neues. Das gewisse Etwas.
Reisens. Gretchen.

Neues Schauspielhaus. Naffes.
Reisens. Die geschiedene Frau.
Thalia. Politische Wirklichkeit.

Schiller O. (Schiller-Theater.)
Wallensteins Lager. Die Piccolomini.

Schiller-Charlottenburg. Kabale und Liebe.

Berliner Volksooper. Der Flieger.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)

Luisen. Egmont.
Seddel. Die Wespe.

Neues Operetten. Der Graf von Luxemburg.

Lustspielhaus. Das Leutnantsmündel.

Herrnsfeld. Die Welt geht unter.
Wenn zwei dasselbe tun.
Noie. Ein schillerer Fall.
Trianon. Pariser Witwen.
Folies Caprice. Der schwarze Schimmel. — Das alte Ghetto.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)

Friedrich-Wilhelmstädtisches. Biederleute.

Puhlmann. Verbotene Wege. (Anfang der Spezialitäten 7 1/2 Uhr.)

Metropol. Pollok II — Die große Revue.

Kajino. Der schnelle Rudolf.
Upsilon. Spezialitäten.

Wassage. Spezialitäten.

Reichshallen. Stettiner Sänger.

Waldhalla. Spezialitäten.

Wintergarten. Spezialitäten.

Kari Haberland. Spezialitäten.

Prater. Schimmel.

Boigt. Die schöne Klosterbäuerin.

Blaz Kitem. Spezialitäten.

Volkegarten. Hofen aus dem Süden.

Urania. Tauentzstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Die Weltausstellung in Brüssel.

Eternwarte. Invalidenstr. 57—62.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Tauentzstraße 48/49.
Heute abend 8 Uhr:
Die Weltausstellung in Brüssel.

Apollo Theater
8 Uhr: Die neuen Spezialitäten.
9 1/2 Uhr:
Verbotene Frucht.
Komödie in 1 Akt v. Michael Provins.
Annie Vera — Ludwig Mertens a. G.
(In Hamburg seit 5 Monaten vor
außerordentlichen Häusern u. Stadtgep.)
Bermer 8 weitere für Berlin voll-
ständig neue Attraktionen.

Metropol-Theater

Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szene
gesetzt vom Dir. Rich. Schultze.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.



Das
Eröffnungsprogr.
U. a.:

Morris
und
Leona
das vollendete Tänzerpaar
als
Pariser
Apachen.

Herrnsfeld Theater

Die größten Schlager
der letzten Saison:
Wenn zwei dasselbe tun
und **Das starke Stück**
mit Anton und Donat Herrnsfeld.
Vorverkauf 11—2 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Sonntag, 4. Sept., nachm. 4 Uhr:
Wenn zwei dasselbe tun.

Passage-Theater.

Eröffnung der
Winter-Saison!
Claire Waldoff
mit neuen Schlagern
von Walter Kollo.
**Collins 10 eng-
lisch. Backfische.**
George Barrington.
Fiv Pawels Exc. Skolch.
12 Varietè - Starnummern.

Passage-Panoptikum.

Bodhas dunkles Geheimnis.
**Der Mann mit dem
eisernen Schlund!**
Von 4—7 Uhr
Vitaskop-Theater
Aguanoptikum
Experiment aus der 4. Dimension.
Alles ohne Extra-Entree!

Stadt-Theater Moabit

Alt-Moabit 47/49.
Täglich:
**Konzert, Theater,
Spezialitäten.**

Casino-Theater

Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Die uralte Volks-
Der Schneidige Rudolf.
Rudolf Wimpelmann: Dir. O. Berg.
Vorher das glänzende Bunte Progr.
Nur Attraktionen ersten Ranges.
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der Hochmutstoufel.

Walhalla- Variete-Theater

Weinbergweg 19-20, Rosenthal-Tor.
Anfang 8 1/2 Uhr.
**Die amüsanten
Spezialitäten.**

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.)
Gottscheld-Oper.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Wallensteins Lager. Die Piccolomini
von Friedrich Schiller. Ende 10 1/2 Uhr.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Bibliothekar.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Wallensteins Tod.
Montag, abends 8 Uhr:
Die Liebe wacht.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Sonnabend, abends 8 Uhr:
Kabale und Liebe.
Bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten
von Friedrich Schiller.
Ende 10 1/2 Uhr.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Egmont.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Bibliothekar.
Montag, abends 8 Uhr:
Bresters Millionen.

Brauerei Friedrichshain

Am Königsfor.
Heute Sonnabend:
Ein Sommerfest auf der Alm.
Gastspiel der Münchener Oberländer-Kapelle.
Große humoristische Post-Aufführungen etc.
Anfang 7 Uhr. Entree 25 Pf.

Morgen Sonntag:
Sonntag auf der Alm arrangiert vom
Zentralverband der Handlungsgehilfen u. Gehilfinnen
Deutschlands. — Original-Aufführungen. Belustigungen jeglicher Art.
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

Castans Panoptikum Friedrichstraße 165
(Pschorpalast).
Größtes Schau-Etablissement Berlins.
Großes Künstler-Konzert.
Täglich geöffnet von 9 Uhr vorm. bis 10 Uhr abends.
Eintritt 50 Pf. Mil. ohne Charge u. Kinder 25 Pf.

Sung-Park

**TERRASSEN
HALENSEE**
Größter Vergnügungspark
des Kontinents.
Sensationelle Attraktionen. Translateur- und Militär-
Kapellen, Oberbayerische Sänger und Schuhplattler.

Neu! Tanagra, das achte
Weltwunder.
Sensationelle Attraktionen
Translateur- und Franzer-Konzert.
Oberbayerische Sänger u. Schuhplattler.
Heute: **Elitetag**
Zweites Sommerfest des
Erekschen Männergesangsvereins
Stellv. Chorm. Lehrer Robert Richter.
Passagierfahrt des Ballons
„Carola“ unt. persönl. Führung der berühmten Luftschifferin
Käte Paulus.
3 Kapellen.

Reederei Nobiling

Tägliche Extrafahrten
9 Uhr früh } nach Berliner Schweiz, Gosener Berge.
2 1/2 Uhr mitt. } der Woltersd. Schleuse. (Jeden Mittwoch) nach Neue Mühle.
Täglich (nach Woltersd. Schleuse. u. Sonnabend 2 1/2 Uhr) nach Neue Mühle.
Hin u. zur. nur 50 Rind. 25 Pf. vorm. 7 1/2 Uhr. Sonntag 80 Rind. 40 Pf.
Abfahrtsstelle: Jannowitzbrücke vom Restaurant Schutzhelb.
Morgen Sonntag mit Nacht
9 Uhr } nach Berl. Schweiz, 8 1/2 Uhr } nach Woltersdorf. Schleuse.
2 1/2 Uhr } der Berliner Schweiz. Hin und zurück 80 Pf., Kinder 40 Pf.
Gödenfener und Alpenfahrten. } nur
Abfahrtsstelle
Schillingsbrücke
am Schleichen Bahnhof. 6785
Morgen Sonntag
frü 8—9 Uhr, nach Woltersdorf. Schleuse. Hin u. zurück 75 Pf.
mittags 2 Uhr, nach Woltersdorf. Schleuse. Einfache Fahrt 50 Pf.
Von der Michaelbrücke. Heute, Sonnabend,
frü 8—9 Uhr, nach Woltersdorf. Schleuse. Hin u. zurück 75 Pf.
mittags 2 Uhr, nach Woltersdorf. Schleuse. Einfache Fahrt 50 Pf.

Sanssouci

am Kottbuser Tor.
Nu hai's geschnappi
von Oskar Sabo.
Musik von Paul Lincke.
Vorher: **Das große Varietè-
Eröffnungs-Programm.**

Puhlmanns Theater

Schönb. A. 148 — Kastanien-A. 67/69.
Abends 8 Uhr:
Verbotene Wege.
Familienbilder aus dem Volkstheben.
Programmwechsel.
Die neuesten Spezialitäten.
Anfang des Konzerts 7 1/2 Uhr.
der Vorstellung 7 5/8 Uhr.
Entree 20—60 Pf.

Königstadt-Kasino.

Solgarmarkt, 72, Ost-Magistratstraße.
Biederstraßen von
Franz Sobanski.
Dazu das anderletzte Sept.-Progr.
Der Herr Bankier.
Volksstück in 1 Akt von Max Venther.

Volksgarten-Theater

früher Weimann.
Badstr. 8, Behm- u. Bellermannstraße.
Täglich:
Rosen aus dem Süden.
Poffe mit Gesang und Tanz
von W. Gehrdt.
Spezialitäten ersten Ranges usw.

Karl Haverland- Theater

Anfang 7 1/2 Uhr.
77/79 Kommandantenstraße 77/79.
Das wunder schöne
Eröffnungs-Programm.

Gr. Berliner Kunstausstellung 1910

30. April bis 2. Oktober.
Am Park täglich Doppel-Konzert.
Eintritt: 10—6 Uhr 1 M., v. 6 Uhr ab
50 Pf., Sonntags 60 Pf., Dauer: 6 M.

Täglich:
**Großes Militär-
Doppel-Konzert**
Eintritt 1 Mark,
von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder
unter zehn Jahren die Hälfte.

Ausstellungshallen am Zoo

Riesen-Kinematograph.
6—11 Uhr.
Rauchen überall gestattet
Heute neues Programm.

Circus Gymnastik

**Pankow, Berliner
Straße**
Ecke Hinzstraße,
nächst Schönhäuser Allee.

Sonnabend, 3. September,
abends 8 1/2 Uhr:

Großer Gala-Sportabend

mit neuen Dressuren.
Fernruf:
A. Pankow 421

Volks-Theater

Rixdorf, Hermannstr. 20.
Sonntag, den 4. September:
Die Kanonentölnin.
Schwan in 3 Akten von Rich. Wang.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Montag, den 5. September:
Der tolle Rittermeister,
Militär-drama in 3 Akten von
Dr. Edm. Stiefelbauer. Anf. 8 1/2 Uhr.

Max Kliems Sommertheater

und Festsäle.
Inh.: **Rudolf Krüger.**
Hasenheide 13/15, vis-à-vis v. Turnpl.
Täglich:
**Große Theater- u. Spezialitäten-
Vorstellung.**

Artist. Leitung: Walter Grävonitz,
Kapellmeister: Max Wolfheim.
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag!**
Anfang: Wochent. 6 Uhr, Sonnt. 7 1/2 Uhr.

Burgtheater-Kinematograph

norm. Groterjan, Inhab.: Rud. Merz,
Schönhäuser Allee 120. Tel. 3. 9353.
Lebende Photographien.
Während der Sommermonate nur
Sonnabend, Sonntag u. Montag.
Eintritt 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.
Anf. 7 1/2 Uhr. Sonnt. 4 U. Vorzugskarten,
nur wochent. gültig, 25 Pf. auf allen
Plätzen. Stets wech. Progr. Jed.
Sonnt. i. Oberjahl: Künstlerkonzert.
Entree 15 Pf. Garbender 10 Pf.
N. d. Konzert: Familien-Kränzchen.
Täglich: Freiluftkonzert.

Voigt-Theater

Gesundbrunnen Badstr. 58.
Sonnabend, den 3. September 1910:
Doppel-Vorstellung des ge-
samten Schauspielpersonals.
Nur einmalige Aufführung:
Die schöne Klosterbäuerin.
Original-Charakterbild a. d. Hochland.
Das gr. September-Programm.
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.
Montag, 5. Sept.: Anf. d. Winterfah.

Folies Caprice.

Täglich 8 1/2 Uhr:
Der schwarze Schimmel.
Bunter Teil:
Das alte Ghetto.
Vorverkauf 11—2, abends ab 6 Uhr.

Berliner Prater-Theater

Kastanienallee 7—9.
Gr. Kinder-Freuden-Fest.
Der Bettelstudent von Berlin.
Spezialitäten, Konzert und Ball.
Anf. 4 Uhr. Entree 30 Pf., Kinder
15 Pf., wofür freies und Stod-
laterne gratis.

Berliner Ulk-Trio.

Felix Scheuer Stralsunderstr. 1

Berliner Volksooper.

Seite 7, 9 Uhr:
Gastspiel des Neuen Schauspielhauses:
Der Flieger.

Modernes Theater

(früher Hobbeltheater).
Seite u. täglich: **Die Wespe.**

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger
(Meysel, Britton,
Schradler usw.)
Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.

Moabiter Gesellschaftshaus

Wielestr. 24, Emdener Str. 40.
Größtes
Kientopp-Theater
Moabits.
Wöchentlich, zweimal neues Programm.
Täglich Vorstellung. Anfang 6 Uhr.

Trianon-Theater.

Seite u. folgende Tage (Anf. 8 Uhr)
Pariser Witwen.

Vereins- Brauerei

Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich: **Gr. Militär-Konzert.**
Anfang wochentags 7 Uhr.
Sonntags 4 Uhr.

Spree-Garten Treptow.

Heute Sonnabend:
Nachmittags:
Kaffee-Frei-Konzert
Abends:
Militär-Konzert
Kap. d. 5. Garde-Grenad.-Reg.
Kgl. Obermusikmeister Kneifel.
Anfang 6 Uhr. Entree 15 Pf.

Nible's Fest-Säle

Dennewitzstraße 13.
Jeden Donnerstag, Sonnabend
und Sonntag: **Großer Ball.**
C. NIBLE.

Los nur 1/2 Mark!

Ziehung am 7. Sept. 1910
**Schneidemöbler
Automobil- u. Pferde-
Lotterie**
3103 Gewinne i. W. v. zus. M.
100000
Hauptgew. 1 Automobil i. W. v. M.

15000
10000
5000
3000
2000
4 komplett bespannte vier-
radl. und einspannige
Equipagen in W. von M.

11 Lose aus
vorsehnd.
Tausenden
Lose à 50 Pf., extra durch
das General-Dobit

H. C. Krüger

Berlin W 8, Friedrichstr. 193a
sowie alle durch Plakate
kenntlich. Verkaufsstell.

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Sommer noch **Nichelswerder,**
an der neuen **beim Alten Freund.**
Oderstraße

Aus der Partei.

Zum Parteitag.

Der erste württembergische Wahlkreis (Stuttg.) hat seine Delegiertenwahl zum Parteitag durch Wahlstimmung vorgenommen, an der sich aber nicht einmal ein Viertel der Mitglieder beteiligten.

Eine Anerkennung sozialdemokratischer Bildungsarbeit enthält das von dem Zentrumsstandpunkte stehende Pflanzblatt...

Auch die Tätigkeit der Sozialdemokratie verdient hohe Anerkennung, vor allem deswegen, weil sie unerschrocken und zielbewusst dort ansetzt, wo sich das Meiste erreichen läßt.

Auch in anderer Beziehung können wir hier lernen. So liefert die Münchener Parteibuchhandlung Arbeiterbibliotheken nach freier Wahl gegen Teilzahlung...

Da gerade jetzt die im Parteivorstandsbericht an den Magdeburger Parteitag enthaltenen Angaben über die sozialdemokratische Bildungsarbeit auch in Zentrumsblättern möglichst zu verkleinern gesucht wird...

Vom Fortschritt der Parteipresse.

Die „Oberfr. Volkszeitung“ in Hof hat so gute Fortschritte gemacht, daß sie endlich dazu übergehen konnte, einen schon lange gehegten Wunsch der dortigen Genossen zu erfüllen.

Aus aller Welt.

Dem ein Recht zum — Sterben, Lump...

Ein Dortmunder Bürger hatte einen Arzt konsultiert und dafür sofort 8 Mark bezahlt. Später belam der Mann trotz der Bezahlung vom „Arztlichen Verein“ eine Rechnung über die Summe...

Der „Arztliche Verein in Dortmund“ führt zur Information seiner Mitglieder eine Liste. Schwärze Liste sämiger und böswilliger Schuldner. Falls Sie eine Aufnahme Ihres Namens in diese Liste noch rechtzeitig vermeiden wollen...

Wenig werdender ärztlicher Hilfe zur Folge hat, selbst anzuschreiben.

Geschäftsstelle des Arztl. Vereins in Dortmund. Auch abgesehen von dem Irrtum ist das Schreiben sehr charakteristisch. Terrorismus üben bekanntlich nur die — Sozialdemokraten.

Blinder Eifer schadet nur.

Das Weisliche in ihrem heiligen Eifer, die Sozialdemokratie zu bekämpfen und die Schäfchen wieder in den Schoß der Kirche zurückzuführen, oft das Gegenteil dessen erreichen, was sie bezwecken, beweist folgendes Vorkommnis: Ein Berliner Arbeiter hatte gelegentlich eines Besuchs in seiner Heimat Angerburg in Ostpreußen das Bedürfnis, die Kirche, in der er getauft und konfirmiert worden, zu besuchen.

Verschwendung öffentlicher Gelder.

Der österreichische Minister Graf Lehrenthal ist in Bad Ischl mit dem italienischen Minister des Aeußeren Marquis di San Giuliano zusammengetroffen. Manche Blätter ahnen große Dinge, die in der Besprechung der beiden Herren verhandelt sein sollen.

Kleine Notizen.

Internationale Diebstahlsbande. Die in Köln vor einigen Tagen in einer Fandelsche verhafteten drei Personen haben eingestanden, in zehn Fällen, und zwar in Frankfurt, Kassel, Hamburg, Berlin, Raumburg, Erfurt, Wien und Prag, Einbrüche verübt zu haben.

Die Rettungsboote des Dampfers haben die gesamten 92 Passagiere auf der Insel gelandet.

Ein schwerer Automobilunfall wird aus Ramur gemeldet: Bei Lantenne rannte ein Automobil in einen Graben, wobei sich der Wagen überschlug.

Der Brand des Karersee-Hotels in Innsbruck hat, wie erst jetzt bei den Abräumungsarbeiten entdeckt wurde, ein Menschenleben gefordert.

Unwetter in Ungarn. In mehreren Bezirken des Klausenburger Komitats sind vergangene Nacht heftige Regengüsse niedergegangen, welche überall großen Schaden angerichtet hatten.

Waldbrand. Einer Rigaer Meldung zufolge ist in den Forsten von St. Sauveur gestern Abend ein Brand ausgebrochen, der rasch um sich griff.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr nachmittags statt.

Nr. 57. Wette. Rein. — H. S. 100. Friedenau. Das Betreten des Hauses zum Zwecke des Belüftens eines Dritten ist kein Hausfriedensbruch. — Unfall T. 1 bis 3. Ein solcher Bescheld empfiehlt sich nicht.

Witterungsüberblick vom 2. September 1910, morgens 8 Uhr.

Table with 12 columns: Stationen, Barometerstand mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. d. d., Stationen, Barometerstand mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. d. d.

Wetterprognose für Sonnabend, den 3. September 1910. Nimmlich kühl, vorwiegend trübe mit fehlenden Regenschauern und mäßigen nordwestlichen Winden.

F J u R B !!!

das ist das grosse Waren-Kredithaus

Felix Jacob

vormal's Robert Blumenreich

befindet sich seit heute nicht mehr Gr. Frankfurter Str., sondern einzig und allein

nur Neue König-Str. 43 Ecke Alte Schützen-Strasse

1/2 Minute vom Alexanderplatz

dicht hinterm Grand-Hotel

Die alten Räume genügten nicht mehr dem zahlreichen Zuspruche des verehrten Publikums, und gestatte mir hiermit öffentlich, demselben meinen verbindlichsten Dank zu sagen.

Neue König-Str. 43 Ecke Alte Schützen-Strasse

Jedermann erhält Kredit Ich führe Damen-, Herren- u. Kinder-Garderoben, Pelz-Stolas u. Muffen, Teppiche, Gardinen Steppdecken, Portieren, Dekorationen, Kleiderstoffe, Manufaktur- und Weisswaren Jedermann erhält Kredit

Komplette Wohnungseinrichtungen

in jeder Holz- und Stilart. Möbel und Polsterwaren. Uhren. Spiegel. Sport- und Kinderwagen etc.

Die Auswahl ist geradezu verblüffend! Die Preise normale! Die Bedingungen sind sehr leicht erfüllbare!

Als ganz besondere Attraktion verabfolge ich gratis allen neuen Einkäufern in der Zeit vom 3. bis 15. September d. J. ein ganzes Los der Aachener Münst. Lotterie, Zieh bereits a. 20. Sept., wodurch ein jeder die Chance hat, bare 100,000 M. zu gewinnen

Ihrem Genossen 6635
Albert Schmidt nebst Frau
 wünschen viel Glück zur Be-
 mählung
 Die Genossen
 des 70. und 71. Bezirks.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeigen.
 Dem Kollegen zur Nachricht, daß
 unser Mitglied, der Arbeiter
Wilhelm König
 am 30. August infolge Unfalls
 gestorben ist.
 Die Beerdigung findet heute
 Sonnabend, den 3. September,
 nachmittags 3 1/2 Uhr, von der
 Leichenhalle des Friedrichs-
 Hofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
 Ferner starb am 31. August
 an Brechdurchfall unser Mitglied,
 der Arbeiter
Paul Friedrich.
 Die Beerdigung findet heute
 Sonnabend, den 3. September,
 nachmittags 4 1/2 Uhr, von der
 Leichenhalle des Geflügel-
 Reichshofes in Nieder-Schönhausen-
 Nordend aus statt.
 Ehre ihrem Andenken!
 Regere Beteiligung erwartet
 121/4 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Kollege, der Arbeiter
Gustav Werdermann
 am 31. d. M. im Alter von
 51 Jahren verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Montag, den 5. d. M., nach-
 mittags 5 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Zentral-Friedhofes in
 Friedrichsfelde aus statt. 71/13
 Die Bezirksverwaltung.

Gesangverein Lichtenberger Männerchor.
 Unseren Mitgliedern zur Nach-
 richt, daß unser Sangesbruder
Bernhard Lange
 gestorben ist.
 Die Beerdigung findet heute,
 Sonnabend, den 3. September,
 nachmittags 5 1/2 Uhr, von der
 Leichenhalle in der Sonnenstraße
 aus statt. 6816
 Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse der Buchbinder und verw. Gewerbe zu Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß die in der Generalversammlung
 vom 26. April d. J. beschlossene
 Statutenänderung genehmigt ist.
 Hierdurch erhöhen sich die täg-
 lichen Unterstützungssätze für er-
 krankte Mitglieder für die 277/8
 Klasse A auf 2,60 M.
 . I . 2,10 .
 . II . 1,75 .
 . III . 1,40 .
 . IV . 0,87 .
 . V . 0,58 .
 Die bisher bestehenden Beitrags-
 sätze bleiben dieselben.
 Vorstehende Statutenänderung tritt
 mit Montag, den 5. September 1910
 in Kraft.
 Der Vorstand.
Bernh. Jost, Vorsitzender.
K. Göttermann, Schriftführer.
 NB.: Die Beiträge zum Statut
 können im Kassierbüro in Empfang
 genommen werden.

CHARLOTTENBURG &
 Uhren und Goldwaren
 F. Stabenow, Berlinerstr. 146

1 Mark
 wöchentliche
 Teilzahlungen
 liefert elegante
 fertige
**Herren-
 Garderoben**
 Ersatz für Maß.
 Anfert. n. Maß.
 Tadellos Ausf.
Julius Fabian
 Schneidermstr.
 Große Frank-
 furterstr. 37 II
 Eingang Straus-
 burger Platz.
 II. Geschäft:
 Turmstr. 18
 nur erste Etage,
 kein Laden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
 Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 2. Hof III. Amt 3, 1987.
Sonntag, den 4. September 1910, vormittags 9 1/2 Uhr,
 in Kellers Festhale, Koppenstr. 29:
Mitgliederversammlung der Klempner.
 Tages-Ordnung:
 1. Stellungnahme zu dem in der letzten Versammlung ge-
 faßten Beschluß. 121/3
 2. Distiktion.
 Die Vertrauensleute treffen sich eine Stunde früher in
 obigem Lokal.
 In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen
 eines jeder Kollegen notwendig. Die Ortsverwaltung.

Gemeinsame Orts-Krankenkasse für Nowawes und Umgegend.
 Am Montag, den 19. September, abends 8 1/2 Uhr, findet im
 Lokale des Herrn Max Singer, Priesterstraße 31, eine
außerord. Generalversammlung
 statt, wozu wir die gewählten Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer
 ergebenst einladen. 277/9
 Tagesordnung:
 1. Statutenänderung zum 13. Nachtrag. 2. Geschäftliche Mitteilungen.
 3. Bericht vom Kongreß in Regensburg. 4. Verschiedenes.
 Anträge hierzu sind bis zum 9. September beim Vorsitzenden einzu-
 reichen.
 Der Vorstand.
 Karl Wilk, Schriftführer. Waldemar Korsten, Vorsitzender.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Verwaltung Berlin.
Sonntag, den 4. September, pünktlich mittags 12 Uhr, in den
 Andreas-Festhale, Hindenburgstr. 21:
Versammlung der Kistenmacher.
 89/3 Die Branchenleitung.

Sie kaufen auf Kredit am vorteilhaftesten nur bei

M. Glogau
 Alte Jakobstraße 73
 I., II., III., IV., V., VI. Etage.

1 kleine Einrichtung 1 Schlafzimmer und Küche

Anzahlung **10-12** Mark Anzahlung **15-20** Mark

1 Bettstelle m. Matratze 2 komplette Betten, 1 Sofa,
 1 Kleiderschrank 1 Kleiderspind, 1 Tisch,
 1 Tisch, 2 Stühle 4 Stühle, 1 Waschtabelle
 1 Spiegel, 1 Sofa 1 kompl. Küche

Große Versand-Abteilung.

Möbel auf Kredit

1 kompl. Wohnzimmer
 von 300 bis 500 M. nach eigener Wahl
 Anzahlung 30 bis 40 Mark.

Herren- und Damen-Konfektion

Anzüge □ Paletots	Damen-Kostüme
24, 30, 36 Mark Anzahl. 5 M.	in jeder Preislage Anzahlung von 8 M.
38, 42, 46 Mark Anzahl. 8 M.	Jackets u. Paletots Anzahlung von 5 M.
50, 54, 60 Mark Anzahl. 10 M.	Röcke und Blusen Anzahlung von 3 M.

Anfertigung nach Maß in kürzester Zeit!

Knaben- und Mädchen-Konfektion
 in reiziger Auswahl

Schuhwaren
 für Herren, Damen und Kinder.

Möbel-Lechner
 am Rosen- Brunnenstraße 7 am Rosen-
 thaler Tor. Laden. 20 thaler Tor.

Wohnungs-Einrichtungen auf Kredit
 Anzahlung von 15 M. an, einzelne Möbelstücke von 5 M. an.
 Sonntags von 8-10 und 12-3 Uhr geöffnet.
 Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben.
 Liefere auch nach auswärts.

Einheitspreis für
 Damen und Herren M. 12,50
 Luxus-Ausführung M. 16,50
 Fordern Sie Musterbuch V



Salamander
 Schuhen, m. d. H., Berlin

Zentrale: W 8, Friedrich-Strasse 182

C. König-Strasse 47
 SW. Friedrich-Strasse 221
 C. Rosenthaler Tor
 W. Potsdamer Strasse 5
 NW. Wilmacker Strasse
 Ecke Turm-Strasse 9
 W. Tauentzien-Strasse 15
 N. Bad-Strasse 20
 Spandau, Breite Strasse 30
 Steglitz, Schloss-Strasse 20




Schneiderei für elegante Herren-Moden

Fertig und nach
 Mass. - Garan-
 tie für tadellosen
 Sitz und beste
 Verarbeitung. Auf

Teilzahlung
 Wochenrate von
1 Mk. an.
J. Kurzberg
 Rosenthalerstr. 40
 direkt am Hacke-
 schen Markt, im
 Laden u. I. Etage.



Zentralhaus mod. Herrenbekleidung

Neue Friedrichstr. 35
 neben Zentral-Bauhalle
 liefert an jedermann elegante
Herren-Garderoben

fertig und nach Maß unter Garan-
 tie für tadellosen Sitz gegen
 wöchentlich Teilzahlung von 1 M. an.
 Auf Wunsch Besuch des Kleiderschneiders
 mit neuesten Stoffmustern.
 Sonntag geöffnet.



Photographie
J. Fuchs

Meine Filialen sind nur:

Berlin
 Friedrichstraße 108
 Friedrichstraße 138
 Königstraße 52
 Rosenthaler Straße 72a

Schöneberg
 Hauptstraße 19

Rixdorf
 Bergstraße 151-152
 (Passage-Neubau) Fahrstuhl

Bitte zu beachten:
 In Charlottenburg unterhalte
 ich
 keine Filiale.

Umsonst
 gebe ich jedem
 von Sonntag, den 4. September,
 bis Sonntag, den 11. September inkl.

eine
Bromsilber-Vergrößerung
 Schwarzmalerei
Größe 42 x 50 cm mit eleganter Aufmachung,
 der sich in dieser Zeit eine Aufnahme bestellt.

12 Visitt glänzend 1.50	12 Visitt matt 4.00
12 Kabinett 4.50	12 Kabinett matt 8.00

Gruppen- und Kinder-Aufnahmen entsprechend billig.

Geöffnet von 9-7 Uhr.

Man achte genau auf die Größe meiner diesjährigen Gratis-Bilder.

Schuh-Sport

Unsere Stiefel
Marke „Propago“
 erregen Aufsehen!
 Ueberraschen in Formen
 und
 Aufmachungen!



Einheitspreis
 für Damen u. Herren

6⁷⁵

48 Andreasstr. 48

Beachten Sie, bitte,
 unsere Schaufenster!

Neu eröffnet!

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Am Sonntag, den 4. September, findet in den Gesamträumen der... (text continues)

Zentral-Wahlverein für Teltow-Beetzow-Charlottenburg.

Mitteilungen, soweit dieselben die Agitation und Organisationsfragen betreffen, bitten wir an den Schriftführer... (text continues)

Friedrichshagen. Am Mittwoch, den 7. September.

abends 8 1/2 Uhr, findet bei Witwe Kerde, Friedrichstr. 112, eine... (text continues)

Des Weiteren findet am Sonntag, den 4. September, ein

Familienausflug nach Restaurant Nabenstein statt. Treffpunkt... (text continues)

Brieftasche. Die Bibliothek ist wieder eröffnet.

Der regelmäßige Bücherwechsel findet jeden Sonnabend... (text continues)

Reinickendorf-Ost. Eine Flugblattverbreitung zu dem

am Dienstagabend im „Schützenhaus“ stattfindenden... (text continues)

Varßigwalde-Wittenau. Heute Sonnabend, den 3. September.

abends 7 Uhr: Handzettelverbreitung. — Am Sonntag... (text continues)

Nieder-Schönhausen-Nordend. Sonntag, den 4. September.

früh 8 Uhr, findet eine Handzettelverbreitung von den... (text continues)

Berliner Nachrichten.

Der Rüterhof.

Unter den verschollenen Dertlichkeiten Berlins befindet sich auch der Rüterhof, an dessen Existenz kaum noch ein... (text continues)

Am 4. Landtagswahlkreis findet heute von 7 Uhr ab eine... (text continues)

Chambres separés im Grunewald. Auf Pariser Boden... (text continues)

Das neue Reichsmilitärgericht am Willebrandplatz in... (text continues)

wirklich Natur kneipen wollten, boten Wald und Wiese genug... (text continues)

Für Meldungen von Todesfällen an das Standesamt... (text continues)

Die Cholera in Spandau.

Als ansteckungsverdächtig wurden im Laufe des... (text continues)

Aus der Lungenheilstätte Grabowsee, mit der wir in... (text continues)

Ueber die Absperrungen am Paradedage gehen uns viele... (text continues)

Die Halswirbelsäule steht in Wille. Kaiser falschen... (text continues)

Das neue Reichsmilitärgericht am Willebrandplatz in... (text continues)

Der Anruf der Verwendung von Polizeihunden bei der... (text continues)

Su dem Ueberfall im Sühningzuge, über den wir gestern... (text continues)

Die Schätzung des Schuttmanns. Nach den zahlreichen... (text continues)

Selbstmord in der Kirche. Eine grausige Entdeckung... (text continues)

Schreckliche Brandwunden erlitt Donnerstagnachmittag... (text continues)

Eine traurige Aufführung hat das Verschwinden des... (text continues)

Die Münze am Strid. In eine eigenartige Falle wurde... (text continues)

In der J. G. Pfaffschen Möbelfabrik am Rathausufer... (text continues)

Auf dem Wege zu seiner Brant vom Tode überrascht... (text continues)

In Kuisen-Theater gelangte am Donnerstagnabend... (text continues)

und Herr Kronen als Alba verbollständigt bei angemessener Ausstattung das Ensemble. Das Publikum spendete am Schlusse jeden Aktes wie auch am Ende der Tragödie den Mitwirkenden reichen Beifall. Diese Darstellung hat gezeigt, daß die Direktion bei verhältnismäßig niedrigen Eintrittspreisen den Wunderschönsten gutes zu bieten bestrebt ist.

In die Arbeiterjugend.

Morgen Sonntag, den 4. September, veranstaltet der Jugendausführer für Groß-Berlin Ausflüge für die einzelnen Gruppen. Gruppe Schönhauser Allee. Treffpunkt: Am Bahnhof Schönhauser Allee morgens 7 1/2 Uhr. Abfahrt vom Bahnhof Gesundbrunnen 1/2 Uhr. Partie nach Birkenwerder—Briesa. Badorf, Schönwalde, Busch. Nachmittags im Forsthaus Busch: Kaffeelocher. Fahrgeld hin und zurück 50 Pf.

Gruppe Norden. Treffpunkt: Kettlerplatz (an der Normaluhr), Schweden Straße, Ecke Grezlerstraße, Jugendheim, Brunnstraße 115, morgens 7 Uhr. Die Partie geht nach Halensee, den Grunewaldsee entlang bis nach Baulsdorf, dann nach Stribuch am Teufelsee nach Station Grunewald. Fahrgeld hin und zurück 80 Pf.

Gruppe Moabit. Treffpunkt: Turmstraße, Ecke Stromstraße, morgens 7 1/2 Uhr. Fahrt vom Bahnhof Pützstraße im Anschluß an die Gruppe Norden.

Gruppe Nordost-Ost. Treffpunkt: Landsberger Tor (Kriegerehrenmal), Valtersplatz (Normaluhr), Schleißer Bahnhof, Koppensstraße, morgens 7 Uhr. Fahrt bis Friedrichshagen, Freibad Müggelsee, Rahnsdorf, Neu-Delgoland, Müggelheim, Köpenick. Fahrgeld hin und zurück 45 Pf.

Gruppe Südost. Treffpunkt: morgens 7 Uhr Kottbuser Tor (Normaluhr), Südlicher Bahnhof (Umfahrtstation), Abmarsch nach dem Stettiner Bahnhof, von dort mit der Stettiner Bahn nach Busch. Hier Besichtigung der Heilstätte, weiter nach Müntgenal (Müntgenhöhe), Jevern, Verna. Hier Besichtigung der historischen Sehenswürdigkeiten aus dem Hussitenkriege (Stadtmauer, Pulverturm, Miltammer, Museum usw.). Abmarsch nach Busch, von hier Fahrt nach Berlin. Fahrgeld hin und zurück 40 Pf.

Alle Bekehrte, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sind zu diesen Ausflügen freundlichst eingeladen.

Vorort-Nachrichten.

Wilmersdorf.

Die Liste der stimmungsfähigen Bürger wird bis einschließlich 15. September dieses Jahres an den Wochentagen von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 2 Uhr und an den Sonntagen von vormittags 9—12 Uhr in der Melde- und Wahlabteilung, Gasteiner Str. 11, 2 Treppen, zur Einsicht öffentlich ausliegen. Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wählerliste sind während der Dauer der Auslegung bei dem Magistrat zu erheben. Die 3. Abteilung beginnt mit dem Steuerbetrage von 291,40 M.

Diejenigen Parteigenossen, denen es an Zeit mangelt, die Liste selbst nachzugehen, werden ersucht, mündlich oder schriftlich ihre Adresse an eine der folgenden Stellen abzugeben: Goddau, Auguststraße 29, Stb. I; Hansoldi, Pariser Straße 60; Frau Marlewitz, Weimarsche Straße 12; Weyer, Algenhandlung, Berliner Str. 46; Schröder, Feidelerstraße 2, III; Schubert, Wilhelmstraße 28; in Halensee bei Kemper, Joachim-Friedrichstraße 29, vorn IV.

Migsdorf.

Ein Rauschellunfall ereignete sich auf dem Schützenplatz an der Raumburger Straße. Dort vergnügte sich vorgestern Abend der Arbeiterbursche August Koch aus der Wandlitzstraße. Während der Rundfahrt schaukelte er so heftig, daß sich an seinem Holzpferd eine Schraube löste und das Pferd umfiel. Der Junge stieg unter das Publikum zu Boden und zog sich erhebliche innere Verletzungen zu. Er mußte von Leuten nach der elterlichen Wohnung gebracht werden.

Tempelhof-Mariendorf.

Ein patriotischer Rummel. An den Plakatsäulen und in verschiedenen Geschäften sind große bunte Plakate angebracht, die zu einem großen „1. Mariendorfer Volksfest“ am 9., 10., 11. und 12. September auf dem Schützenplatz in Mariendorf einladen. Mit großen Worten wird auf den Plakaten ein Programm bekannt gegeben, das zweifellos für die große Masse eine Anziehung ausüben soll. Der Hauptprogrammteil soll am Sonntag, den 11. September, nachmittags 4 Uhr, ein außerordentliches, historisches Festzug unter Vorantritt eines Musikkorps sein, der von Tempelhof, Dorfstraße, nach dem Mariendorfer Schützenplatz gehen soll. Das Interessante an der ganzen Veranstaltung ist nun, daß mit keinem Wort irgendeine Korporation erwähnt ist, die die ganze Sache arrangiert hat. Die Plakate tragen nur die Unterschrift: „Das Vergnügungskomitee“. Nicht einmal die Druckfirma der Plakate ist angegeben. Erst durch die „Mariendorfer Zeitung“ ist bekannt geworden, daß es ein patriotischer Rummel ist, der von „ersten Bürgern“ in Szene gesetzt wird. Die ganze Art der Reklame läuft also darauf hinaus, die breite Masse der Arbeiter zu fiebern, um so einen künstlichen Patriotismus zu erzeugen. Die Arbeiterschaft von Tempelhof-Mariendorf hat mit diesem „Volksfest“ nichts zu tun. Wenn die Arbeiterschaft ein Volksfest veranstaltet, so gibt sie sich auch auf den Plakaten als solche zu erkennen. Die Veranstalter eines solchen Festes schämen sich nicht ihrer politischen Anschauung und zeichnen mit vollem Namen.

Schöneberg.

Bei der Omnibuslinie 14 ist mit dem 1. September 1910 eine Tarifänderung eingetreten, die für die Einwohnerschaft Schönebergs von besonderem Interesse ist. Zur Behebung des Verkehrs ist die erste 10 Pf.-Teilstrecke, die bisher von der Mühlentstraße in Schöneberg bis zur Ecke Vorstraße und Bellealliance Straße reichte, versuchsweise bis zum Halleschen Tor verlängert worden. Die Verkehrsdeputation des Magistrats zu Schöneberg will außerdem anregen, die Linie nach der Mohlstraße Ecke Neue Ansbacher Straße zu verlängern, möglicherweise unter teilweiser Aenderung des bisherigen Weges. Die Ausdehnung der 10 Pf.-Teilstrecke und die hoffentlich von der Allgemeinen Omnibusgesellschaft schleunigst verwirklichte Anregung der Weiterführung der Linie 14 wird zweifellos eine wesentlich stärkere Benutzung zur Folge haben.

Zu der Gasexplosion im Hause Hauptstraße 84 teilt uns der Mohlberger, der den Gasmesser aufgestellt hatte, folgendes mit: Als ich bemerkte, daß die Uhr des aufgestellten Gasmessers weiterging, wurde der Hahn geschlossen und die Zimmer abgedichtet. Dabei fand ich, daß drei Proppen der Abteilung fehlten. Nachdem dieselben ersetzt worden waren und der Hahn wieder geöffnet wurde, ging die Uhr immer noch weiter. Nun wurde festgestellt, daß im Laden der Stutzen fehlte. Ein neuer Stutzen ließ sich nicht einschrauben, weil das Rohr etwas in Spannung lag. Nach längerer Zeit zündete ich ein Streichholz an, um zu sehen, in welcher Lage sich an der Decke die Gasleitung befindet. Dabei ahnte ich allerdings nicht, daß sich bereits soviel Gas angesammelt hatte, um eine Explosion herbeizuführen. Verletzt wurde niemand hierbei, da sich der Schlächtermeister sowie dessen Frau in dem Moment nicht im Laden befanden.

Grosz-Nichterfelde.

Die letzte Mitgliederversammlung des Wahlvereins nahm nach einem beifällig aufgenommenen Vortrag des Gen. Wernitz den Bericht des Gen. Riege über die Verbands-Generalsversammlung entgegen. Unter Vereinsangelegenheiten erfolgte die Aufnahme von 8 Genossinnen und eines Genossen. Hierbei wies Genosse Schindler auf die rührige Agitation der Genossinnen hin und er ersuchte die Genossen zur Nachlieferung. Ferner machte Redner auf die am Sonntag, den 4. September, stattfindende Hausagitation aufmerksam. — Den Bericht der Kinderkommission gab die Genossin Conz. Zum Schluß wurde bekannt gegeben, daß am Sonntag, den 13. September, um 3 Uhr, bei Wahrensdorff Spiele der Jugendlichen über 13 Jahre stattfinden.

Bauktiv.

Zu der Wahlvereinsversammlung am 31. August sprach Genosse Kallisi über Wilhelm II., das Instrument des Himmels. Seine vortrefflichen Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Genosse Madile berichtete von der Kreis-Generalsversammlung, Genosse Dehnst von der Generalsversammlung Groß-Berlins. Die Vorbereitungen zu einem Herbstvergnügen wurden einer Kommission von sechs Personen übertragen. Madile kam dann auf den Artikel der „Kantwiger Nachrichten“ zurück. Wegen vorgerückter Zeit wurde jedoch in der Sache nicht weiter verhandelt, sondern festgelegt, daß die nächste Sitzung unter Hinzuziehung des Zentralvorstandes als Generalsversammlung tagen und das Urteil fällen soll. Aufgenommen wurden zwei Mitglieder.

Müntgenal (bei Jevern).

Eine öffentliche, gut besuchte Versammlung beschäftigte sich am Sonntag mit Angriffen bürgerlicher Gemeindevertreter, welche diese gegen unsere drei in der Verteilung sitzende Genossen gerichtet hatten. Der Referent in dieser Frage, Gemeindevertreter Genosse Franz Schulz, führte hierzu etwa folgendes aus: In der am 5. August stattgehabten Gemeindevertreterversammlung war von einigen Gemeindegliedern ein Antrag um Gewährung eines Zuschusses von 1000 M. zu einem zweiten Bahnhofszugang aus Gemeindegeldern eingelaufen.

Unsere drei Vertreter bekämpften diesen Antrag, da sie mit Recht der Meinung waren, daß Gemeindegeld nur im Allgemeininteresse verwendet werden dürfen. Dieser Zugang habe jedoch nur für eine kleine Anzahl Einwohner der Gemeinde Nutzen. In der Hauptsache hätten nur die Grundstücksbesitzer einen Interesse daran, ebenso die Nachbarkolonie Busch. Der Antrag wurde dann auch abgelehnt. Dagegen fand der Antrag eines bürgerlichen Gemeindevertreters, 500 M. Zuschuß zu bewilligen, gegen die Stimmen unserer Genossen Annahme. Als die Herren Privatinteressen, welche in der Sitzung als Zuhörer anwesend waren, sahen, daß ihre Angelegenheit nicht mehr weiter zu verbessern war, verließen sie die Sitzung und veröffentlichten ein „Eingefand“ im Kreisblatt, in welchem u. a. von dem großen „Verkehrsschritt“ die Rede war, dem sich unsere Genossen entgegenstellten hätten. Das Eingefand klang aus, daß die Sozialdemokraten nicht fähig wären, die Gemeindegeldern zu wahren und die Quittung für ihr Verhalten bei den nächsten Wahlen erhalten würden.

Da es hier nun noch Leute gibt, die genanntes Blatt lesen und den Verfasser des „Eingefand“ glauben schenken, sehen sich unsere Genossen genötigt, die Angelegenheit in öffentlicher Versammlung aufzuklären. Nachdem nun die Herren jedes weitere Interesse an der Weiterbehandlung verloren hatten, entspann sich die Debatte über den 500 M.-Antrag und das Projekt von neuem. Unsere Genossen machten die bürgerlichen Gemeindevertreter darauf aufmerksam, daß es bei der bewilligten Summe nicht bleiben könne, sondern daß außerdem noch einige Tausend Mark für Pflasterung usw. aufgewandt werden müßten, auch sei die Erwerbung von Straßenland nicht ausgeschlossen. Jetzt ging den übrigen Gemeindevertretern ein Licht auf und kurzerhand wollten sie den ganzen Beschluß annullieren. Auf Veranlassung unserer Genossen geschah das jedoch nicht, sondern es wurde der Beschluß wie folgt ergänzt: 500 M. werden von der Gemeinde als Zuschuß zur Anlage eines zweiten Bahnhofszuganges bewilligt, wenn von den beteiligten Interessenten eine gepflasterte Zugangstraße laien- und gebührenfrei an die Gemeinde aufgelassen wird.

In der dem Referat folgenden Diskussion sprachen die Anwesenden unseren drei Gemeindevertretern in einer einstimmig angenommenen Resolution ihr Vertrauen aus, mit dem Wunsch, daß sie stets in derselben Weise die Allgemeininteressen, ohne Rücksicht auf einzelne Spekulanten, vertreten möchten.

Potsdam.

Gegen die Müllabfuhr- und Kanalisationsgebühren sind bei der ersten Veranlagung massenhaft Proteste eingegangen. Diese Steuern, die die Schlachthaussteuer ablösen sollten, haben überhaupt eine trübe Vorgeschichte. Zuerst hat man sie nicht der Bürgerchaft mitgeteilt, da die Stadtverordnetenwahlen bevorstanden, nach diesen hat man sie durchgeprüft, so daß sie vom Bezirksausschuß nicht die Genehmigung erhielten. Nach ihrer Verächtigung wiedereingereicht, erlangten sie erst nach dem 1. April Gültigkeit. Bei der ersten Veranlagung wird von einem großen Teil der Bürger, hauptsächlich Beamte, die juristisch gut beraten sind, überhaupt die Gültigkeit dieser Steuerregulativ bezweifelt, und zwar aus zweierlei Gründen. Erstens wird in § 8 bestimmt, daß § 8 für Bahnhöfe, Kirchen, Schulen, Kasernen, Krankenanstalten usw. als Nichtwert der 25. Teil des allgemeinen Wertes angenommen wird. Nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts wird aber nach dem Kommunalabgabengesetz verlangt, daß die für die Benutzung einer Gemeindegeldanlage zu entrichtende Gebühr allen Benutzern gleichmäßig auferlegt werden soll. Zweitens tragen beide Gebühren den Charakter einer Mietsteuer, die nach § 23 des Kommunalabgabengesetzes nicht mehr neu eingeführt werden darf. Der Magistrat erkennt die angeführten Gründe nicht an und verweist die Protestler an das Oberverwaltungsgericht. Die Einnahmen aus diesen Steuern betragen sich auf über eine halbe Million Mark.

Jugendveranstaltungen.

Zehlendorf (Wannseebahn). Heute Sonnabend: Versammlung der freien Jugendorganisation bei Miesle. Vortrag des Herrn Max Schütte über Georg Herwegh. Ferner veranstaltet die Jugend am Sonntag, den 4. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, bei Miesle ein gemütliches Beisammensein, Spiele usw., und wird die hiesige Arbeiterschaft gebeten, sich mit ihren Kindern daran zu beteiligen.

Boxhagen-Rummelsburg-Trotan. Die Jugendlichen, deren Eltern sowie die Mitglieder des Jugendheims werden ersucht, sich vollständig an der am Sonntag, den 4. September, nachmittags 3 Uhr, stattfindenden Besichtigung der Epitaphen Baumschule zu beteiligen. Treffpunkt 1 1/2 Uhr im Jugendheim, Alt-Boxhagen 56, vorn I. Abmarsch 2 Uhr. Im Anschluß an die Besichtigung finden Waldspiele statt. Die Beteiligung ist mit keinerlei Anfechtung verbunden. Bei ungenügendem Wetter findet die Besichtigung am Tage später statt. Der Jugendausführer.

Erfner. Sonntag, den 4. September, nachmittags 2 Uhr, in Degrobrotts Gesellschaftshaus: Jugendversammlung mit Referat des Genossen Schumann über „Jugend und Ziele der Jugendbewegung“. Nach der Versammlung Spielen im Walde. Der Jugendausführer.

Gerichts-Zeitung.

Die Liebesstragödie, die sich am 4. Mai in einem Hotel in der Invalidenstraße abspielte, sollte gestern vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I ein Raubspiel erhalten. Wegen gefährlicher Körperverletzung war der Agent Franz Göttert, der sich auch Chauffeur oder Privatdetektiv nennt, angeklagt. Er war früher Unteroffiziersküler, hat in Posen ein halbes Jahr gedient und ist aus dem Militärdienst entlassen worden, nachdem er eines Tages einen Selbstmordversuch gemacht hatte. Er war in die Wärfte gesprungen und wurde am Ufer derselben benimmungslos aufgefunden. Wie er dort hingelassen, ob er sich durch Schwimmen gerettet oder eine freundliche Welle ihn ans Land gespült hatte, ist nicht aufgeklärt worden. Als Grund zu dem Selbstmord hatte der Angeklagte, der ein zur Melancholie neigender Träumer ist, unbekanntes Ehrgeiz angegeben. Von anderer Seite wurde behauptet, daß eine Blondine und eine „schwarze Elfi“ dabei mit in Frage kamen. Nach seiner Entlassung vom Militär war er beschäftigungslos und ist zweimal wegen Betrug bestraft worden. Dann war er einige Zeit Schreiber bei einem Rechtsanwalt und unterhielt allerlei intime Beziehungen zu Mädchen und Frauen. Zu letzteren gehörte die 19jährige Charlotte R., ein munteres, lebenslustiges Mädchen. Er hatte eine Heiratsannonce losgelassen, auf diese hin hatte sich das Mädchen, die Tochter eines Amtsvorsehers, die in der Familie eines Generalleutnants als Stütze tätig war, gemeldet und die Bekanntschaft zwischen ihr und dem Angeklagten wurde in der Philharmonie geschlossen. Daraus entwickelte sich eine ernste Liebschaft. Er hatte ihr angegeben, daß er Beamter im Kolonialamt sei und ein Gehalt von 160 M.

monatlich bezog. Sie glaubte ihm dies aufs Wort und sah eine große Neigung zu dem Herrn „Beamten“, dem sie auf Verlangen hin und wieder auch mit kleineren Geldsummen aushalf. Sie hatte keine Ahnung davon, daß der Angeklagte gleichzeitig noch andere Liaisons unterhielt und namentlich auch von einer Krankenschwester arg bedrängt wurde, die ein Anrecht darauf zu haben glaubte, daß sie mit ihm gemeinschaftlich zum Standesamte wandere. Der Angeklagte befand sich aber auch sonst noch in einer unangenehmen Lage. Er war stark verdächtig, an zwei Einbruchdiebstählen beteiligt zu sein, die am 4. April in der katholischen Kirche in Prenzlau und am 28. April in dem Fernsprechamt daselbst ausgeführt worden sind und die Polizei war ihm schon auf den Fersen. Am 3. Mai holte er Fräulein R. ab, war sehr niedergeschlagen und erklärte ihr, daß er beschloffen habe, aus dem Leben zu scheiden. Er redete so viel von den Schätzen dieser Welt und den Freuden eines besseren Daseins, daß die R. schließlich ganz wankelmütig wurde und auf sein Jureden zu dem Glauben kam, daß es auch für sie das Beste sei, die Bürde des Lebens von sich zu werfen. Das Mädchen erzählte gestern vor Gericht ihre Erlebnisse mit einer so heiteren Unbefangenheit und mit so fröhlichem Lächeln, daß sie eigentlich als ein psychologisches Rätsel zu betrachten ist. Sie gab zu, daß sie stets lebenslustig gewesen sei und für sie gar kein Anlaß vorgelegen habe, den Tod zu suchen und wußte keinen Erklärungsgrund dafür anzugeben, daß sie auf bloßes Jureden des Angeklagten bereit gewesen war, dem Leben Valer zu sagen. Nach Beendigung eines Ausflugs nach Dahlem ging das Pärchen am Abend des 3. Mai in ein Hotel in der Invalidenstraße, um dort gemeinsam in den Tod zu gehen. Der Angeklagte trug zu diesem Zweck ein Fläschchen mit Coffein und einen geladenen Revolver bei sich. Auch einen Abschiedsbrief „an die Hölle Welt“, der mit roter Tinte geschrieben war, hatte er schon abgefaßt und auf seine Veranlassung schrieb die R. auch ein paar Abschiedsworte an ihre Schwester. Dann begann das „große Werk“. Die R. trank aus einem Glase, in welches der Angeklagte Coffein gemischt hatte, erhielt aber keine Wirkung, da sie das Gift nicht genügend umgerührt hatte. Da sie nun aber einmal beschloffen hatte, zu sterben, entküllte sie ihren Oberkörper, zeigte auf die Herzgegend und ersuchte den Angeklagten, recht sicher dorthin zu schießen. Unmittelbar darauf krachten zwei Schüsse und das Mädchen sank mit lautem Ruffrei zu Boden. Nun trank der Angeklagte auch vom dem Coffein-Gemisch und versuchte, sich zu erschließen. Der Revolver verjagte aber. Die beiden Schüsse hatten aber das Hotelpersonal alarmiert, man drang in das Zimmer und schaffte die beiden Lebensmüden nach der Charite. Das Mädchen ist wie durch ein Wunder vom Tode errettet worden. Die beiden Angeln „sigen“ — wie sie fröhlich lächelnd erzählte — „noch drin“. Der Angeklagte selbst hat keinen körperlichen Schaden davongetragen, ist aber einige Zeit auf seinen Geisteszustand untersucht worden. Nach dem Gutachten des Medizinalrats Dr. Hoffmann ist er ein minderwertiger, melancholisch veranlagter Mensch, auf den jedoch § 55 des Strafgesetzbuches nicht anwendbar ist. — Nach längerer Beweiserhebung beantragte der Staatsanwalt, daß sich das Gericht für unzuständig erklären solle, da nach seiner Meinung verjagter Nord vorläge. Rechtsanwalt Dr. Donig widersprach lebhaft diesem Antrage und wies darauf hin, daß der Angeklagte zweifellos auf das Verlangen der Zeugin die Tat begangen habe. Der Gerichtshof schloß sich der Ansicht des Staatsanwalts an und verwies die Sache an das Schwurgericht.

Berichtigung. Unter Berufung auf das Preßgesetz erhalten wir folgende „Berichtigung“, der wir — trotzdem sie den Anforderungen des Preßgesetzes nicht entspricht — die Aufnahme nicht verjagen wollen:

In dem Berichte über die Verhandlungen vor der II. Kienstrasskammer des Landgerichts II zu Berlin, betr. die Klage des Rechtsanwalts Dr. Ehrenfrieds gegen mich — „Vorwärts“ Nr. 204 — finden sich Angaben, welche den Tatsachen nicht entsprechen. Der Kürze wegen und im Hinblick auf das ärztliche Schweigegedot beschränke ich mich auf folgende Erwidrerungen. 1. Nach dem Berichte Ihrer Zeitung soll die Internierung des Herrn Rechtsanwalts Dr. Ehrenfrieds auf mein Gutachten erfolgt sein, worin ich den Kläger als gemeingefährlichen Geisteskranken bezeichnet habe. Das ist unwaahr. In der Gerichtsverhandlung hatte ich an der Hand der urkundlichen Schriftstücke dargetan, daß der Kreisarzt Herr Dr. Zimmer in einem ausführlichen amtärztlichen Atteste vom 17. Oktober 1907 bescheinigt hat, daß Herr Rechtsanwalt Dr. Ehrenfried zurzeit geisteskrank und gemeingefährlich ist. Auf Grund dieses amtärztlichen Attestes kam Herr Rechtsanwalt Dr. Ehrenfried nach der Irrenanstalt Berlin, von wo er wegen Geisteskrankheit nach der Irrenanstalt Berlin kam, weil die Anstalt Berlin nur Kranke auf Kosten der Stadt Berlin aufnimmt. 2. Ich habe in der Gerichtsverhandlung an Hand der Urkunde dargetan, daß am 25. Oktober 1907 vom Polizeipräsidenten zu Berlin an die Direktion der Irrenanstalt Berlin die Verfügung kam: „Der Patient (nämlich Herr Rechtsanwalt Dr. Ehrenfried) ist nicht ohne polizeiliche Genehmigung zu entlassen oder zu beurlauben.“ Zum Schluß bemerkte ich, daß ich der Erledigung der Klage wegen Schadenersatzes mit Ruhe entgegenstehe. Herr Rechtsanwalt Dr. Ehrenfried hat eine ganze Reihe namhafter Berliner Psychiater, darunter Geheimrat Sander, Prof. Oppenheim, Medizinalrat Leppmann usw., in der gleichen Angelegenheit wegen Schadenersatzes verklagt.

Endlich bestreite ich nach wie vor auf das allerentschiedenste, die mir zur Last gelegte Behauptung getan zu haben.
Dr. Otto Juliusburger,
Oberarzt der Anstalt Berlin.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 4. September, vormittags 9 Uhr, Poppel-Allee 15/17: Freireligiöse Vorlesung. Vormittags 11 Uhr, Kleine Franzfurter Straße 6: Vortrag von Herrn Dr. Bruno Wille: „Das Gebet“. — Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Dr. Simmel Nathan Wand
129 Stalitzer Str. 129.
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10—2, 5—7, Sonntags 10—12, 2—4
Herrn-Sommer-Paletots und Anzüge in neuem (sonst speziell) Monats-Garderobe
konstabilen getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Waagenzüge sind in großer Auswahl zu namment billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand
129 Stalitzer Str. 129.
Goshahnstation Kottbuser Tor.
Bitte auf Nummern zu achten.

Einssegnungsanzüge
sehr große Auswahl fertig 9.— an, nach Maß anhergewöhentlich billig. Herren-Anzüge 8,25 an. Herren-Waagenzüge 32.— 35 M. Stoffe, engl. Tuche, Anzüge, reise billig. Wenn schiden mit untere Vertreter mit Mutter ohne Kaufverpflichtung. **Tuchgesellschaft** Kottbuserdam 16—17 (Hochb.) Borsgerde. Anstrich 5 Pf., Kabatz: Offener in nur frischer, schöner Ware. 95/18*

Die reellsten und billigsten Möbel
und Polsterwaren auf Teilzahlung zu Kassenspreisen und Zinsvergütung erhält man in der seit 32 Jahren bestehenden Möbel-fabrik unter 10jähriger Garantie
A. Schulz, Reichenborger Straße 5.
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Vorort - Nachrichten.

Rummelsburg.

Von der Gemeindevertretung. In der ersten Sitzung nach den Ferien nahm die Gemeindevertretung der Rummelsburger Vorort am 2. August dieses Jahres verkörpert von früheren langjährigen Amts- und Gemeindevorsteher Schlicht warme Worte der Erinnerung. Punkt 1 der Tagesordnung betraf die Umbenennung des Ortsnamens, hier standen sich gewissermaßen zwei Parteien gegenüber. Den Bestrebungen der anderen Vorort folgend, erklärte die Gemeindevertretung einstimmig ihre Einverständnis damit, daß dem Ortsnamen die Bezeichnung „Berlin“ vorgezogen werden soll; ebenso einmütig war man sich auch darüber klar, daß dann der lange Ortsname „Vorhagen-Rummelsburg“ nicht mehr beibehalten werden kann. Die Mehrheit, darunter auch unsere Genossen, plädierten dafür, daß die Gemeinde an Stelle ihrer bisherigen Ortsbezeichnung den Namen „Berlin-Rummelsburg“ erhält; die im Vorhagen Grundbesitzerverein organisierten Gemeindevertreter traten dagegen mit einer Hartnäckigkeit, die einer wichtigeren Sache würdig gewesen wäre, für die Ortsbezeichnung „Berlin-Vorhagen“ ein. Nach Ansicht dieser Herrn soll der Name „Rummelsburg“ außerhalb der Gemeinde in bezug auf den früheren Schweinemarkt und das Arbeitshaus einen bitteren Beigeschmack haben. Da der ursprüngliche Ortsname Rummelsburg ist und der Ort auch heute allgemein nur als Rummelsburg bekannt ist, traten auch unsere Vertreter für die Ortsbezeichnung „Berlin-Rummelsburg“ ein. Im übrigen bleibt auch der Name Vorhagen durch die Straße „Alt-Vorhagen“ der Nachwelt sowie erhalten. Die Abstimmung ergab 18 Stimmen für „Berlin-Rummelsburg“, dagegen 7 Stimmen. Unter Berücksichtigung wurde ein Antrag des Gemeindevorstandes, allen Veteranen eine Spende von je 10 M. zu bewilligen, gutgeheißen. Die an diese Spende geknüpften Bedingungen, daß nur würdigen und bedürftigen Veteranen die 10 M. gegeben werden sollen, wurde auf Einspruch unserer Vertreter fallen gelassen. Die in einer früheren Sitzung von unserem Genossen Wuge auf Grund von Mitteilungen von Gemeindevorarbeitern gegen den Straßenmeister Michlisch zum Vortrag gebrachten verschiedenen Beschwerden veranlaßten den Bürgermeister zu der Erklärung, daß die angeblich recht gewissenhaft geführten Ermittlungen (sämtliche Arbeiter sollen vernommen worden sein) ergeben haben, daß die Beschwerden hierzu in einem erheblichen anderen Maße erscheinen, als sie unser Genosse Weger in der betreffenden Sitzung dargestellt habe, dieselben seien seiner Ansicht nach sämtlich als haltlos zu bezeichnen. Weger hatte in der betreffenden Sitzung ausgeführt, daß nach den Beschwerden, die man ihm unterbreitet habe, es üblich sein soll, daß die Straßenarbeiter vor dem Straßenmeister stramm zu stehen hätten, auch soll ein indirekter Druck auf die Gemeindearbeiter dahin ausgeübt werden, daß sie die Versammlungen des Vaterländischen Arbeitervereins besuchen sollen, ferner hatte Weger die Umgangssprache des Straßenmeisters seinen Untergebenen gegenüber bemängelt und es auch gerügt, daß für den Kriegerverein eine von den Arbeitern allgemein als lästig empfundene Propaganda gemacht würde. Die Untersuchung nun, welche unter dem Gesichtspunkte, daß sie einen Vorgesetzten betrifft, und unter dem Druck der Abhängigkeit zu betrachten ist und daher nur als wenig beweiskräftig gelten kann, ist nach den Angaben des Bürgermeisters festgestellt worden, daß das Strammstehen vor dem Straßenmeister allgemein üblich sei, es beträfe aber nur diejenigen Arbeiter (etwa dreiviertel sämtlicher Straßenarbeiter), welche gleichzeitig Mitglieder der Freiwilligen Gemeindefeuerwehr sind und die durch das Strammstehen den Straßenmeister als ihren gleichzeitigen Oberführer nur das selbstverständliche Honorar darbieten. Ferner ist festgestellt, daß bei Lohnzahlungen von den Vorgesetzten Einladungszeitel zu den Versammlungen des Vaterländischen Arbeitervereins verteilt worden sind; da aber sonst ein besonderer Druck auf die Arbeiter nicht ausgeübt worden sei, so kann der Bürgermeister hierbei nichts weiter finden. Auch in der Feststellung, daß ein Arbeiter mit dem Ausdruck „Schwein“ tituliert worden sei, könne nichts Besonderes gefunden werden, da der betreffende Arbeiter in schmutziger Kleidung erschienen sei, mithin der betreffende Ausdruck am Platze war. Betreffs der Propaganda für den Kriegerverein sei festgestellt, daß anlässlich einer Versammlung nur die Vorteile, welche der Kriegerverein durch seine Unterstützungsanstalten den Arbeitern bietet, dort zur Sprache gebracht worden sind, was doch erlaubt sei! In der sich hieran anschließenden Diskussion bekundeten einige bürgerliche Vertreter eine recht lebhaftige Freude darüber, daß ihrer Ansicht nach die Untersuchung ergeben habe, daß der Straßenmeister vollständig rehabilitiert dastünde und nur die Sozialdemokraten diejenigen sind, welche mal wieder viel Bösem um nichts gemacht hätten. Unsere Vertreter traten dem entschieden entgegen und stellten fest, daß, trotzdem die betreffende Art der Untersuchung als Gegenbeweis kaum in Betracht gezogen werden kann, es doch schon durch diese Ermittlungen festgestellt ist, daß fast alle Angaben unseres Genossen der Wahrheit entsprechen, man muß nur hierbei auch die Auffassungen der betreffenden Arbeiter mit zugrunde legen und nicht nur die der Vorgesetzten. Interessant war es noch, daß in der Diskussion durch einen bürgerlichen Vertreter festgestellt werden konnte, daß die Propaganda für den Vaterländischen Arbeiterverein nicht vom Straßenmeister ausging, sondern direkt auf Anordnung des Gemeindevorstandes geschah war. Als Entschuldigung hierzu erklärte der Bürgermeister ganz naiv, daß er dabei nichts finden könne.

Weißensee.

Schlecht abgefaßt haben die Mitglieder des Grundbesitzervereins in der am Dienstag stattgefundenen Gemeindevertreterversammlung. In einer Protestversammlung hatte genannter Verein Stellung genommen zur Grundwerterschätzung, die den Haus- und Grundbesitzern im allgemeinen zu hoch erschien. Sie wünschten in einer Resolution Veränderung der willkürlichen und phantastischen Einschätzungen. Insbesondere aber sollte die Einschätzungskommission anders zusammengesetzt werden; man verlangte unbedingte Ausschaltung von Personen, deren Programm denselben eine sachliche Behandlung der Einschätzung verbietet. Verschiedene Sitzungen berichtigten, die man wollte, sich nach dem Schicksal der Resolution zu erkundigen. Am Dienstag endlich verlangten die Herren Antwort. Sie erhielten die Auskunft, daß die Resolution zu den Akten geschrieben sei, da sie nur dem Gemeindevorstand zur Kenntnisnahme überwiesen wurde. Aber so leicht wollte man sich nicht ergeben, und am Schluß der Sitzung kam die Besprechung der Resolution in Gang. Als erster Redner unserer Fraktion kam Genosse Taubmann zum Wort, der in der Hauptsache die Ausschließung unserer Vertreter aus der Einschätzungskommission gefordert. Daß man sich durch solchen Beschluß der Vetterwirtschaft verabschiede, daran habe man wohl nicht gedacht. Genosse Fuhrmann schloß sich dem an und kennzeichnete, wie verderblich in diesem Falle das Hausbesitzerprivileg wirkt. Anstatt der Allgemeinheit zu dienen, nehmen sie nur die Hausbesitzerinteressen wahr. Die wichtigen Angriffe hielten die Herren aus ihrer Reserve. Herr Reichert, der Referent des Protokollabends, beteuerte, daß die Resolution so scharf gar nicht gemeint sei; er wüßte gar nicht, die Resolution so in die Breite zu ziehen, aber wer kein Hausbesitzer, könne doch die Angelegenheiten der Hausbesitzer nicht regeln. Die Herren schienen den Wortlaut der Resolution vergessen zu haben, denn sonst hätte der Vorsitzende der Protokollversammlung, Herr Konig, nicht die Erklärung abgeben können, daß er mit den Sozialdemokraten in den Kommissionen ganz gut auskommen sei, und daß kein Mensch daran gedacht habe, die Sozialdemokraten von der Einschätzungskommission auszuschließen. Erst vom Vorstandstische aus wurde

der Passus nochmals verlesen und die Ausführungen der Genossen Fuhrmann und Taubmann bestätigt. Der Vorsitzende der Einschätzungskommission, Beigeordneter Dr. Kramroth, bewies an etwa 20 Hausbesitzern der letzten Zeit, daß die erzielten Verkaufspreise zum Teil ganz bedeutend höher waren als die Einschätzungen, was wiederum den Sprechern der Alten Fraktion nicht in den Kram paßte. Herr Konig behauptete, daß die angeführten Grundstücke von der Gemeinde begehrt werden und da wurden immer etwas höhere Preise gefordert. Ihm wurde erwidert, daß die Gemeinde nur an zwei Grundstücken interessiert sei. Schöffe Severin begrüßte es, daß die Protokollversammlung es zustande gebracht hat, eine Trennung der Hausbesitzer herbeizuführen, denn ein friedliebender Hausbesitzer könne dem alten Verein nicht mehr angehören. Er bedauerte es weiter, daß ein besoldeter Gemeindevorstand denselben Strang ziehe und mit den Herren der Alten Fraktion gemeinsam den Gemeindevorstand bekämpfe. Hieraus erwiderte der besoldete Schöffe Dr. Pape, daß er sich keine Vorschriften machen lasse über sein Tun und Treiben, am allerwenigsten von Herrn Severin, der von allen Dingen nichts verstände, was er eventuell schriftlich von ihm erhalten könne. Der Zwischenfall fand seine Erledigung dadurch, daß Dr. Pape noch die Behauptung aufstellte, die Neue Fraktion werde wiederum vom Gemeindevorstand begünstigt. Zum Schluß der zweistündigen Debatte sprach der Hauptschreiber der Alten Fraktion, Herr Köhner, noch seine Verwunderung darüber aus, daß man sich überhaupt so ereifere, er mahnte zum Frieden. Mit diesen Ermahnungen löste Herr Köhner jedoch nur Gelächter aus, denn in den Hausbesitzerversammlungen führte ja bekanntlich er das große Wort, und agitiert systematisch zum Unfrieden. Daher bekam er auch vom Vorsitzenden die Mahnung, seine soeben gesprochenen Worte selbst zu beherzigen. Die ganze Debatte zeigte deutlich, daß die Einschätzungskommission in Zukunft nur Beschlüsse fassen darf, wenn sie bei Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder beschlußfähig ist. Mithin war die gewaltige Aktion verpufft.

Nieder-Schönhansen-Nordend.

Die Monatsversammlung des Wahlvereins wurde durch einen Bericht über die Generalversammlung von Groß-Berlin, den Genosse Krammow erstattete, eingeleitet. Nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten hielt sodann Genosse Fretter einen lehrreichen Vortrag über das Familienrecht. Sodann wurde mitgeteilt, daß zwei Witze ausgeschlossen werden mußten, weil dieselben bei der Gemeindevahl ihr Wahlrecht nicht ausgeübt haben. Von einigen Genossen wurde gerügt, daß die Mitgliederversammlung nicht vertagt worden ist, um den Genossen die Beteiligung an den Protokollversammlungen zu ermöglichen. Es wurde betont, daß dieses in der kurzen Zeit nicht mehr möglich gewesen sei. Dafür soll am nächsten Dienstag eine öffentliche Versammlung veranstaltet und dazu am Sonntag durch Handzettel eingeladen werden. Zum Schluß fand eine Protestresolution gegen die Fleischsteuerung Annahme.

Oranienburg.

Von der Stadtverordnetenversammlung. Der Sanitätsrat Dr. Ossowidski hat der Stadt vor seinem Tode seine prähistorische Sammlung vermacht, jedoch nichts darüber hinterlassen, woraus die Schenkung hergeleitet werden könnte. Der Testamentvollstrecker klagte im Interesse der Stadt auf Herausgabe der Sammlung, und zwar mit Erfolg. Der Magistrat empfiehlt die Annahme, da keine Bedingungen daran geknüpft sind. Die Versammlung stimmt dem zu. Stadtv. Henjahn wünscht, daß die Funde bei den Doppelbegradigungsarbeiten der Sammlung einverleibt werden, um später zu einem Ortsmuseum zu kommen. Die Festsetzung des Stunden-

planes der gewerblichen Fortbildungsschule für das Winterhalbjahr wurde genehmigt. Gen. Schumann machte bei dieser Gelegenheit auf einen Fall aufmerksam, monach der Lehrherr von dem Vater seines Lehrlings das jährliche Schulgeld von 4 M. zurückverlangte. Da sich der Vater weigerte, habe der Meister dem Lehrling das Geld vom Lohn abgezogen, ihm sogar gedroht, auch noch die Stunden in Abzug zu bringen, wenn die Unterrichtsstunden in die Arbeitszeit fällt. Die Versammlung verlangte den Namen zu wissen, der nur deshalb nicht gleich mitgeteilt wurde, um dem Lehrling die Möglichkeit zu geben, sich selbst zu nennen. Leider unterließ es der Herr. Als der Name des Stadtrats Zimmermeier genannt wurde, war man allgemein erstaunt. Der Vorsitzende stellte fest, daß nach dem Ortsstatut der Arbeitgeber verpflichtet ist, das Schulgeld zu zahlen. Sollten noch mehrere solcher Fälle vorkommen, so möge man dies unverzüglich melden. Stadtrat Uhr entkündigte sich damit, daß in Berlin die Fortbildungsschüler auch das Schulgeld zahlen müssen. Der Herr Stadtrat kennt also nicht einmal die gesetzlichen Bestimmungen. Der Etat 1909 der Fortbildungsschule schließt in Einnahme und Ausgabe mit 4088,97 M. ab. In diesen Ausgaben hat der Fiskus 1850,48 M. beigetragen. An Schulgeld sind 850 M. eingekommen.

Sobann forderte der Magistrat die Einschaltung einer gemischten Kommission zur Beratung über Maßnahmen gegen die Verteuerung der wichtigsten Nahrungsmittel. Veranlassung zu dieser Vorlage gab eine Eingabe des Ortsverbandes der Handelspartner an den Magistrat. Der Ortsverband beschwert sich über die Art, wie der Wochenmarkt jetzt abgehalten wird; er verlangt, daß sich die Marktleute nur bis 1 Uhr mittags aufhalten dürfen. Des weiteren betrachtet es derselbe als eine außerordentliche Konkurrenz, wenn sich die auswärtigen Geschäftsleute über diese Zeit hinaus aufhalten dürfen, und bittet, 30 Pf. Standgeld zu erheben. Stadtv. Geld ist ohne weiteres dafür, daß Standgeld erhoben wird, schon deshalb, weil ja die Reinigung des Platzes auch Geld kostet. Unsere Genossen bemerkten, daß sie geglaubt hätten, der Magistrat würde mit der Versammlung darüber beraten, welche Schritte zu unternehmen sind, um auf die Regierung einzuwirken, der Rot zu feuern. Gen. Schumann betonte, es sei kein Zufall, daß die Berliner Arbeiterschaft in 33 Volkerversammlungen gegen den Fleisch- und Brotwucher Protest erhebt. Sei es nicht unerhört, wenn in Berlin allein im letzten Jahre beinahe 27 Millionen Mark mehr fürs Fleisch bezahlt werden mußte? Er und seine Genossen begrüßen aber trotzdem die Vorlage, weil zu erhoffen sei, durch geordnete Marktverhältnisse eine gesunde Konkurrenz, ganz besonders gegen die hiesigen Schlächtermeister zu schaffen. Der Bürgermeister betonte, daß, wenn der Ort Zugang haben wolle, auch dafür gesorgt werden müsse, daß die Lebensmittelpreise nicht teurer sind wie in Berlin. Leider sei dies jetzt der Fall. Die Oranienburger Arbeiter mögen sich die Ausführungen des Bürgermeisters merken bei ihrem 30 bis 38 Pf. betragenden Stundenlohn, der hier gezahlt wird. Der gemischten Kommission gehört auch Gen. Carlipp an.

Nachdem der Ankauf des gesamten Rohmaterials für die Stadtkanalisation beschlossen und kleinere Vorlagen erledigt waren, folgte Schluß der öffentlichen Sitzung.

Wöchentliche Marktberichte der Königl. Handels-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktblättern. **Wartlage:** Fleisch: Zufuhr genügend, Geschäft regt, Preise unverändert. **Milch:** Zufuhr im Verhältnis genügend, Geschäft lebhaft, Preise fest. **Getreide:** Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise beständig. **Wolle:** Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. **Wasser:** Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise unverändert. **Wäsche, Obst und Südfrüchte:** Zufuhr genügend, Geschäft fliegend, Preise wenig verändert.

Gardinen=Spitzen-Woche!

Enorm billiges Extra-Angebot!

<p>Ein Posten Engl. Tüll-Gardinen Strickware, weiß od. crème, 70, 60, 32 Wert bis 90 Pf., jetzt . . . 70, 60, 32</p>	<p>Ein Posten Engl. Tüll-Gardinen abgepaßt, weiß oder crème, Fenster 2flügl. Wert bis 7.50 . . . jetzt 5²⁵ 4⁵⁰ 2⁷⁵</p>	<p>Ein Posten Engl. Tüll-Gardinen abgepaßt, weiß oder crème, Fenster 2flügl. Wert bis 12.75 . . . jetzt 7²⁵ 6⁷⁵ 5⁹⁵</p>
<p>Erbstüll-Gardinen Fenster 2flügl. . . 12²⁵ 8⁵⁰ 6⁷⁵ reich mit Band besetzt</p>	<p>Tüll-Bettdecken 8⁷⁵ 2⁴⁵ 1⁶⁵ weiß oder crème</p>	
<p>Erbstüll-Künstler-Gardinen . . . 11²⁵ 9⁷⁵ 6⁵⁰ Fenster 2flügl., 1 Lambrequin</p>	<p>Tüll-Bettdecken 7²⁵ 4⁷⁵ 3⁴⁵ über 2 Betten, weiß oder crème</p>	
<p>Ein Posten Erbstüll-Stores . . . 7⁵⁰ 5²⁵ 3⁶⁰ mit Volant, reich mit Band besetzt regulärer Wert bis 11.50.</p>	<p>Ein Posten Erbstüll-Bettdecken 7²⁵ 4⁷⁵ 3⁹⁵ mit Volant mit reicher Bandarbeit regulärer Wert bis 9.75.</p>	<p>Ein Posten Erbstüll-Bettdecken 10²⁵ 8⁷⁵ 7⁹⁰ mit Volant über zwei Betten regulärer Wert bis 16.75.</p>
<p>Engl. Tüll-Stores moderne Muster . . 4²⁵ 2⁷⁵ 1⁶⁵</p>	<p>Kongrestoff weiß u. crème, gestreift od. glatt . . Mtr. 65 50 36</p>	
<p>Engl. Tüll-Scheibenschleier weiß od. crème 55 48 25 Bandarbeit</p>	<p>Scheiben-Gardinen weiß od. crème Mtr. 55 32 18</p>	
<p>Erbstüll-Scheibenschleier weiß od. crème 95 48</p>	<p>Gardinen-Mull ca. 125 cm breit gepunktet Mtr. 95 75</p>	
<p>Ein Posten Rouleaux-Damast . Meter 95 Pf. Zirke 130 cm breit, altgold, rot u. orange, regulärer Wert bis 1.65.</p>	<p>Ein Posten Erbstüll-Halbstores 5⁷⁵ 4²⁵ 2⁴⁵ mit Volant, reich mit Band besetzt, regulärer Wert bis 9.75.</p>	<p>Restbestände! Gardinen und Stores 1 und 2 Fenster reichend, unter Preis.</p>
<p>Tüll- u. Valanzien-Einsätze Meter 28, 18, 12 Pf.</p>	<p>Tüll- u. Valanzien-Stoffe Meter 95 Pf.</p>	
<p>Tüll-Spitzen Meter 28, 18 Pf.</p>	<p>Kinderkragen 95, 78, 68 Pf.</p>	
<p>Erbstüll-Läufer u. Decken 125, 95 Pf.</p>	<p>Spachtel-Passen 95, 78, 48 Pf.</p>	

Ausstellung eleganter Herbst- und Winter-Moden

Kleider-Seidenstoffe * Putz u. Konfektion

Kaufhaus Wilhelm Joseph

Berlin, Großgörschen-Straße 1.
Schöneberg, Haupt-Str. 163.

BILLIGE

=TAGE!



Von
Sonnabend, 3. Sept.
bis
Mittwoch, 7. Septbr.

Beachten Sie
unsere Schaufenster!

Trotz diesem ausser-
gewöhnlich billigen
Angebot, geben wir

Rabattmarken

Beachten Sie
unsere Schaufenster!

ca. 15 000 Stück Schürzen

in vielen Ausführungen und nur
modernen Fassons gelangen in diesen
Tagen zu ausserordentlich billigen
Preisen zum Verkauf. Ausschliesslich
prima waschechte Stoffe aus ersten
Fabriken und nur aparte Besätze
haben Verwendung gefunden. Der
:: Einkauf lohnt sich unbedingt ::

Kleider-Reform 2³⁵
Schürzen aus prima Indigo

Wirtschafts-Schürzen

Hausschürzen mit Tasche und Volant, aus Schürzenstoffen	95	Pl.
Hausschürzen aus prima Schürzen-Stoffen, extra weit, mit Tasche und bordenbesetzter Volant	120	
Hausschürzen extra weit	190	
a. best. Schürzenst. m. Blend. u. Bortenbes., St. 2.45		
Hausschürzen Indigo, Körper, Satin, extra weit, doppelseitig	225	
Miederschürzen Indigo, mit breiten Waschbesätzen und Tasche	95	Pl.
Miederschürzen Körper, Satin und Indigo, mit Blenden und Bortenbesatz	175	
Miederschürzen aus prima Schürzenstoffen mit Blenden und gestickten Borten besetzt	185	
Empireschürzen a. gepunktetem hellfarbigem Satin mit Schleifengarn	190	
Empireschürzen Körper-Satin und Indigo mit gestickten Borten-Besätzen	225	
Empireschürzen aus prima Schürzenstoffen und gestickten Borten besetzt	225	
Empireschürzen Ia Körper, Satin, mit reicher Blendegarnatur	290	

Tändelschürzen

Tändel-Trägerschürzen Satin mit Blendenbesatz	95	Pl.
Tändelschürzen einfarbige Ripestoffe, mit Borte garniert	95	Pl.
Tändelschürzen einfarbige Ripestoffe	95	Pl.
türkische und gestreifte Stoffe	1.45, 1.20	
Tändelschürzen Satin	1.35	95 Pl.
mit Spitzen und gestickten Borten garniert	1.85	

Kinderschürzen

Kinder-Hängerschürzen Reform, Kimono, Schleifenhänger, in gestr. Schürzen- und Indigostoffen, Grösse 45-70	95	Pl.
Knaben-Schürzen Grösse 45-60	65	Pl.
aus einfarbigem Indigo und gestreiften Stoffen mit Blendenbesatz und 2 Taschen	95	Pl.
Knaben-Spielschürzen mit grosser Tasche und Gürtel	85	Pl.

Eleg. Fasson-Schürzen 3⁷⁵
in diversen Ausführungen

Warenhaus A. WEISS & Co. Nachf.

Inhaber: Fritz Prieur

SCHÖNEBERG

Hauptstr. 11, Ecke Vorbergstr.

Verlagsanstalt G. Birk & Co., G. m. b. H.
:: München ::

In unserem Verlage erschien:

Handbuch

der
sozialdemokratischen Parteitage
von 1863 bis 1909.

Bearbeitet von **Wilhelm Schröder.**

In Leinen gebunden 7 Mark.

Auch in 10 Lieferungen à 30 Pf. durch alle Kolportage- und Buchhandlungen zu beziehen. 258/12*

Einbanddecken dazu à 75 Pf.

Das Handbuch ist für die gewerkschaftlich und politisch tätigen Genossen ein ebenso unentbehrliches Hilfsmittel wie für alle diejenigen, die sich mit der Geschichte und der Literatur der Arbeiterbewegung beschäftigen oder sich mit ihr bekannt machen möchten. Es sollte in keiner Gewerkschafts- oder Vereinsbibliothek fehlen.

Gegründet 1897. **Konfektions-Haus Leo Wolff** Gegründet 1897.

Rigauer Str. 1 Geschäftsprinzip: Frankfurter Allee 193
Ecke Ballenplatz Streng reelle Bedienung Ecke Kronprinzenstr.

Empfehle **Einsegnungs- und Prüfungs-Anzüge** vom einfachsten bis zum elegantesten Genre zu soliden Preisen.

Möbel **Möbel**
10000 Wohn- und Schlafzimmern, Zimmer- und Küchen-Einrichtungen, sowie jedes Stück einzeln zu den billigsten Preisen in guter geliebener Arbeit empfiehlt
Wilh. Lambrecht,
Berlin SW., Simonstr. 19.
Verlangen Sie, bitte, Illustr. Preisliste. an der Allen Zatzowstr.

Zur Einsegnung

empfehle mein reichhaltiges Lager in Konfirmanden-Anzügen

Durch besonders günstigen Einkauf bin ich in der Lage zu nachfolgend billigen Preisen zu verkaufen.

Schwarze Kammgarn-Anzüge

beste Zutaten, Ia Qualitäten

975 1250 1500

Prüfungs-Anzüge

blau Cheviot und blau Kammgarn
beste Stoffe, solideste Ausführung

1150 1650 1950

Moderngemusterte Stoffe

neuest. Fassons
gute Qualitäten

875 1125 1450

Julius Lindenbaum Nachf.

Inh. Walter Hampel
Große Frankfurter Straße, Ecke Fruchtstraße.

Lütkower Str. 5a
am Rathaus

Schweinehäuten u. Schulter Pfd. 75 Pf.
Kaiser Rippespeck Pfd. 80, 85 u. 90
Rüchensett Pfd. 65
Kalbfleisch u. Rind Pfd. 90 u. 100
Dammelfleisch u. Rind Pfd. 50
Türing. Rohwurst Pfd. 50
Braunsch. Mettwurst 90

Wir empfehlen:

Die Welträtsel.

Gemeinverständl. Studien über
monistische Philosophie.

Von
Ernst Häckel.

Mit Nachträgen zur Begründung der
monistischen Weltanschauung.

Preis 1 Mark.

Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 68
Lindenstraße 69 (Laden).

Hüte

in allen
Preislagen.

R. Weidner, Hutmacher,
Prinzenstr. 57, Dresden Str.
Gebrauch wird vergütet.

Für Ausflügler

empfehlen wir:

Wanderbuch für die Mark Brandenburg

3 Teile, mit 56 Karten.
Erster Teil: Nähere Umgebung
Berlins Preis 1,50 M.
Zweiter Teil: Weitere Umgebung
Berlins, westliche Hälfte Preis 2 M.
Dritter Teil: Weitere Umgebung
Berlins, östliche Hälfte Preis 2,50 M.

100

Ausflüge um Berlin

von Georg Siegerist.
Mit 20 Karten. — 2.— M.

Märkische Wanderfahrten.

Von Georg Siegerist.
Mit 10 Karten. — 1.50 M.

Richtungs- und Ortsatlas der Um-
gebung Berlins, mit 100 Kar-
ten 2.— M.

Silva, Märkischer Wander-Atlas
mit 16 Karten, kartoniert 1.— M.
mit 22 Karten geb. 1.50 M.

Pharus-Wanderkarte „Rund um
Berlin“ 1.50 M.

Spezialkarten in reicher Ausstattung
und in allen Preislagen vorrätig.

Expedition des „Vorwärts“,
Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

Willst Du Kleidung gut und billig haben,
kaufe in dem

Roten Laden.

Spezial-Haus für Arbeiter- und Berufs-
Kleidung. Streng reelle Bedienung.

Schöneberg, Hauptstraße 108.